

Jahresbericht 2021



Das Wahljahr 2021 – Neustart mit großen Herausforderungen

Vorschläge des
ifo Instituts für die neue
Legislaturperiode

ifo INSTITUT

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.



DAS JAHR IM ÜBERBLICK

SEITE 42

6,6 Mio. €

pro Geburtenjahrgang könnte der deutsche Staat einsparen, wenn sich über längeren Mutterschutz die stationäre Behandlung von Verhaltensstörungen von jungen Erwachsenen vermeiden lässt.

SEITE 50

Online-Unterricht

wird von 74% der Deutschen bei Schulschließungen befürwortet.

SEITE 66

400 000

neue Vollzeitstellen schafft der ifo-Vorschlag zur Reform der Einkommensteuer.

SEITE 46

41%

der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe planen, in Zukunft ihre Beschaffungsstrategie zu ändern.

SEITE 80

691

CESifo Working Papers wurde im Jahr 2021 veröffentlicht.

SEITE 72

5,1 bis 6,7 Mrd. €

würde Deutschland bei der Einführung einer globalen Mindeststeuer von 15% für multinationale Unternehmen einnehmen.

SEITE 62

77%

der Migrant*innen, die in den Jahren 2015 und 2016 über das Mittelmeer nach Europa kamen, gaben an, dass Konflikt und Verfolgung die Hauptgründe für ihre Migrationsentscheidung waren.

SEITE 78

10–15%

würden die Grundsteuersätze, die für alle Einwohner*innen gelten, in der direkten Demokratie sinken.

INHALT



BERICHT DES VORSTANDS

- 4 Clemens Fuest und Stephanie Dittmer im Interview**
- 8 Highlights der Arbeit des ifo Instituts**
- 14 ifo im Überblick**
- 16 Personelle Entwicklung und wissenschaftlicher Nachwuchs**
- 18 Finanzielle Entwicklung**

SCHWERPUNKT

- 20 Das Wahljahr 2021 – Neustart mit großen Herausforderungen**

FORSCHUNG

- 38 Das ifo Institut und seine Forschung**

ifo Zentren für

- 40 Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsökonomik
- 44 Außenwirtschaft
- 48 Bildungsökonomik
- 52 Energie, Klima und Ressourcen
- 56 Industrieökonomik und neue Technologien
- 60 Internationalen Institutionenvergleich und Migrationsforschung
- 64 Makroökonomik und Befragungen
- 68 Öffentliche Finanzen und politische Ökonomie
- 72 Forschungsgruppe Steuer- und Finanzpolitik
- 76 Niederlassung Dresden
- 80 Münchener Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaftswissenschaft – CESifo GmbH
- 84 Konjunkturumfragen
- 86 Konjunkturprognosen

MANAGEMENT UND SERVICE

- 88 Das ifo Institut als Arbeitsort neu erfinden**
- 96 Impressum**



Im zweiten Jahr der Pandemie richtet das ifo Institut den Blick nach vorn. Mitarbeiter*innen wollen relevante ökonomische Fragen künftig mit Hilfe von Big Data erforschen und sich mit der Modernisierung der Sozialen Marktwirtschaft auseinandersetzen.



Dr. Stephanie Dittmer

seit September 2017 Mitglied des Vorstands am ifo Institut. Zuvor war sie Leiterin Strategie, Impuls- und Vernetzungsfonds an der Helmholtz-Akademie für Führungskräfte, Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V.

Prof. Dr. Dr. h. c. Clemens Fuest

seit April 2016 Präsident des ifo Instituts, zuvor war er Präsident und wissenschaftlicher Direktor des ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim.



»Die internationale Wirtschaftsforschung verändert sich – und das mit zunehmender Geschwindigkeit.«

Dr. Stephanie Dittmer

»Bildung, Digitalisierung und Klimawandel werden uns noch beschäftigen, wenn die Pandemie längst vorbei ist.«

Prof. Dr. Dr. h. c. Clemens Fuest



Lieber Herr Fuest, liebe Frau Dittmer, im Jahr 2021 hat das ifo Institut die Debatte um die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft und Gesellschaft wesentlich geprägt. Hat sich aus Ihrer Perspektive die Rolle des ifo Instituts verändert?

CLEMENS FUEST Erkenntnisse aus der Wissenschaft waren im ersten Jahr der Pandemie sehr stark nachgefragt, weil vieles unbekannt war und Politik und Öffentlichkeit nach Orientierung suchten. Im zweiten Jahr wurden Studien, Daten und Fakten nach meinem Eindruck weniger offen diskutiert, weil die Debatte zwischen Befürwortern von Infektionsschutzmaßnahmen und Kritikern sich stärker polarisierte. Wir haben den Blick nach vorne gerichtet und zusätzlich zur Analyse der aktuellen Wirtschaftslage unsere Erkenntnisse für das Wahljahr in den Vordergrund gerückt. Denn: Zukunftsthemen wie Digitalisierung, Bildung und Klimawandel werden uns

noch begleiten, wenn die Pandemie längst vorbei ist. Damit konnten wir unsere führende Position unter den Wirtschaftsforschungsinstituten in den Medien weiter ausbauen.

STEPHANIE DITTMER Intern ist es für uns wichtig, kontinuierlich gemeinsam an den aktuell wichtigen Themen zu arbeiten. Eines dieser Themen ist die Soziale Marktwirtschaft und ihre Zukunft. Wir richten im Jahr 2022 eine neue Zweigstelle des ifo Instituts am Ludwig-Erhard-Zentrum in Fürth ein, das ifo Zentrum für Soziale Marktwirtschaft und Institutionenökonomik. Dort werden wir uns in enger Vernetzung mit der Universität Erlangen-Nürnberg mit der Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft beschäftigen – eine sehr gute Chance, uns mit relevanten Zukunftsthemen noch stärker in die Debatte einzubringen.

»Die neue Bundesregierung hat sich explizit vorgenommen, Forschungsinstitute bei der Entwicklung von Reformkonzepten direkt zu beteiligen.«

Prof. Dr. Dr. h. c. Clemens Fuest ifo-Präsident



Welchen Einfluss hat das ifo Institut in Zeiten der Corona-Krise auf die Entscheidungen und Vorschläge der Politik gehabt?

***FUEST** Einen direkten Zusammenhang zwischen Studien oder wirtschaftspolitischen Vorschlägen aus der Wissenschaft und politischen Entscheidungen nachzuweisen, ist immer schwierig. Wissenschaftliche Beratung, oft in Form eines Dialogs zwischen Wissenschaft, Politik und Administration, sowie öffentliche Debatten haben aber einen erheblichen Einfluss.*



Das ifo Institut hat sich hier stark eingebracht. Über die starke mediale und damit öffentliche Wahrnehmung unserer Analysen, mit denen wir unserem gesellschaftlichen Informationsauftrag nachkommen, nehmen wir indirekt Einfluss auf politische Entscheidungen.

Das Jahr 2021 war ein Wahljahr. Wie relevant waren wirtschaftspolitische Fragestellungen im Wahlkampf, und wie stark haben sie den Ausgang der Wahlen beeinflusst?

***FUEST** Die frühe Phase des Wahlkampfes war stark von Debatten über Fehler und Schwächen einzelner Kandidatinnen und Kandidaten geprägt. In dieser Phase war es schwierig, Sachdebatten zu führen. Die sind in der späteren Phase stärker zur Geltung gekommen. Dabei ging es um Klimapolitik, die ja wichtige wirtschaftliche Implikationen hat, aber auch um Steuern und die Arbeitsmarktpolitik. Für den Ausgang der Wahlen waren einzelne wirtschaftspolitische Themen wahrscheinlich nicht so entscheidend. Mein Eindruck ist, dass die Menschen zwar einen Regierungswechsel wollten, aber mit überschaubarem Risiko. Olaf Scholz hat davon profitiert, weil sein Profil dem von Angela Merkel am nächsten kommt.*

Wie schätzen Sie die Gestaltungskraft der neuen Regierung ein? Wo sollten Weichen gestellt werden, und welche Schritte sind dafür notwendig?

***FUEST** Die Parteien in der Bundesregierung haben sehr unterschiedliche wirtschaftspolitische Vorstellungen. Gemessen daran ist der Koalitionsvertrag erstaunlich ambitioniert. Viele Projekte sind innovativ und weisen in die richtige Richtung. Die Regierung muss jetzt allerdings Prioritäten setzen. Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung voranbringen, die Dekarbonisierung der Wirtschaft mit der Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Industriestandort verbinden, dazu beitragen, die europäische Integration klug weiterzuentwickeln – diese Aufgaben halte ich für prioritär. Kurzfristig ist die Bundesregierung mit der Coronakrise beschäftigt, die es zu überwinden gilt.*

Was kann das ifo Institut tun, um die Arbeit der neuen Bundesregierung zu unterstützen und dazu beizutragen, dass die Politik sachgerechte Entscheidungen trifft?

***FUEST** Das ifo Institut ist durch Beratungsprojekte und durch die Präsenz von ifo-Wissenschaftlern und -Wissenschaftlerinnen in wirtschaftspolitischen Beratungsgremien präsent. Außerdem sind wir in der Öffentlichkeit in die Prozesse der politischen Meinungsbildung eingebunden. Die neue Bundesregierung hat sich bei verschiedenen Projekten explizit vorgenommen, Forschungsinstitute bei der Entwicklung von Reformkonzepten direkt zu beteiligen, beispielsweise bei der Reform des Steuer- und Transfersystems.*



»Wir brauchen neue, flexible Organisationsformen, um ökonomische Forschung mit Big Data zu organisieren.«

Dr. Stephanie Dittmer Mitglied des Vorstands



Das ifo Institut verlangt Reformbereitschaft von Politik und Bevölkerung. Wie steht es mit der Veränderungsbereitschaft am Institut? Welche Innovationen wollen Sie auf den Weg bringen?

DITTMER Die internationale Wirtschaftsforschung verändert sich – und das mit zunehmender Geschwindigkeit. Neue Daten und Methoden treiben den Wandel. Am ifo Institut entsteht derzeit ein neuer Schwerpunkt im Bereich der ökonomischen Forschung mit Big Data. Um die Chancen nutzen zu können, die dieser Wandel bringt, müssen wir uns ständig weiterbilden. Gleichzeitig brauchen wir neue, flexible Formen, um diese neue Forschung zu organisieren. Dazu gehören vertiefte Kooperationen mit Unternehmen und staatlichen Stellen, die Daten bereitstellen. Wie in anderen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft verändert sich am ifo die Organisation der Arbeit. Unsere Kolleginnen und Kollegen können zunehmend von anderen Orten für uns tätig sein. Deswegen investieren wir massiv in digitale Infrastrukturen. Und wir setzen auf Diversität, weil wir sie für einen wichtigen Produktivitätsfaktor halten.

Was sind Ihre wesentlichen Ziele für das Jahr 2022? Woran werden Sie in einem Jahr Ihren Erfolg und den des ifo Instituts messen?

FUEST Unsere Ziele sind Forschungsexzellenz, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die Beteiligung an öffentlichen Debatten, die Politikberatung und die Erbringung von Serviceleistungen, beispielsweise die Bereitstellung von Daten aus unseren Unternehmensbefragungen. Wir lassen uns daran messen, dass wir uns auf all diesen Gebieten weiter verbessern.

DITTMER Wir vergessen dabei nicht, dass wir seit zwei Jahren – auch jetzt, während wir dieses Gespräch führen – im permanenten Krisenmodus arbeiten. Ein wichtiges Ziel ist für uns, das ifo Institut im Jahr 2022 als den Ort zu gestalten und zu erleben, an dem wir uns als Kolleginnen und Kollegen, als Team in Gemeinschaft und gegenseitigem Respekt wieder regelmäßig begegnen können. ◆

Das Gespräch führte Dr. Cornelia Geißler,
Bereichsleiterin Kommunikation





Highlights der Arbeit des ifo Instituts im Jahr 2021

Das ifo Institut hat im Jahr 2021 die Weichen für einige wichtige Zukunftsprojekte gestellt. Gleichzeitig haben die Wissenschaftler*innen unter pandemiebedingt immer noch schwierigen Bedingungen geforscht. Eines der wichtigen Ereignisse war die Wahl zum Deutschen Bundestag im September. Nach 16 Jahren unter der Regierung von Angela Merkel stehen die Zeichen auf Neustart: Es gilt, einige dringende Reformen anzugehen. Das ifo Institut hat zehn der wichtigsten wirtschaftspolitischen Herausforderungen für Deutschland in der Post-Merkel-Ära skizziert. Zudem haben wir uns der Frage gewidmet, wie Deutschlands Steuersystem wachstumsfreundlich und gerecht gestaltet werden kann. Was die Forschungsbereiche erarbeitet haben, findet sich in unserem Schwerpunkt ab Seite 20. Davon unabhängig führten die ifo Zentren ihre wissenschaftliche Arbeit und Projekte weiter. Eine Auswahl der wichtigsten Forschungsarbeiten und -ergebnisse zeigen die Kapitel der Bereiche ab Seite 38.

Auch die Corona-Pandemie mit ihren wirtschaftlichen Folgen hat uns weiterhin beschäftigt. So hat das ifo Institut gemeinsam mit Wissenschaftler*innen aus verschiedenen Disziplinen Anfang 2021 die NoCovid-Strategie entwickelt, die eine aktive, regional differenzierte Politik zur Senkung der Infektionen und zur Öffnung von Schulen und Wirtschaft vorsieht. Unser monatlicher Geschäftsklimaindex wurde um Branchen, die von der Pandemie betroffen sind, erweitert und erfasst jetzt auch Soloselbständige und Kleinstunternehmen sowie die Veranstaltungsbranche. Die ifo Konjunkturumfragen waren auch in der Krise ein wichtiges Instrument. Die Sonderfragen zu Lieferengpässen, Materialmangel und Preiserwartungen lieferten wertvolle aktuelle Informationen für Entscheidungsträger*innen in Wirtschaft und Politik.

Bedeutsam waren zudem die Fortschritte in der Planung zur Eröffnung unseres Ludwig-Erhard-ifo-Forschungszentrums für Soziale Marktwirtschaft und Institutionenökonomik am Ludwig-Erhard-Zentrum in Fürth. Im Juni wurden die Berufungsvorträge für die Direktorenstelle, die mit einer Professur an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg verbunden ist, abgeschlossen. Der Startschuss ist im Sommer 2022.



www.ifo.de/jb21/wirtschaftspolitik-agenda

FORSCHUNG



Update: Big Data Economics am ifo Institut

Der Aufbau des ifo Instituts als führenden Standort für Forschung mit Unternehmensdaten wurde weiter vorangetrieben. Neben dem kontinuierlichen Ausbau des LMU-ifo Economics and Business Data Center (EBDC) als zentrale Infrastruktureinrichtung für Big Data wurden 2021 in einer Pilotphase schon die ersten Kooperationsprojekte an den Start gebracht mit dem Ziel, neue Datenquellen für innovative Forschung zu erschließen. So konnten beispielsweise Kooperationen mit einem führenden Finanzdienstleister und einem Telekommunikationsunternehmen vereinbart werden. Die Nutzung von Big Data aus Unternehmensdaten erlaubt es, bestehende Forschungsfragen besser und vor allem genauer zu untersuchen als bisher.

Publikationsleistungen – das ifo Institut unter den Top 10 europaweit

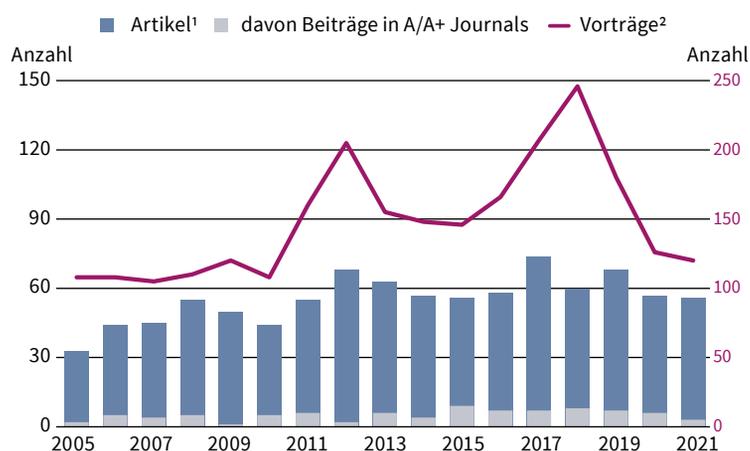
RANG	INSTITUTION	SCORE
1	London School of Economics	1,8
2	Universität Zürich	2,4
3	Paris School of Economics	3,8
4	Barcelona School of Economics	4,8
5	University College London	5,0
6	Università Commerciale Luigi Bocconi	5,4
7	Sciences Po, Paris	5,8
8	Rijksuniversiteit Groningen	10,0
9	ifo Institut	11,5
10	CEPR, London	11,6

RePec-Ranking der Top 10 der erfolgreichsten Wirtschaftsfakultäten und Forschungsinstitute in Europa (Stand: Dezember 2021). Gezählt werden die Veröffentlichungen der letzten zehn Jahre, die die zehn besten Autor*innen einer Institution publiziert haben. Zur Berechnung des Scores der Institutionen werden nur die im RePec-System gemeldeten Forscher*innen berücksichtigt.

Quelle: <https://ideas.repec.org/top/top.europe.html>.

Forschungsausput auf hohem Niveau

Im Jahr 2021 sind 55 Artikel von ifo-Autor*innen in referierten Journals erschienen, darunter drei in A+/A Journals. Die ifo-Wissenschaftler*innen hielten 120 Vorträge auf internationalen Konferenzen mit Refereeverfahren.



¹ Artikel in referierten Journals. ² Vorträge auf internationalen wissenschaftlichen Fachkonferenzen mit Auswahlverfahren (rechte Skala).

Stand: 31. Dezember 2021.

© ifo Institut

Wege zu integrativen Arbeitsmärkten: PILLARS

Drei Entwicklungen haben die europäischen Arbeitsmärkte in den vergangenen Jahrzehnten entscheidend beeinflusst: Automatisierung, Globalisierung und Strukturwandel. Wie diese Entwicklungen unsere Arbeitsmärkte verändern, welche neuen Kompetenzen gefordert sein werden und wie Bildungs- und Ausbildungssysteme überarbeitet werden müssen, untersucht PILLARS (Pathways to Inclusive Labour Markets). Das Projekt wurde vom ifo Institut initiiert und wird von der Europäischen Union im Rahmen von Horizon 2020 finanziert. Drei ifo Zentren – Industrieökonomik und neue Technologien, Internationaler Institutionenvergleich und Migrationsforschung sowie Außenwirtschaft – sind an der Studie beteiligt und koordinieren ein Konsortium von zehn herausragenden internationalen Partnern. Die Ergebnisse werden zur Entwicklung einer integrativen Arbeitsmarktpolitik beitragen.

Auszeichnungen und Preise

Die Gesellschaft zur Förderung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung hat im Rahmen der Jahresversammlung einen Preis an Dr. Thomas Fackler verliehen. Ausgezeichnet wurde seine Publikation »How Antitrust Enforcement Can Spur Innovation: Bell Labs and the 1956 Consent Decree«. Sie ist im *American Economic Journal: Economic Policy* erschienen. Koautor*innen waren Markus Nagler, Monika Schnitzer und Martin Watzinger. Die Autoren*innen untersuchten die Rolle von Patenten und Zwangslizenzierungen für Nachfolgeinnovationen. Für diese Arbeit erhielten sie auch den 2021 AEJ-Policy Best Paper Award.

Der Preis für herausragende Leistungen in der Drittmittelforschung ging an das Projektteam Anita Fichtl, Sabine Rumscheidt und Prof. Dr. Oliver Falck für das Projekt »Rahmenvertrag zur Erstellung volkswirtschaftlicher Studien«.



Dr. Thomas Fackler

Nachwuchswissenschaftlerinnen ausgezeichnet



Sarah Reiter, Doktorandin am ifo Zentrum für Internationalen Institutionenvergleich und Migrationsforschung, wurde mit dem Deutsche Bundesbank-Nachwuchsforschungspreis für Financial Literacy ausgezeichnet.



Lavinia Kinne, Doktorandin am ifo Zentrum für Bildungsökonomik, hat ein Add-on Fellowship für interdisziplinäre Wirtschaftsforschung der Joachim-Herz-Stiftung erhalten. Sie ist eine von 58 ausgezeichneten Nachwuchsforschenden aus den Natur- und Wirtschaftswissenschaften.

Neues Anreizsystem für herausragende Publikationen

Im Sommer 2021 wurde ein neues Anreizsystem, das wesentliche Aspekte der Mission des ifo Instituts aufgreift, eingeführt. Ziel ist es, die öffentliche Debatte durch exzellente wissenschaftliche Beiträge mitzugestalten und zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft beizutragen. Es belohnt herausragende Publikationen und sorgt für eine hohe Wirkung und Sichtbarkeit der eigenen Forschung in der Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit, die vor allem Nachwuchswissenschaftler*innen zugutekommen soll.

Die Preise im Überblick

IFO OUTSTANDING PUBLICATION AWARD

Der Preis wird für eine herausragende wissenschaftliche Veröffentlichung in einem der Top-Journals vergeben und bei der ifo Jahresversammlung verliehen.

IFO TRANSFER PRIZE

Der Preis wird vergeben, wenn relevante Forschungsergebnisse aufbereitet und in einem unserer Periodika bzw. über Social-Media-Kanäle einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. 2021 wurden insgesamt 30 Arbeiten ausgezeichnet.

IFO RESEARCH AND POLICY PRIZE

Der Preis wird vergeben, wenn eine wissenschaftliche Veröffentlichung in einem referierten Fachjournal vorliegt, deren Forschungsergebnisse aufbereitet und in einem unserer Periodika bzw. über Social-Media-Kanäle einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Der ifo Research and Policy Prize wurde 2021 zum ersten Mal vergeben. Dr. Valeriya Azarova erhielt die Auszeichnung für ihren Artikel »Preferences for Community Renewable Energy Investments« – in *Europe Energy Economics* 100, 2021 erschienen – und den Beitrag »All for One and One for Green Energy: Community Renewable Investments in Europe« – als *EconPol Policy Brief* 37, 2021 erschienen.



Dr. Valeriya Azarova



POLITIKBERATUNG

Mitgestalter der wirtschafts-politischen Debatte

Im Jahr 2021 gab es zahlreiche Themen, bei denen das ifo Institut die politische Debatte mit Hilfe wissenschaftlicher Erkenntnisse mitgestaltet hat. Einige Beispiele im Überblick:

Deutschland mit Nachholbedarf bei der Digitalisierung

Eine Studie für die IHK für München und Oberbayern zeigt, dass Deutschland im internationalen Vergleich bei der Digitalisierung nur im Mittelfeld liegt. Die ifo-Wissenschaftler*innen schlagen den Ausbau digitaler Kompetenzen im ganzen Bildungssystem, einen vereinfachten Regulierungsrahmen für die Digitalwirtschaft, weniger Bürokratie und bessere Zugänge zu Wagniskapital vor.

Präsentation der Ergebnisse in einer gemeinsamen Pressemitteilung des ifo Instituts und der IHK, in einer Social-Media-Kampagne, die verschiedene Einzelaspekte über einen längeren Zeitraum mit mehreren Tweets gepostet hat, dem ifo Podcast »Wo steht Deutschland bei der Digitalisierung« und als Titelthema einer Ausgabe des ifo Schnelldienstes.

ifo fordert Ausgleich bildungsökonomischer Pandemiefolgen

In mehreren Studien zeigte das ifo Institut, dass die psychologischen, sozialen und ökonomischen Kosten der Schulschließungen enorm sind. Die Bildungsverluste, die durch die Schulschließungen verursacht werden, wirken ein Leben lang nach. Die ifo-Wissenschaftler*innen forderten Vorrang des Schulunterrichts in der Pandemiebekämpfung. Falls die Schulen doch geschlossen werden müssen, sollte ein verpflichtender Online-Unterricht und eine intensivere Betreuung von Kindern aus schwierigen sozialen Verhältnissen eingeführt werden.

Vorstellung auf zwei Pressekonferenzen, in zahlreichen Pressemitteilungen und in Gastkommentaren von Prof. Dr. Ludger Wößmann, Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik, in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Welt* und der *Süddeutschen Zeitung*.

Von der Grundsicherung zum Grundeinkommen

Wie kann eine bedarfsorientierte Grundsicherung gestaltet werden? Analysen und Vorschläge hierzu lieferte Prof. Dr. Andreas Peichl, Leiter des ifo Zentrums für Makro-

ökonomik und Befragungen im Rahmen einer Studie für die Stiftung Grundeinkommen, vorgestellt in einer Pressemitteilung, einem ifo Podcast sowie einem Gastkommentar in der *taz*.

Die neue Bundesregierung nahm sich des Themas an: Der Koalitionsvertrag sieht grundlegende Reformen der Sozialleistungen vor, die unter anderem Bürgergeld, Wohn-geld und weitere Sozialleistungen zusammenfassen, wie vom ifo Institut vorgeschlagen.

Den Weg in eine nachhaltige Zukunft freimachen

In einem offenen Brief haben sich führende Wissenschaftler*innen verschiedener Disziplinen an die Bundespolitik gewandt und eine Strategie für den zügigen Übergang zu Klimaneutralität bei gleichzeitigem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und der Vermeidung sozialer Spaltungen gefordert. Zu den Unterzeichner*innen gehört auch Prof. Dr. Karen Pittel, Leiterin des ifo Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen.



Prof. Dr. Karen Pittel

AUSGEWÄHLTE MITGLIEDSCHAFTEN VON IFO-MITARBEITER*INNEN IN POLITISCHEN GREMIEN

Dr. Stephanie Dittmer Mitglied im Programmbeirat der Leibniz-Akademie für Führungskräfte

Prof. Dr. Oliver Falck Mitglied des Rats für technologische Souveränität des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)

Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats am Bundesministerium der Finanzen (BMF) und Mitglied im Präsidium des Wirtschaftsbeirats Bayern

Prof. Dr. Andreas Peichl Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats am Bundesministerium der Finanzen (BMF)

Prof. Dr. Karen Pittel Ko-Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen und Mitglied des Klimarats Bayern

Prof. Panu Poutvaara, Ph.D., Mitglied des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration

Prof. Dr. Marcel Thum Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats am Bundesministerium der Finanzen (BMF)

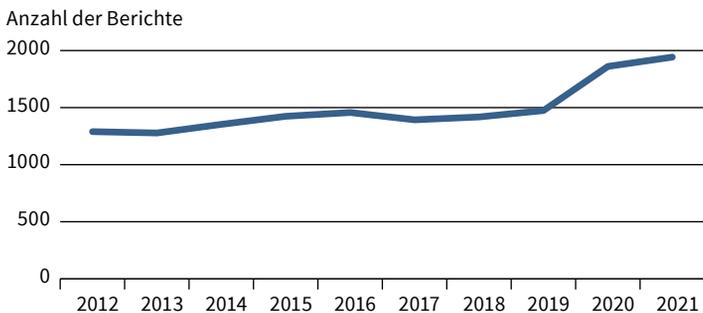
Prof. Dr. Ludger Wößmann Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats am Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)

Das ifo Institut in der öffentlichen Debatte

Nach der vom ifo Institut beauftragten Analyse von MediaTenor hat das Institut im Jahr 2021 erfolgreich den Platz als meistzitiertes Institut verteidigt und in Bezug auf die Medienpräsenz sogar noch zugelegt.

ifo baut seinen Spitzenplatz unter den Wirtschaftsforschungsinstituten aus

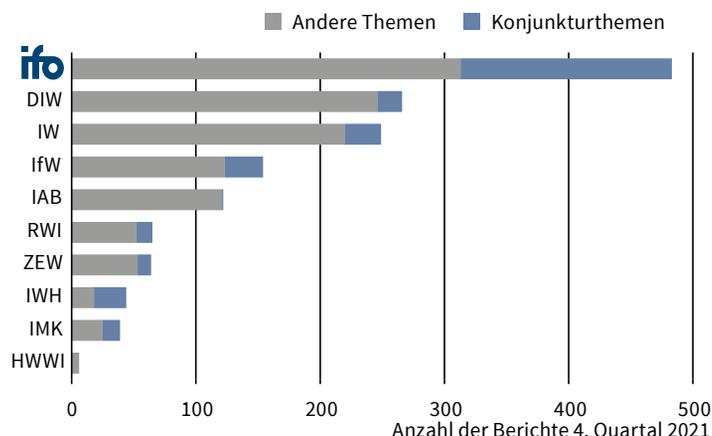
Die Präsenz des ifo Instituts in ausgewählten Medien gewinnt im Vorjahresvergleich nochmals hinzu. Dies ist einer größeren Stimmen- und einer größeren Themenvielfalt zu verdanken.



Quelle: MediaTenor.

Das ifo Institut dominiert die öffentliche Debatte bei Konjunkturthemen

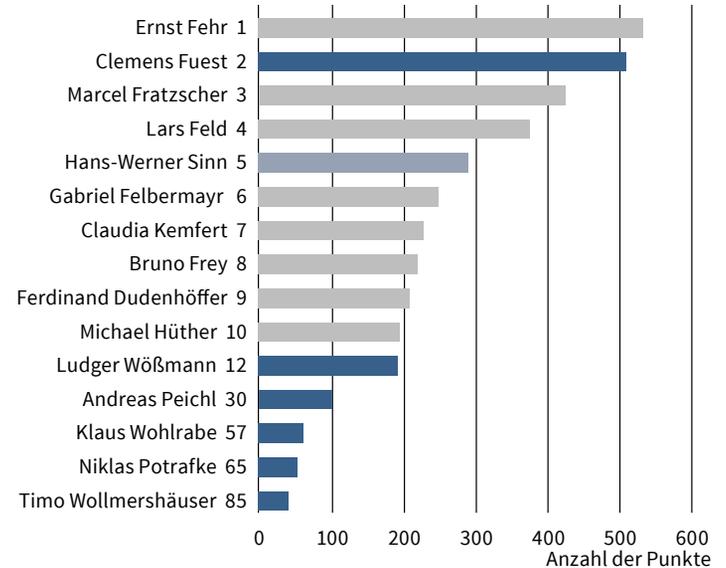
Vor allem seine Konjunkturumfragen zu Homeoffice, Materialengpässen und Einsatz von Kurzarbeit, aber auch seine Konjunkturprognosen sind wichtige Informationsquellen.



Quelle: MediaTenor.

ifo-Ökonomen sind einflussreich

ifo-Präsident Clemens Fuest bleibt nach der jüngsten FAZ-Rangliste einer der einflussreichsten Ökonomen Deutschlands.



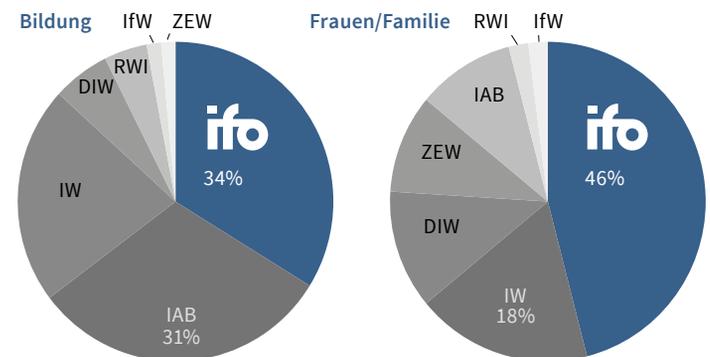
Quelle: FAZ-Ökonomenranking. Gesamtwertung Medien, Politik, Social Media und Wissenschaft.

Auswertungszeitraum: September 2020 bis August 2021.

© ifo Institut

ifo positioniert sich beim Thema Frauen und Familie

Das ifo Institut ist 2021 verstärkt mit seinen Veröffentlichungen zu den Themen Bildung sowie Frauen und Familie wahrgenommen worden. In mehreren Studien haben sich die ifo-Wissenschaftler*innen für eine größere Chancengerechtigkeit zwischen Männern und Frauen, insbesondere durch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, ausgesprochen.



Nennungen der Institute in den Medien zu dem Themen.

Quelle: MediaTenor.

Schnelldienst-Artikel 2021 mit den meisten Downloads

2 737

Ludger Wößmann, Vera Freundl, Elisabeth Grewenig, Philipp Lergetporer, Katharina Werner und Larissa Zierow, »Bildung erneut im Lockdown, Wie verbrachten Schulkinder die Schulschließungen Anfang 2021?«, *ifo Schnelldienst* 5/2021

1 255

Jean-Victor Alipour, Oliver Falck, Andreas Pechl und Stefan Sauer, »Homeoffice-Potenzial weiterhin nicht ausgeschöpft«, *ifo Schnelldienst digital* 6/2021

1 343

Mathias Dolls, Clemens Fuest, Florian Neumeier und Daniel Stöhlker, »Ein Jahr Mietendeckel: Wie hat sich der Berliner Immobilienmarkt entwickelt?«, *ifo Schnelldienst* 3/2021

Veranstaltungen

IFO JAHRESVERSAMMLUNG

Auf der ifo Jahresversammlung 2021 zum Thema »Wirtschaftspolitische Herausforderungen in der Post-Merkel-Ära« diskutierten **Oliver Zipse**, Vorstandsvorsitzender von BMW, und **Armin Nassehi**, Professor für Soziologie an der LMU München, mit Lisandra Flach und Clemens Fuest.



Prof. Clemens Fuest, Oliver Zipse und Prof. Armin Nassehi (rechts) bei der Jahresversammlung



MUNICH ECONOMIC DEBATES

Dachthemen der Munich Economic Debate 2021 waren »Die neue Welt(-un-)ordnung – wie Wirtschaft und Politik nach der Pandemie eine neue Normalität aufbauen können« und »Wirtschaftspolitische Herausforderungen Deutschlands in der Post-Merkel-Ära«.



MUNICH ECONOMIC DEBATES



Von der Pandemie sind Frauen in einer ganz speziellen Weise betroffen. Bestehende strukturelle Unterschiede in der Arbeitswelt von Frauen und Männern werden zum Teil noch deutlicher sichtbar. Im Rahmen der Munich Economic Debates diskutierten **Janina Kugel**, Boston Consulting Group, Prof. Dr. **Monika Schnitzer**, LMU München, und Prof. Dr. **Michèle Tertilt**, Universität Mannheim, wie sich die Arbeitswelt von Frauen durch die Coronakrise verändert.

Beschleunigt die Pandemie soziale Ungleichheit und verfestigt die Kluft zwischen Arm und Reich? Im Rahmen der Munich Economic Debates diskutierte **Thomas Piketty**, Professor an der Pariser École des Hautes Études en Sciences Sociales, seine Vorstellungen, wie unsere Gesellschaft in Zukunft insgesamt verteilungsgerechter werden könnte.

DAS IFO INSTITUT IM ÜBERBLICK

ifo Institut – Leibniz-
Institut für Wirtschafts-
forschung an der
Universität München e.V.

1949

Gegründet in München
Mitglied der Leibniz-
Gemeinschaft

Seit 2002

Status »Institut an der
Universität München«

Gremien

Mitgliederversammlung,
Verwaltungsrat, Kuratorium,
Wissenschaftlicher Beirat,
Nutzerbeirat



www.ifo.de/ueber-ifo

»Shaping the Economic Debate«. Gemäß diesem Motto gestaltet das ifo Institut mit seinen Aktivitäten die Debatte um ökonomische und wirtschaftspolitische Themen. Es gehört zu den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten in Europa. Die ifo-Ökonom*innen bearbeiten auf wissenschaftlich höchstem Niveau wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch relevante Fragestellungen. Sie entwickeln forschungsbasierte Handlungsempfehlungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft für Deutschland, Europa und international. Systematisch und über lange Zeiträume erheben sie Daten und liefern Impulse für politische und öffentliche Debatten. Aus diesem Austausch wiederum entstehen neue Forschungsaufgaben. So leistet ifo wichtige Beiträge für sachgerechte wirtschaftspolitische Entscheidungen als Grundlage für Innovation und gesellschaftliche Entwicklung.

PARTNER UND NETZWERKE

Das ifo Institut kooperiert eng mit der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU), vor allem in der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und im Rahmen des gemeinsamen Economics and Business Data Center (EBDC). Außerdem ist jede*r Bereichsleiter*in eines ifo Zentrums zugleich Teil der LMU und hat dort einen Lehrstuhl an der Volkswirtschaftlichen Fakultät inne.

Auch CESifo, das weltweit zweitgrößte Forschernetzwerk im Bereich der ökonomischen Forschung, ist mit dem ifo Institut eng verbunden. CESifo veranstaltet zahlreiche Konferenzen, Workshops und Seminare für Wissenschaftler*innen weltweit. Sie ermöglichen wissenschaftlichen Austausch zwischen den Mitgliedern des CESifo-Forschernetzwerks. Zugleich können ifo-Wissenschaftler*innen Kontakte knüpfen und ihre wissenschaftliche Arbeit mit den Mitgliedern des CESifo-Forschernetzwerks diskutieren.

WEITERE KOOPERATIONEN

→ CIRET (Centre for International Research on Economic Tendency Surveys) und EUROCONSTRUCT

→ 52 Forschungsprofessor*innen und zehn Research Affiliates, Research Associates und Senior Research Associates

→ Trotz Reise- und weiterer Beschränkungen wegen der Corona-Pandemie kamen im Jahr 2021 noch neun Gastwissenschaftler*innen aus aller Welt nach München, mit denen die ifo-Wissenschaftler*innen gemeinsame Projekte bearbeiten.

→ Die European Economic Advisory Group (EEAG) forscht in wichtigen europäischen Politikfeldern. Ihr Ziel ist es, den Entscheider*innen und der Öffentlichkeit forschungsbasierte Erkenntnisse zur Verfügung zu stellen.

→ EconPol Europe – das europäische Netzwerk für ökonomische und fiskalpolitische Forschung ist ein Netzwerk aus 14 politikorientiert arbeitenden universitären und nicht-universitären Institutionen in zwölf Ländern. Sie tragen wissenschaftliche Expertise zur Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union bei.



www.econpol.eu/

www.cesifo.org/en/eeag

FORSCHUNG

Wirtschaftspolitisches Leitbild des ifo Instituts ist die Soziale Marktwirtschaft, also die Vereinbarkeit von wirtschaftlichem Erfolg mit sozialem Ausgleich im Sinne Ludwig Erhards, der zu den Gründern des ifo zählt. Das ifo Institut analysiert die Rolle staatlichen Handelns mit dem Ziel, den wirtschaftlichen Wohlstand und den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig zu wahren. Staatliches Handeln soll für Wohlstand sorgen, Stabilität und Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung unterstützen, soziale Sicherung gewährleisten und dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen die Chancen nutzen können, die sich ihnen in einer offenen und freien Gesellschaft bieten. Für die Arbeit der ifo-Wissenschaftler*innen gelten die von der Leibniz-Gemeinschaft aufgestellten »Regeln guter wissenschaftlicher Praxis«.

Fünf Handlungsfelder

NACHWUCHSFÖRDERUNG

Regelmäßig forschen am ifo Institut mehr als 40 Doktorand*innen. Wissenschaftler*innen finden am ifo Institut optimale Rahmenbedingungen für Spitzenleistungen in Forschung und Politikberatung. Dabei orientiert sich das ifo Institut bei der Nachwuchsarbeit an internationalen Standards. Die meisten Doktorand*innen sind Mitglied der Munich Graduate School of Economics (MGSE) der LMU. Mit dieser doppelten Anbindung – an Universität und Institut – können die jungen Wissenschaftler*innen von Anfang an akademische Forschung mit der praktischen Arbeit politischer Beratung verbinden. Das ifo Institut arbeitet systematisch und mit Hochdruck daran, mehr Frauen in allen Hierarchiestufen zu gewinnen.

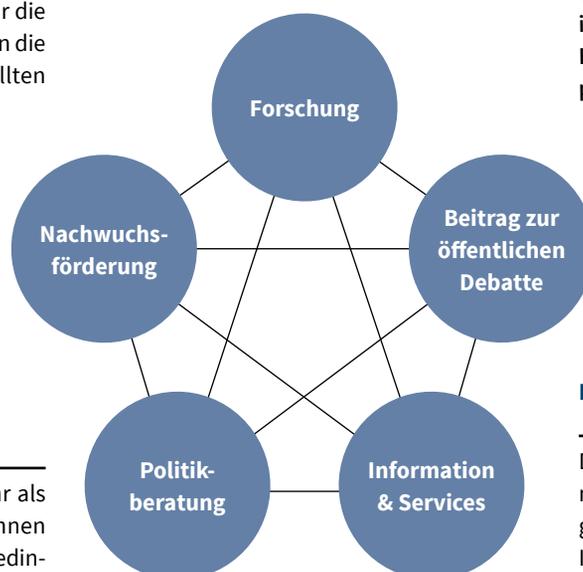


European Charter for Researchers (EURAXESS)
www.ifo.de/en/euraxess

Code of Conduct for Recruitment
<https://euraxess.ec.europa.eu/jobs/charter/code>

Die fünf Forschungsleitthemen des ifo Instituts

- ❶ Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit
- ❷ Chancengerechtigkeit und Integration
- ❸ Öffentliche Aufgaben, Besteuerung und politische Ökonomie
- ❹ Digitalisierung der Wirtschaft
- ❺ Europäische Integration, Globalisierung und der »Dritte Systemwettbewerb«



INFORMATION & SERVICES

Alle an ökonomischen Fragen interessierten Gruppen der Gesellschaft können Daten, Informationen und andere Serviceleistungen des ifo Instituts nutzen. Bekanntestes Angebot ist der monatlich veröffentlichte ifo Geschäftsklimaindex. Er ist ein seit Jahrzehnten weltweit beachteter Frühindikator für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland, der auf den ifo Konjunkturumfragen beruht. Auch die DICE-Datenbank (Database for Institutional Comparisons in Europe) hat das Spektrum der vom ifo Institut erbrachten Serviceleistungen für die Wissenschaft bedeutend erweitert und bereichert. Sie wurde 1999 eingerichtet und 2019 technisch und inhaltlich erneuert.

Die acht ifo Zentren

- ❶ Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsökonomik
- ❷ Außenwirtschaft
- ❸ Bildungsökonomik
- ❹ Energie, Klima und Ressourcen
- ❺ Industrieökonomik und neue Technologien
- ❻ Internationaler Institutionenvergleich und Migrationsforschung
- ❼ Makroökonomik und Befragungen
- ❽ Öffentliche Finanzen und politische Ökonomie

Darüber hinaus werden spezifische Themen in der Niederlassung Dresden und in der Forschungsgruppe Steuer- und Finanzpolitik bearbeitet.

BEITRAG ZUR ÖFFENTLICHEN DEBATTE

Das ifo Institut bereitet seine Forschungsergebnisse professionell für unterschiedlichste Zielgruppen auf. Die Website dient als zentrales Instrument der Kommunikation. Dort finden sich sämtliche Informationen in deutscher und englischer Sprache. Mit seinen Zielgruppen kommuniziert das ifo Institut über unterschiedliche Kanäle: über aktive Medienarbeit, über digitale Kanäle, wie Social Media oder Newsletter, über Veranstaltungsformate und Publikationen als Plattform für fachlichen Austausch. Zentrale eigene Publikationen sind der ifo *Schnelldienst* und das englischsprachige *CESifo Forum*.

POLITIKBERATUNG

Das ifo Institut fertigt eine Vielzahl von Gutachten für öffentliche und private, nationale wie internationale Auftraggeber zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen an. Darüber hinaus stellen ifo-Wissenschaftler*innen ihr Wissen in zahlreichen Gremien und Beiräten zur Verfügung.

PERSONELLE ENTWICKLUNG UND WISSENSCHAFTLICHER NACHWUCHS

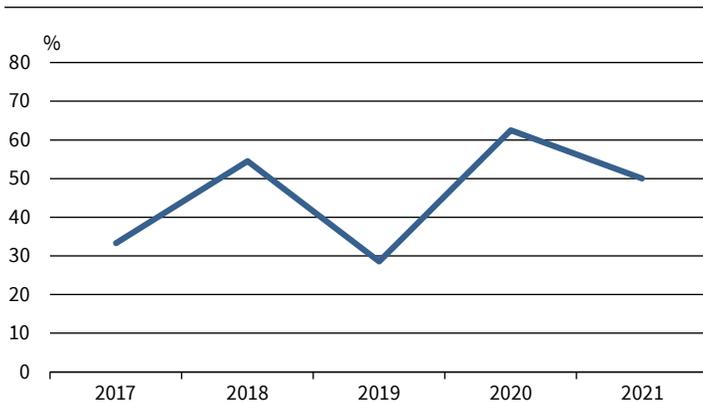
Diversität im ifo Institut

TOPTHEMA GENDERBALANCE

Das ifo Institut will seine Attraktivität für Wissenschaftlerinnen weiter steigern. Denn bei den Postdocs sind Frauen derzeit noch unterrepräsentiert. Der Anteil soll von gegenwärtig 31% bis zum Jahr 2025 auf 50% steigen. Um diese umworbenen Spitzenwissenschaftlerinnen zu gewinnen, hat das Institut im Sommer 2021 die TaskForce »Genderbalance and Diversity« ins Leben gerufen.

Mitglieder der TaskForce sind neben dem ifo-Vorstand und der Leiterin Personal und Recht die Gleichstellungsbeauftragte, Vertreter der wissenschaftlichen Bereichsleitungen, der Postdocs und der Doktorand*innen.

Anteil der Frauen bei den abgeschlossenen Promotionen 2017–2021



ZWEI FRAUEN FÜR DEN WISSENSCHAFTLICHEN BEIRAT

Nach dem turnusmäßigen Ausscheiden seines Vorsitzenden Anthony Venables hat der Wissenschaftliche Beirat des ifo Instituts eine neue Vorsitzende: Prof. A. Abigail Payne von der University of Melbourne. Im November 2021 wurde ein neues Mitglied ernannt: Prof. Beata Javorcik, University of Oxford, derzeit Chefökonomin der EBRD, für eine erste Amtsperiode von vier Jahren als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats. Aktuell ist der Beirat zu einem Drittel mit Wissenschaftlerinnen besetzt.

16

Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit waren 2021 im ifo Institut beschäftigt

50

Doktorand*innen am ifo zum Jahresende 2021, davon 25 Doktorandinnen



Trauer um Heinrich Ursprung

Am 17. August 2021 verstarb Heinrich W. Ursprung, Professor Emeritus der Universität Konstanz, ein dem ifo Institut und CESifo sehr nahe stehender Wissenschaftler. Er fungierte als Ombudsperson für die gute wissenschaftliche Praxis und gehörte zuvor viele Jahre den ifo-Gremien Verwaltungsrat und Wissenschaftlicher Beirat an.

Vom Homeoffice zum »Mobilen Arbeiten«

Das ifo Institut arbeitet daran, sich als Arbeitgeber und moderne Organisation ständig weiterzuentwickeln. Seinen Mitarbeiter*innen bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, ist deswegen besonders wichtig. Die alten Homeoffice-Regeln schienen diesem Anspruch nicht mehr gerecht zu werden. Zudem hatten die positiven Erfahrungen mit digitalen Kommunikationstools während der Pandemie gezeigt, wie viel Flexibilität im Extremfall möglich ist. Gleichzeitig war aber auch klar, dass wir nach der Pandemie uns auch wieder am Institut treffen, diskutieren und zusammen neue Projekte erarbeiten wollten. Nun galt es, eine neue Grundlage für diese Rahmenbedingungen



ifo-Präsident Prof. Clemens Fuest und Vorsitzender des Betriebsrats, unterzeichnen die neue Betriebsvereinbarung.

zu legen und die richtige Balance zwischen Präsenz- und Remote-Arbeiten zu finden. Über mehrere Monate wurde eine neue Betriebsvereinbarung ausgearbeitet. Im Ergebnis haben Mitarbeiter*innen nun wesentlich mehr Freiheiten in Bezug auf Zeit und Ort des Arbeitens. Und wir hoffen, dass das ifo Institut als Arbeitsplatz an Attraktivität für Bewerber*innen aus dem In- und Ausland gewinnt. Die Neuregelung trat im November in Kraft; musste aber wegen der noch weiterreichenden Pandemiemaßnahmen vorübergehend ausgesetzt werden.

Zahl der Mitarbeiter*innen am Jahresende 2020 und 2021

	BESCHÄFTIGTE INSGESAMT		FRAUEN	
	2021	2020	2021	2020
Forschung und Service				
Postdocs/wiss. Referent*innen	55	57	20	20
Doktorand*innen ¹	50	50	25	25
Fachreferent*innen	26	23	16	15
Sachbearbeiter*innen/Assistent*innen	20	21	19	20
Infrastruktur				
Nicht-wissenschaftliche Beschäftigte	63	62	42	41
davon Beschäftigte mit Leitungsaufgaben ²	17	16	10	9
Auszubildende	3	1	0	1
GESAMT	217	214	122	122
	TEILZEITKRÄFTE		BEFRISTETE ARBEITSVERTRÄGE	
	2021	2020	2021	2020
Forschung und Service				
Postdocs/wiss. Referent*innen	17	15	28	32
Doktorand*innen ¹	46	45	50	50
Fachreferent*innen	8	7	4	4
Sachbearbeiter*innen/Assistent*innen	12	12	0	0
Infrastruktur				
Nicht-wissenschaftliche Beschäftigte	28	28	3	3
davon Beschäftigte mit Leitungsaufgaben ²	7	7	1	1
Auszubildende	0	0	3	1
GESAMT	111	107	88	90
	PROMOVIERTE/ HABILITIERTE, PROFESSOR*INNEN		DAVON FRAUEN	
	2021	2020	2021	2020
Postdocs/wiss. Referent*innen	48/19	50/17	13/2	13/2



www.ifo.de/ifo-karriere

¹ Ohne Gastdoktorand*innen.

² Nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter*innen mit Vergütung TV-L E13 aufwärts.

FINANZIELLE ENTWICKLUNG

Jahresabschluss 2021

Der Jahresabschluss 2021 weist einen Überschuss in Höhe von 123 Tsd. Euro aus. Das Vereinsvermögen ist damit zum 31. Dezember 2021 auf 3.059 Tsd. Euro angewachsen. Zum weiteren Ausbau der Digitalisierung der internen Prozesse

wurden wichtige Investitionen getätigt sowie Erstjahreslizenzen für neue Software finanziert. Zudem hat das ifo Institut mit umfangreichen Umbau- und Renovierungsarbeiten am Standort München begonnen.

Bilanz des ifo Instituts 2021 (Kurzfassung)

Beträge in Tsd. Euro

AKTIVA	31.12.2021	31.12.2020
<i>Anlagevermögen</i>	73	73
<i>Umlaufvermögen</i>		
Vorräte	546	1 865
Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten	1 189	1 050
Flüssige Mittel	7 383	9 494
SUMME AKTIVA	9 191	12 482

PASSIVA	31.12.2021	31.12.2020
<i>Vereinsvermögen</i>		
Zweckgebundene Mittel	861	850
darin Entnahme/ Zuführung	0	0
	10	11
Forschungsrücklage	2 198	2 086
darin Entnahme/ Zuführung	0	0
	112	231
<i>Kurzfristige Fremdmittel</i>		
Rückstellungen	3 976	3 794
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Erhaltene Anzahlungen	1 515	3 515
Übrige Verbindlichkeiten	641	2 237
SUMME PASSIVA	9 191	12 482

Erträge aus Drittmittelaktivitäten¹

2020

2021

7 011 000 € 7 259 000 €

¹ Zweckgebundene Zuwendungen, Veröffentlichungen und Datenbankleistungen, Erlöse aus Drittmittelarbeiten (Auftragsarbeiten) sowie Bestandsveränderungen nicht abgerechneter Leistungen und sonstige Umsätze.

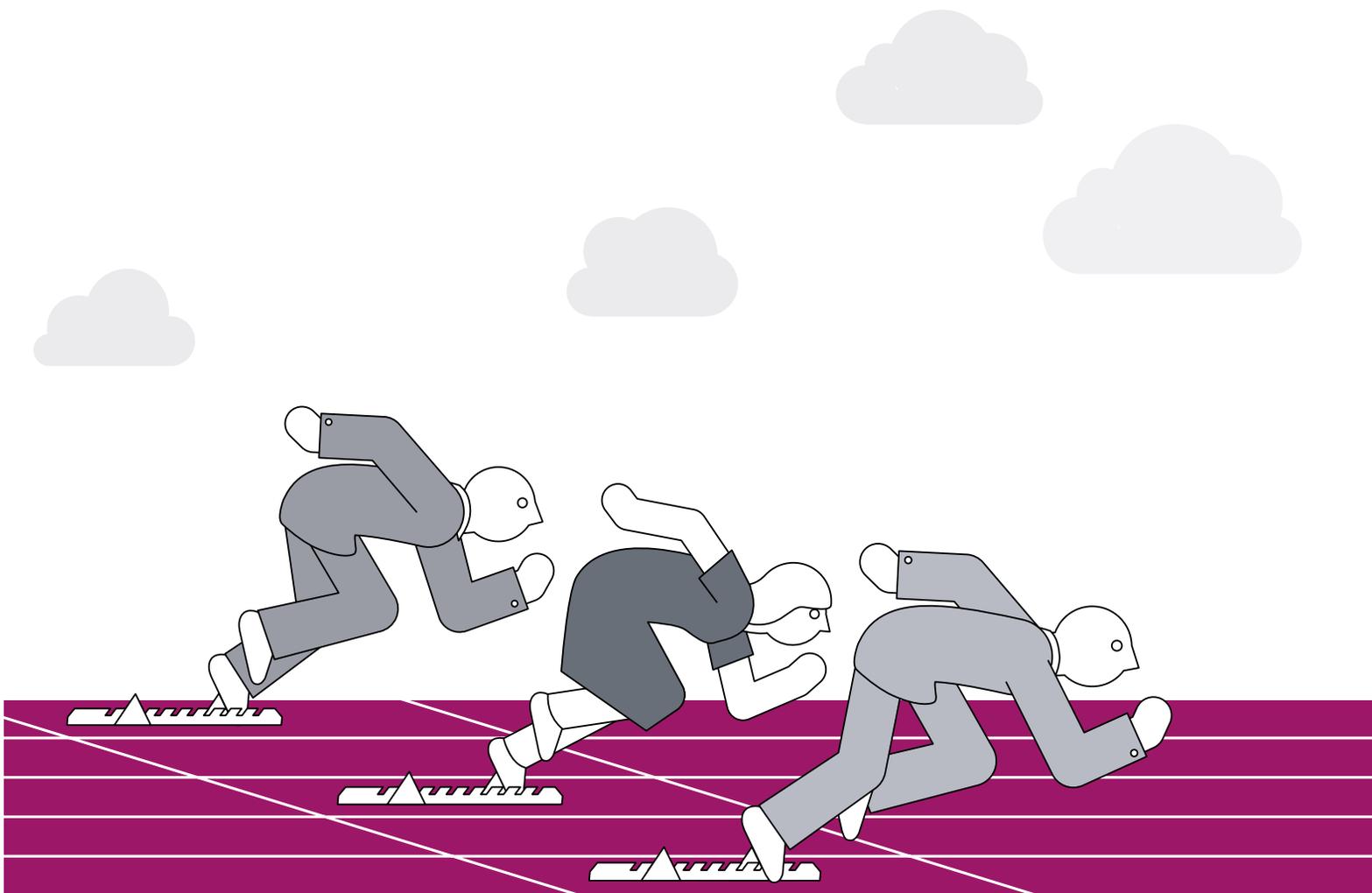
Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung) des ifo Instituts 2021

Beträge in Tsd. Euro

	31.12.2021	31.12.2020
Öffentliche Zuwendungen	11 647	11 829
Zweckgebundene Zuwendungen	3 174	2 812
Pflichtbeiträge der Mitglieder	109	112
Freiwillige Beiträge der Mitglieder	10	11
<hr/>		
Erlöse aus Veröffentlichungen, Datenbankleistungen, Konferenzen	282	294
Erlöse aus Drittmittelarbeiten	5 008	3 281
Sonstige Umsätze	104	122
Bestandsveränderung nicht abgerechneter Leistungen	- 1 309	502
Erträge aus laufender Geschäftstätigkeit	19 025	18 963
Aufwendungen für Material und für bezogene Leistungen	1 839	1 753
Personalaufwendungen	13 961	14 123
Planmäßige Abschreibungen	0	3
Außerplanmäßige Abschreibungen	231	231
<hr/>		
Sonstige betriebliche Aufwendungen abzüglich Erträge	2 906	2 571
Aufwendungen aus laufender Geschäftstätigkeit	18 937	18 681
Ergebnis aus der laufenden Geschäftstätigkeit	88	282
Finanzergebnis	- 22	- 17
Steuern vom Einkommen und Ertrag	43	- 26
Neutrales und periodenfremdes Ergebnis	14	3
Jahresergebnis	123	242
Entnahmen aus der Forschungsrücklage	0	0
Einstellungen in die Forschungsrücklage	112	231
Entnahmen aus der Satzungsrücklage	0	0
Einstellungen in die Satzungsrücklage	11	11
Ergebnisvortrag	0	0

Das Wahljahr 2021 – Neustart mit großen Herausforderungen

Vorschläge des ifo Instituts
für die neue Legislaturperiode



Die Bundestagswahl im September 2021 war neben der Pandemie das Thema des Jahres 2021. Nach 16 Jahren unter der Regierung von Angela Merkel stehen die Zeichen auf Neustart. Der Wahlkampf verlief auffallend inhaltsleer, viele Herausforderungen wurden nicht angesprochen. Nun liegen drängende Fragen bei der neuen Regierung auf dem Tisch: Welche Arbeitsmarkteffekte bringt der demografischen Wandel mit sich, und wie bewältigen wir sie? Welche strukturellen Folgen hat die Digitalisierung, und wie gehen wir damit um? Wie kann Deutschland Klimaschutz mit Wachstum und sozialem Ausgleich verbinden? Wie verschiebt der wachsende Einfluss Chinas und Asiens die Handelsströme, und wie positionieren sich Deutschland und Europa?

Die neue Regierung muss innovative und mutige Wege finden, um diese Fragen zu beantworten. Nicht leichter wird die Aufgabe dadurch, dass die Corona-Pandemie in den vergangenen zwei Jahren viel an Aufmerksamkeit und finanzielle Ressourcen gebunden hat. Deutschland musste erhebliche Schulden aufnehmen, um die Folgen der Pandemie abzufedern. Der finanzielle Spielraum für neue Staatsausgaben ist also eng:



Eine Wahl ist eine wichtige Zäsur, das gilt spätestens seit klar ist, dass eine neue Regierung ins Amt kommt. Diesen Start gilt es sorgfältig vorzubereiten. Um die komplexe ökonomische und politische Herausforderungen zu bewältigen, braucht es gezielte Maßnahmen. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen Koalition muss die fragile Konjunktur nach der Coronakrise stabilisieren und Wirtschaftswachstum anstoßen.

Gestützt auf die eigenen wissenschaftlichen Erkenntnisse entwickelten ifo-Expert*innen im vergangenen Jahr eine wirtschaftspolitische Agenda für die neue Legislaturperiode. Sie ist mit den grundlegenden und langfristigen Zielen der Sozialen Marktwirtschaft verbunden – Sicherung von Wohlstand, Chancengerechtigkeit und Inklusion, Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Stabilität. Insbesondere für die Steuer- und Finanzpolitik, aber auch für die »weißen Flecken«, also Themen, die beim Wahlkampf ausgespart wurden – etwa Außenwirtschafts- und Bildungspolitik –, entwickelte das Institut Vorschläge. ►

**DIE SCHWERPUNKTE
DER IFO-FORSCHUNG IM
WAHLJAHR 2021**

Steuern und Finanzen

Klimapolitik

Bildungspolitik

Lieferketten

Digitalisierung

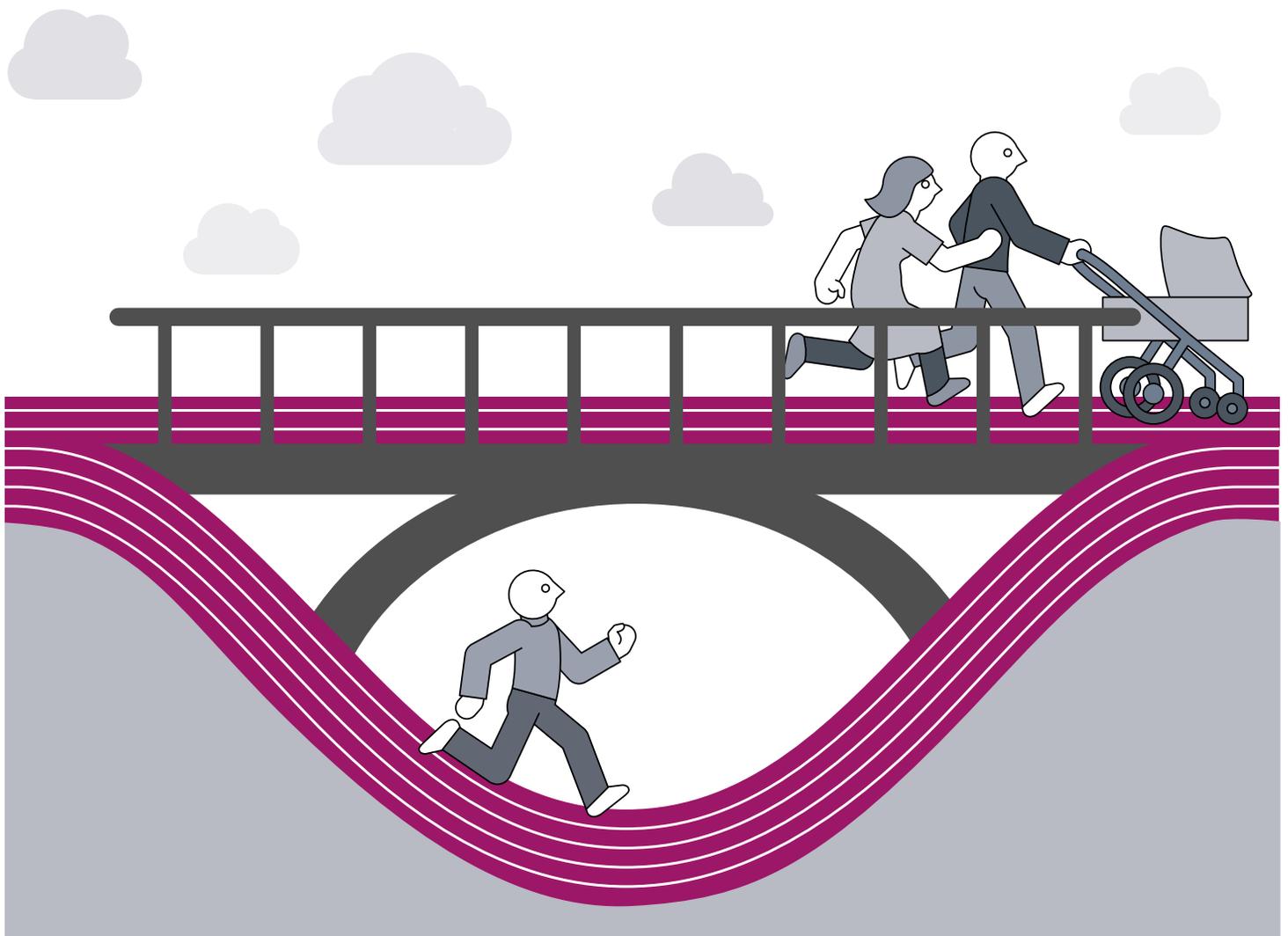
Die Corona-Pandemie hat nach vielen Jahren der »Schwarzen Null« und sinkenden Staatsschulden zu einer neuen Rekordverschuldung geführt. Weil die künftige Finanz- und Steuerpolitik für die neue Regierungskoalition ein Schlüsselthema ist, erarbeitete das ifo Institut für diesen Bereich besonders detaillierte Konzepte. Wissenschaftler*innen untersuchten, wie verschiedene steuerpolitische Maßnahmen die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen: von der Einkommensteuer über steuerliche Innovations- und Investitionsanreize bis zur Neuordnung der internationalen Unternehmensbesteuerung. Und sie prüften, welche Wirkung die Reformvorschläge in den Wahlprogrammen auf das Steueraufkommen, die Beschäftigung und die Einkommensverteilung der Menschen haben. Unter

anderem für die Einkommensteuer und das Transfersystem wurde ein eigener Reformvorschlag entwickelt, der steuerliche Hindernisse für die Fehlanreize zur Partizipation am Arbeitsmarkt abbaut und die Lasten fair verteilt. Bessere Anreize sollen dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen erwerbstätig sein können und dass Staat und Privatwirtschaft sinnvolle Investitionen tätigen.

STATT NETTOVERMÖGENSTEUER: KLUG INVESTIEREN

Die Forderung nach mehr Umverteilung durch eine Nettovermögensteuer wurde im Bundestagswahlkampf ausgiebig diskutiert. Befürworter begründen ihre Haltung mit den fiskalischen Lasten der Coronakrise: Sie fordern, Kri-

Das Steuer- und Finanzsystem wachstumsfreundlich gestalten



sengewinner müssten einen Beitrag zur Bewältigung dieser Lasten leisten. ifo-Präsident Clemens Fuest stellte dazu in einem Beitrag für die Stiftung Familienunternehmen fest, dass Steuerzahler, die in der Krise keine Verluste erlitten oder Gewinne erzielten, über die Ertragsteuer bereits zur Finanzierung herangezogen werden und einen ausreichenden Beitrag leisten. Auf Unternehmen mit niedriger Profitabilität und hohem Wettbewerbsdruck wirkt die Nettovermögensteuer quasi fast wie eine Verdopplung der Ertragsteuer, so dass Fuest negative Auswirkungen auf Investitionen, Wachstum und Beschäftigung befürchtet.

Aus Sicht des ifo Institutes ist es daher klüger, dass sich die Politik auf Maßnahmen konzentriert, die sowohl Inklusion als auch Wachstum fördern. Dazu gehören vor allem Investitionen in Bildung, Existenzgründungshilfen, die Förderung der Eigentumsbildung bei Menschen mit niedrigen Einkommen, etwa durch Mietkaufmodelle, und eine effektive Wettbewerbspolitik. Monopole und Kartelle schädigen das Wirtschaftswachstum und verschärfen die Ungleichheit.

SCHULDENBREMSE BEIBEHALTEN

In ihrem Beitrag »Steuer- und Finanzpolitik: Auf Wachstum ausrichten« sprachen sich Clemens Fuest und Niklas Potrafke, Leiter des ifo Zentrums für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie, dafür aus, Steuererhöhungen zu vermeiden und konsumtive Staatsausgaben und Subven-

tionen kritisch zu prüfen. Die Schuldenbremse sollte nicht abgeschafft werden, sie biete durchaus genug Spielräume für öffentliche Investitionen. Sie sollte nur so lange ausgesetzt bleiben, bis sich die Wirtschaft von der Coronakrise erholt hat. Unerwartete, finanzpolitische Herausforderungen werde es auch in Zukunft immer wieder geben: »In Jahren, in denen keine außergewöhnlichen Notsituationen vorliegen, müssen ausgeglichene Haushalte die Regel sein«, schreibt Potrafke.

FORSCHUNG ÜBER DAS STEUERSYSTEM FÖRDERN

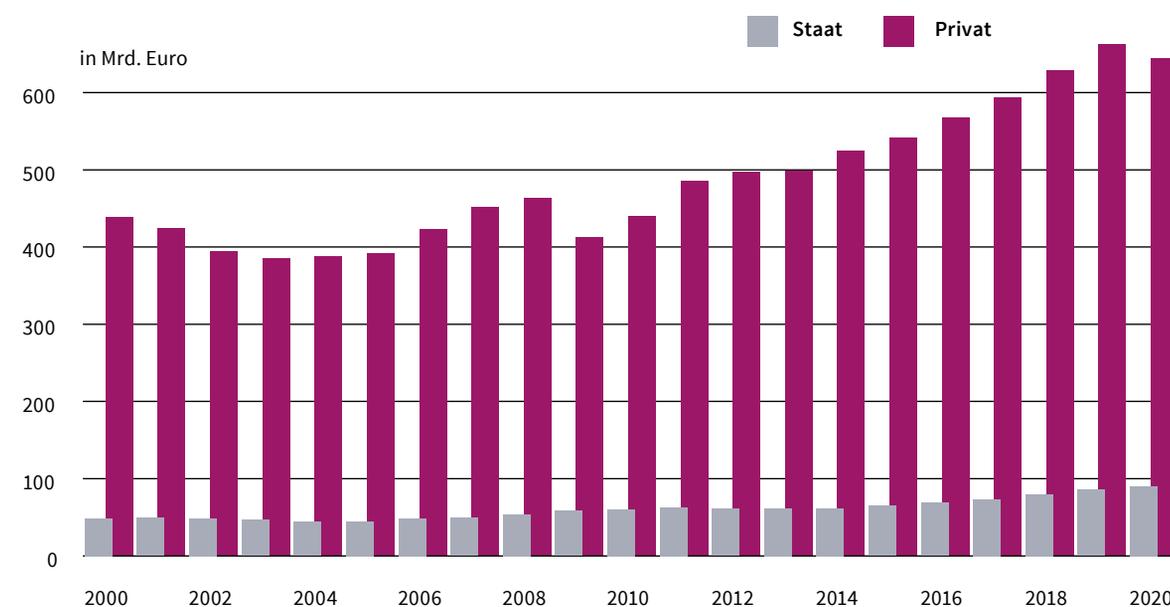
In der Unternehmensbesteuerung könnten beschleunigte Abschreibungen und bessere Möglichkeiten zur Verlustverrechnung Anreize setzen, in Deutschland neue Produktionsstätten aufzubauen und innovative Unternehmen zu gründen. Allerdings sollte die von der Ampel-Koalition geplanten beschleunigten steuerlichen Abschreibungen (»Superabschreibungen«), obwohl sie ein wirksames Instrument zur Investitionsförderung sind, nicht wie vorgesehen auf Investitionen in Klimaschutz- und Digitalisierungsmaßnahmen beschränkt werden. In einer gemeinsamen Studie schlägt ein Autorenteam um Clemens Fuest vor, die Abschreibungen breit anzusetzen, da die Begrenzung auf einen gegebenen Katalog und bestimmte Sektoren Innovationen mindern. Zudem besteht Förderungsbedarf besonders auch für von der Coronakrise betroffene Unternehmen mit geschwächter Eigenkapitalausstattung.



www.ifo.de/jb21/investitionen

www.ifo.de/jb21/steuerpolitik

Vor allem Privatinvestitionen sind für das Wachstum wichtig



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© ifo Institut

Ein Reformvorschlag des ifo Instituts sieht vor, Kinder bei der steuerlichen Begünstigung von Ehe und Familie stärker in den Fokus zu rücken.

Zentrale Reformkomponenten sind:

- Reform der Familienbesteuerung mit hohen Kinderfreibeträgen
- Umwandlung des Ehegattensplittings in ein Realsplitting
- Anpassung der Transferentzugsraten zur Beseitigung der Niedrig-einkommensfälle
- komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags
- geringe Anhebung der Spitzen- und Reichensteuersätze
- Anhebung der Grundfrei- und Pauschalbeträge

Eine Forschungsförderung über das Steuersystem wirkt sich positiv auf die Investitionen in Innovationsprojekte aus, wie eine Metastudie des ifo Zentrums für Industrieökonomik und neue Technologien ergab. Sie fasste die Ergebnisse zu quantitativen Evaluationsstudien in Europa, Japan, Kanada, China, Australien und den USA zusammen. »Deutschland betreibt diese Art der Förderung seit 2020. Sie verursacht viel weniger Bürokratie und ist deswegen vor allem für kleine und mittlere Unternehmen ein Gewinn«, erläuterte Oliver Falck, Leiter des Zentrums.

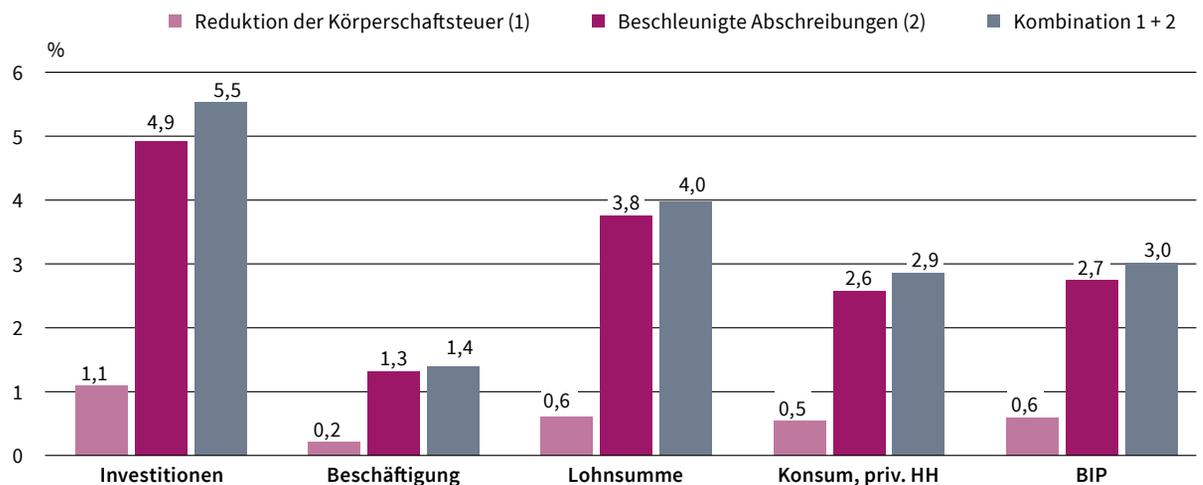
HINDERNISSE BEI DER BESCHÄFTIGUNG ABBAUEN

Eine möglichst breite Teilhabe am Wohlstand sichert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deswegen ist es sinnvoll, die Konjunkturerholung zu stützen und gleichzeitig neues Wirtschaftswachstum in Gang zu setzen. Es ist deshalb erforderlich, Beschäftigungshindernisse im Steuer- und Transfersystem abzubauen. Besonders wichtig ist das für Menschen, die nicht viel verdienen: Bei ihnen sorgt das ungünstige Zusammenspiel von Hartz-IV-Regeln und anderen Transfers dafür, dass sich Arbeiten über eine Teilzeitstelle hinaus oft nicht lohnt.

Auch die Teilhabe von Zweitverdienenden – meistens Frauen – wird durch die steuerlichen Rahmenbedingungen derzeit nicht optimal unterstützt. Helmut Rainer, Leiter des ifo Zentrums für Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsökonomik, und Andreas Peichl, Leiter des ifo Zentrums für Makro-

Steuersenkungen und beschleunigte Abschreibungen wirken ähnlich wie Investitionen

Kombiniert man Steuersenkungen und beschleunigte Abschreibungen, hat dies einen messbaren Effekt auf das Wirtschaftswachstum



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts mit dem CGE-Simulationsmodell.

© ifo Institut

ökonomik und Befragungen legten im Juli Vorschläge vor, um die Erwerbsbeteiligung von Frauen auszuweiten. Dies sei notwendig, um die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen, schreiben die Autoren. Eine Reform von Minijobs, die Umstellung der Ehegattenbesteuerung auf Realsplitting und ein weiterer Ausbau der Kinderbetreuung würden vor allem die Erwerbstätigkeit von Frauen erhöhen. Eine ifo-Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung im Oktober ergab, dass durch diese Maßnahmen die unteren 40% der Einkommen entlastet werden könnten. Gleichzeitig würde die Reform höhere Einkommensgruppen nur mäßig belasten. Für den Staatshaushalt entstünden keine zusätzlichen Kosten. Bei regulären Beitragssätzen wären so auch Steuersenkungen möglich. Die Berechnungen ergänzten einen breiter angelegten Reformvorschlag des ifo Instituts zur Steuerpolitik: Demnach würde eine umfassendere Reform des Steuer- und Sozialsystems zu einem noch höheren Zuwachs von bis zu 400 000 Vollzeitstellen führen.

KINDERGRUNDSICHERUNG EINFÜHREN

Familien besser zu stellen und den Bezug von Leistungen zu vereinfachen, ist auch das Ziel einer Kindergrundsicherung: Ende Oktober kam diese Maßnahme in den Koalitionsverhandlungen der neuen Regierung bereits zur Sprache. Ein ifo-Gutachten im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen kam zu dem Ergebnis, dass eine Kindergrundsicherung nach den Vorstellungen der Partei das Armutsrisiko von Familien mit Kindern senken und geringe bis mittlere Einkommen deutlich entlasten kann. Die Reform soll zwischen 27 und 33 Mrd. Euro kosten, Eltern würden weniger arbeiten. Als sich SPD, Grüne und FDP am 24. November auf einen Koalitionsvertrag einigten, hatten sie sich darauf verständigt, die Kindergrundsicherung einzuführen.



www.ifo.de/jb21/ehgattensplitting

www.ifo.de/jb21/kindergrundsicherung

»Eine kombinierte Reform von Minijobs und Ehegattensplitting würde die Geschlechterungleichheit auf dem Arbeitsmarkt verringern, indem sie Fehlanreize für die Erwerbstätigkeit von Frauen abbaut.«

Prof. Helmut Rainer, Ph. D. Leiter des ifo Zentrums für Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsökonomik



Klimapolitik neu denken

Auch der Klimawandel prägte die Debatte im Jahr 2021: Im April verlieh das Bundesverfassungsgericht dem Klimaschutz quasi Verfassungsrang. Im Juni verabschiedete der Bundestag eine Reform des Bundesklimaschutzgesetzes mit noch ambitionierteren Klimazielen. Viele Vertreter der Wirtschaft liefen dagegen Sturm, da an vielen Stellen unklar ist, wie die dort formulierten Ziele erreicht werden sollen. Keines der Wahlprogramme konnte mit befriedigenden Antworten aufwarten. Im Juli verwüstete eine historische Hochwasserkatastrophe weite Teile Deutschlands und Europas. Diese Flut verlieh dem Klimaschutz traurige Aktualität und rückte auch die Frage in den Mittelpunkt, inwieweit Politik die Anpassung an den

Klimawandel unterstützen kann. Dass zum Beispiel eine Pflichtversicherung gegen Hochwasserschäden helfen, aber auch schaden kann, ist abhängig davon, wie sie ausgestaltet wird, schrieben ifo-Präsident Clemens Fuest und Marcel Thum, Leiter der ifo Niederlassung Dresden, in einem Gastbeitrag für das Handelsblatt.

UNGELÖSTE HERAUSFORDERUNGEN BEWÄLTIGEN

Karen Pittel, Leiterin des ifo Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen, beteiligte sich im Juli an den »10 Vorschlägen des ifo Instituts für die kommende Legislaturperiode«. Selbst bei einer raschen Umsetzung umfassender klimapolitischer Maßnahmen sieht sie Bottlenecks in fast



www.ifo.de/jb21/co2-preis

www.ifo.de/jb21/gruene-geldpolitik1

www.ifo.de/jb21/gruene-geldpolitik2

allen Bereichen. So seien Emissionsminderungen und das Erreichen der Klimaneutralität ohne Technologiewechsel nicht möglich. Gleichzeitig sende die Klimapolitik keine verlässlichen Signale, die eine Grundlage für solche Investitionen bieten würden. Im Verkehrssektor wurden bei der Dekarbonisierung bisher keine Fortschritte erzielt: Das verfügbare Zeitfenster schrumpfe immer weiter. Auch im Gebäudesektor seien Sanierungen nicht immer mit Blick auf das Erreichen der langfristigen Klimaziele durchgeführt worden. Erschwerend käme hinzu, dass die Sektorziele im Klimaschutzgesetz die Gefahr einer kurzfristig ausgerichteten, ineffizienten Klimapolitik erhöhe. In Anbetracht der Vielzahl an Herausforderungen, so folgerte Pittel, dürften Klima- und Energiefragen die Bundespolitik in der kommenden Legislaturperiode noch weitaus stärker als bisher beschäftigen und eines der dominierenden Themen bleiben. Spielraum für Nachbesserungen sieht Pittel, wenn es im Laufe der Legislaturperiode zu einer erneuten Reform des Gesetzes kommen sollte.

CO₂-PREIS IN DEN MITTELPUNKT DER MASSNAHMEN STELLEN

Statt auf die Minderung von Emissionen und pauschale Ver- und Gebote zu setzen, muss der CO₂-Preis laut ifo-Präsident Clemens Fuest der Dreh- und Angelpunkt klimapolitischer Maßnahmen sein. Viele Akteure in der Politik setzten zu sehr auf starre sektorale Ziele und pauschale Ver- und Gebote, die den Klimaschutz unnötig verteuern. Als Beispiel führte Fuest das Verbot von Verbrennungsmotoren an sowie die Pflicht, auf jedem Dach Solarzellen zu installieren, auch wenn das Haus im Schatten steht. Besser wäre es, den CO₂-Preis und das europaweite System des Handels von Emissionsrechten in den Vordergrund zu stellen und dafür zu sorgen, dass wichtige Investitionen in den Ausbau von Infrastrukturen wie Ladesäulen für Elektrofahrzeuge und Bahnstrecken vorankommen.

GRÜNE GELDPOLITIK DER ZENTRALBANKEN?

Im Frühjahr 2021 entstand eine öffentliche Debatte zu der Frage, ob Notenbanken wie die Europäische Zentralbank (EZB) oder die Deutsche Bundesbank über ihren traditionellen Auftrag hinaus klimapolitische Ziele verfolgen sollten. Im Juli veröffentlichte die EZB einen Aktionsplan zur Berücksichtigung von Klimaaspekten.

Die ifo-Forscherinnen Celine Li und Marie-Theres von Schickfus analysierten die Motivation von Zentralbanken, sich am Klimaschutz zu beteiligen. Zentralbanken, so schreiben die Autorinnen, kümmern sich primär um Preisstabilität und die Stabilität des Finanzsystems. Die Motivation für die Beschäftigung der Zentralbanken mit dem Klimawandel rühre daher, dass eben diese Finanzstabilität durch Klimarisiken beeinträchtigt werde. Denn Überflutungen, Dürren, Stürme, aber auch langfristige Veränderungen wie das Ansteigen des Meeresspiegels können Schäden bei allen Akteuren (Privatpersonen, Staaten, Versicherungen und Unternehmen) verursachen. Diese Schäden könnten sich etwa durch Ressourcenknappheit oder Unterbrechungen von Lieferketten äußern. In der öffentlichen Diskussion war es zuletzt umstritten, ob Notenbanken wie die EZB, sich für den Klimaschutz einsetzen sollen. ifo-Präsident Clemens Fuest äußerte sich in einem ifo Standpunkt mit Hans Peter Grüner (Universität Mannheim) und Volker Wieland (Universität Frankfurt) ebenfalls zu dem Thema. Die Position der drei Wissenschaftler wurde dabei deutlich: Mit einer sogenannten grünen Geldpolitik nimmt die EZB die Grenzen ihres Mandats nicht ernst und untergräbt so auf Dauer ihre Unabhängigkeit.



»Die neue Bundesregierung muss auf die neue Klimapolitik der EU reagieren. Wenn das neue EU-Emissionshandelssystem eingeführt wird, sollte der nationale CO₂-Preis abgeschafft oder zumindest grundlegend reformiert werden.«

Prof. Dr. Karen Pittel Leiterin des ifo Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen



Seit Beginn der Coronakrise erforscht das ifo Zentrum für Bildungsökonomik intensiv die Folgen der Pandemie und der Corona-Maßnahmen für Kinder und Jugendliche. »Das Jahr 2020 darf nicht als das verlorene Jahr in die Bildungsgeschichte der betroffenen Kinder und Jugendlichen eingehen«, hatte Ludger Wößmann, Leiter des Zentrums, vor zwei Jahren gemahnt. 2021 begann aber wieder mit flächendeckenden Schulschließungen. Sie dauerten bis weit in den Frühling hinein. Und obwohl Politiker*innen unterschiedlicher Parteien vielfach wiederholten, das Wohl und die Bildung von Kindern und Jugendlichen hätten in der Krise oberste Priorität, kommt Ludger Wößmann bei der Präsentation des ifo Bildungsbarometers 2021 zu der Erkenntnis, dass Erwachsene die Corona-Schulpolitik insgesamt negativ beurteilten. So ist es etwa nicht gelungen, flächendeckend effektive Konzepte für Distanzunterricht zu etablieren. Die Herausforderung für die Bildungspolitik sieht Wößmann nun darin, passende Konzepte zu erarbeiten, um Lernzeitverlusten durch zukünftige Schulschließungen entgegenzuwirken. Zudem müssen effektive Fördermaßnahmen umgesetzt werden, um Lerneinbußen abzumildern.

BILDUNGSSYSTEM MUSS DIGITALER WERDEN

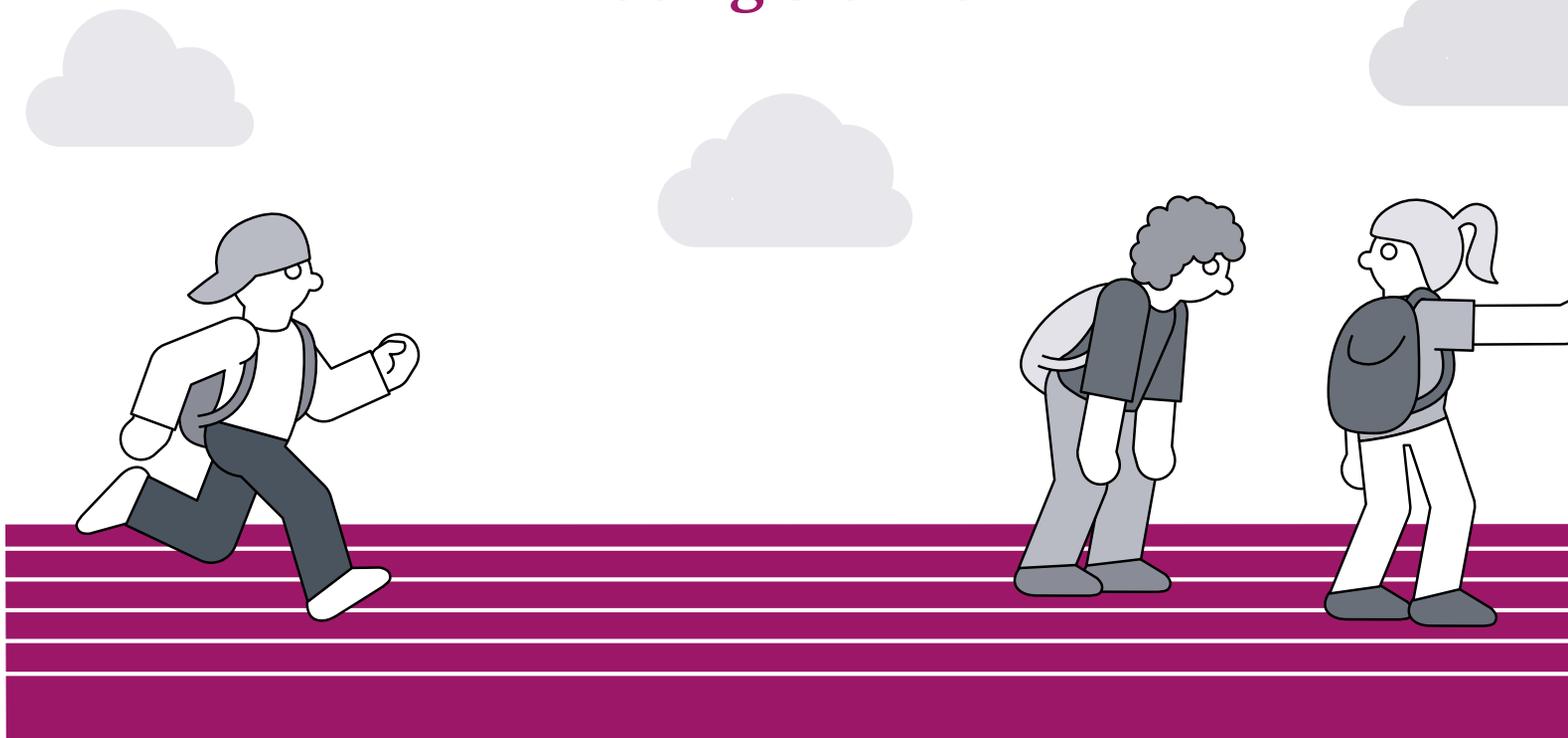
Das ifo Bildungsbarometer ermittelte, welche bildungspolitischen Maßnahmen die Teilnehmenden befürworten, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen:

Die Ergebnisse auf einen Blick:

- 74% der Befragten befürworten verpflichtenden Online-Unterricht bei Schulschließungen, um Corona-bedingte Lerndefizite abzumildern.
- 83% sind für eine intensivere Betreuung von Kindern aus schwierigen sozialen Verhältnissen.
- 77% der Befragten sind dafür, dass die Schulen auch nach Ende der Pandemie verpflichtend Computer im Unterricht verwenden.
- Über 75% sprechen sich für die Vermittlung von demokratischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kompetenzen an weiterführenden Schulen aus.
- Große Mehrheiten befürworten länderübergreifende Bildungsstandards und regelmäßige Vergleichstests sowie verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte.

Auf Basis der Erkenntnisse des Bildungsbarometers forderte das ifo Institut von der neuen Regierung, in die Digitalisierung des Bildungssystems zu investieren. Gleichzeitig müssen Bildungschancen benachteiligter Kinder durch frühkindliche, schulische und außerschulische Unterstützung gefördert werden. Deutschlandweite Zwischen-

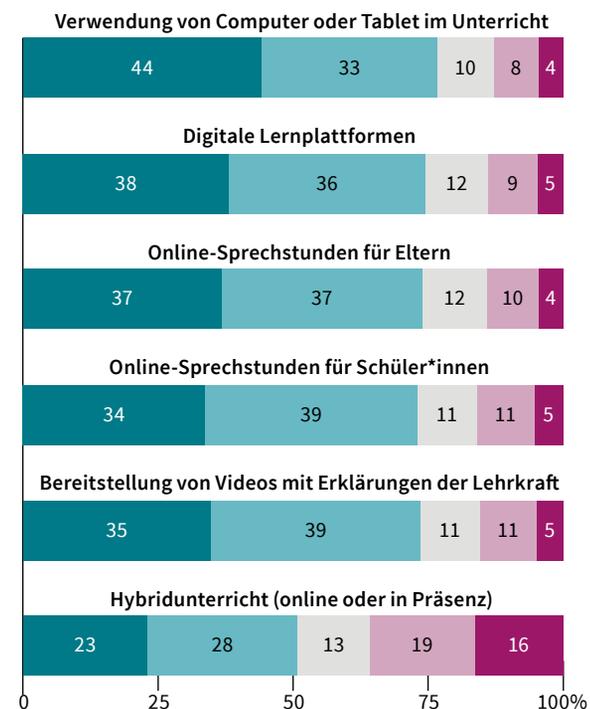
Potenziale ausschöpfen: Bildung stärken



Nachholbedarf bei digitalen Formaten in der Schule

Welche Angebote sollten nach Corona bestehen bleiben?

- Sehr dafür
- Eher dafür
- Weder dafür noch dagegen
- Eher dagegen
- Sehr dagegen



Quelle: ifo Bildungsbarometer 2021.

© ifo Institut

und Abschlussprüfungen sowie strukturelle und operative Reformen könnten helfen, die Ressourcen im Bildungswesen effektiver einzusetzen. Die Hochschulfinanzierung muss durch nachgelagerte Studiengebühren erweitert und das Angebot an klar zertifizierter Weiterbildung erhöht werden.

Aufgrund des demografischen Wandels wird Deutschland in den kommenden Jahren mit einem zunehmenden Fachkräftemangel konfrontiert sein. Die eigene Bevölkerung zu qualifizieren, wird nicht ausreichen, um das Problem zu lösen. Die Corona-Pandemie verschärft den Engpass zusätzlich, denn sie hat zu einer Verringerung der Erwerbsquote von Ausländer*innen in Deutschland geführt. Panu Poutvaara, Leiter des ifo Zentrums für Internationalen Institutionenvergleich und Migrationsforschung, hat untersucht, wie das Fachkräfteeinwanderungsgesetz die Zuwanderung dieser dringend benötigten Menschen voranbringt. In einem Artikel im ifo Schnelldienst zeigt er, dass das Fachkräfteeinwanderungsgesetz zwar schon Fortschritte gebracht hat, aber einige Nachbesserungen in der Legislaturperiode nötig wären. So sollten der Visumsprozess und die Terminvergabe optimiert und die Beschäftigungsmöglichkeiten während der Arbeitssuche ausgebaut werden.



www.ifo.de/jb21/bildungsbarometer2021

www.ifo.de/jb21/fachkraefte





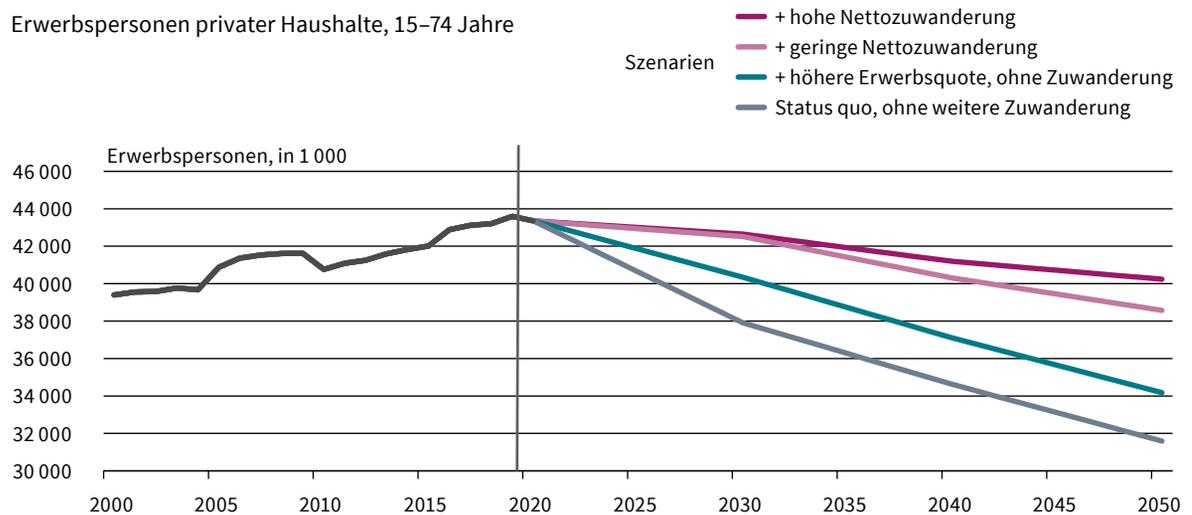
www.ifo.de/jb21/
sozialsystem

Auch das Rentensystem gilt es, für den demografischen Wandel fit zu machen. Die von der Koalition vorgeschlagene Aktienrente könne dabei nur einer von vielen Bausteinen sein. In einer Studie legten Joachim Ragnitz, Felix Rösel und Marcel Thum dar, dass man für eine langfristig tragfähige Finanzierung des Rentensystems in Deutschland nicht um eine Verlängerung der Regelaltersgrenze herumkomme. Die

Erhöhung der Regelaltersgrenze sollte regelgebunden – an Lebenserwartung oder Lebensjahre in guter Gesundheit gekoppelt – erfolgen. Und der Anstieg der Regelaltersgrenze sollte sozial flankiert werden, um Personen mit schlechterem Gesundheitsstatus oder physisch besonders beanspruchenden Berufen einen fairen Anteil an den Rentenleistungen zu sichern.

Wie Zuwanderung den Arbeitsmarkt stabilisieren könnte

Erwerbspersonen privater Haushalte, 15–74 Jahre



Notiz: geringe bzw. hohe Zuwanderung: Durchschnittlich 133 000 bzw. 311 000 pro Jahr / kontinuierliche Steigerung der EQ nach Kohortenprinzip.

Quelle: Eurostat, Szenarien des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Auf europäischer und internationaler Ebene gilt es, dem zunehmenden Protektionismus entgegenzutreten. Und obwohl deutsche Unternehmen stark vom Materialmangel infolge der Coronakrise betroffen sind, ist nicht die Rückverlagerung der Produktion ins Inland die effektivste Lösung – sondern Veränderungen von Handelsabkommen. Denn diese machen globale Lieferketten robuster. Jede Krise zeigt die Schwächen eines Systems auf und testet seine Widerstandskraft. Die Covid-19-Pandemie hat die weltweiten Handelsströme, Lieferketten und das nachhaltige Wirtschaftswachstum grundlegend beeinträchtigt.

Die durch Corona verursachte Knappheit beschäftigt die Firmen das gesamte Jahr hindurch. In einer Analyse zeigten die Wissenschaftler*innen des ifo Zentrums für Außenwirtschaft, dass die Lieferkettenstörungen während der Pandemie eng mit dem Markt der Containerschifffahrt verbunden sind: Etwa 80% der EU-Exporte in Nicht-EU-Mitgliedsländer werden per Schiff transportiert. Nach der Suezkanal-Havarie im März 2021 erreichten die Lieferschwie-

rigkeiten einen vorläufigen Höchststand in Deutschland. Als im September das ifo Geschäftsklima auf 98,8 Punkte fiel (nach 99,6 Punkten im August), verschärften sich die Stockungen weiter und gefährdeten den wieder beginnenden Aufschwung der Industrie. ifo-Präsident Clemens Fuest sprach erstmals von einer »Flaschenhals-Rezession«, bei der die Unternehmen zwar eine gute Auftragslage haben, diese Aufträge aber nicht abarbeiten können, weil der Nachschub an Vorprodukten stockt.

Im Dezember berichteten laut der ifo Konjunkturumfrage 81,9% der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe über Lieferschwierigkeiten bei Vorprodukten. Auch Verbraucher sehen sich Problemen beim Einkaufen vieler alltäglicher Waren gegenüber. Im Dezember berichteten 81,6% der Handelsunternehmen von Engpässen bei den Lieferungen.

»Die Situation in der Industrie ist paradox. Die Auftragsbücher sind voll. Der Materialmangel erlaubt es den Unternehmen aber nicht, ihre Produktion entsprechend hochzufahren«, sagte der Leiter der ifo-Umfragen, Klaus Wohlrabe. Laut ifo-Umfrage erwarten die Firmen, dass die Einschränkungen bis weit ins neue Jahr bestehen bleiben. Dies gilt auch für den Einzelhandel: Im Schnitt rechnen die Firmen der Branche damit, dass die Engpässe weitere zehn Monate andauern.



www.ifo.de/jb21/lieferketten1

www.ifo.de/jb21/lieferketten2

Für robuste Lieferketten: Engpässe vermeiden



WELTMÄRKTE MÜSSEN OFFEN BLEIBEN

Ein Rückholen der Produktion hätte aber enorm negative Folgen für die deutsche Wirtschaft und wäre daher der falsche Weg. »Die deutsche Volkswirtschaft profitiert wie kaum eine andere von offenen Weltmärkten und ist in einem großen Maße in internationale Wertschöpfungsketten integriert«, sagte Lisandra Flach, Leiterin des ifo Zentrums für Außenwirtschaft. Sie forderte klare und verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen, direkte staatliche Interventionen sollten grundsätzlich die Ausnahme sein. Stattdessen empfehlen die Außenwirtschaftsexpert*innen der neuen Regierung, den gemeinsamen Binnenmarkt zu

stärken und zu vertiefen – besonders bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen. Eine wichtige Rolle spiele hier die Integration eines europäischen Digitalmarkts, in dem zum Beispiel einheitliche Standards für den Datenschutz gelten. Die Politik sollte bilaterale Handelsverträge abschließen, um die Kosten für den Transfer von Waren und Dienstleistungen zu reduzieren. Außerdem sollte sie sich weiter darauf konzentrieren, das multilaterale, regelbasierte Handelssystem, etwa der WTO, zu stärken, sagt Flach.

Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung voranbringen

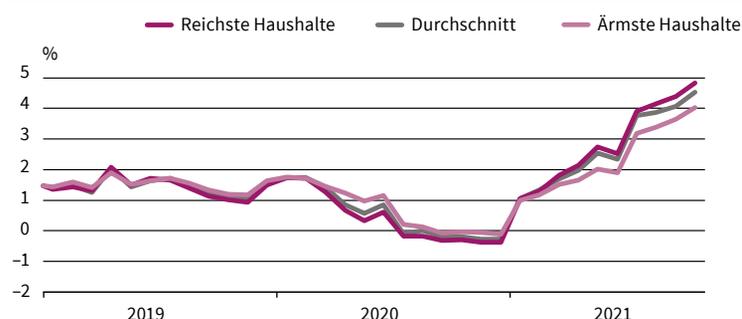
Bei der digitalen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft gibt es noch viel zu tun – sei es der Ausbau der digitalen Infrastruktur oder die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Während der Coronakrise 2020 erlebte die Digitalisierung zwar einen enormen Schub, doch zeigten sich auch besonders deutlich die Mängel bei der technischen Umsetzung. Oliver Falck, Leiter des

ifo Zentrum für Industrieökonomik und neue Technologien forderte, dass die Politik insbesondere in Schulen, dem Gesundheitswesen und der öffentlichen Verwaltung die Digitalisierung vorantreibt. Im Juli 2021 ermöglichte eine Änderung des E-Government-Gesetzes den Zugang zu Daten des öffentlichen Sektors. Falck sieht Deutschland aber noch weit entfernt von der systematischen Nutzung öffent-



licher Verwaltungsdaten. Weil Falck großes Wachstumspotenzial der Digitalisierung bei der systematischen Nutzung von Daten zur Generierung neuer Geschäftsmodelle erkennt, forderte der Wissenschaftler eine öffentliche Auseinandersetzung: Wie weit soll Datenschutz gehen – mit entsprechenden Konsequenzen für entgangenes Wachstum und Wohlstand? Und wie kann ein wachstumsfreundliches Datenschutzregime aussehen? Antworten auf diese Fragen skizzierte auch ein ifo-Projektteam im Auftrag der IHK München und Oberbayern. Die Wissenschaftler*innen identifizierten eine niedrige, rückläufige Gründungsrate in Deutschland als zentralen Schwachpunkt der digitalen Transformation und Innovation in Deutschland – zumal dadurch langfristig digitale Geschäftsmodelle und Technologien in Wirtschaft und Gesellschaft gebremst werden. Damit Deutschland ein führendes Innovationsland bleibt, muss die neue Bundesregierung die notwendigen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche digitale Transformation setzen, forderten die Projektmitarbeiter*innen.

Inflationsrate nach Einkommensgruppen der privaten Haushalte



Anmerkung: Ärmste Haushalte: monatliches Nettoeinkommen unter 1 300 Euro; Reichste Haushalte: monatliches Nettoeinkommen über 5 000 Euro.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

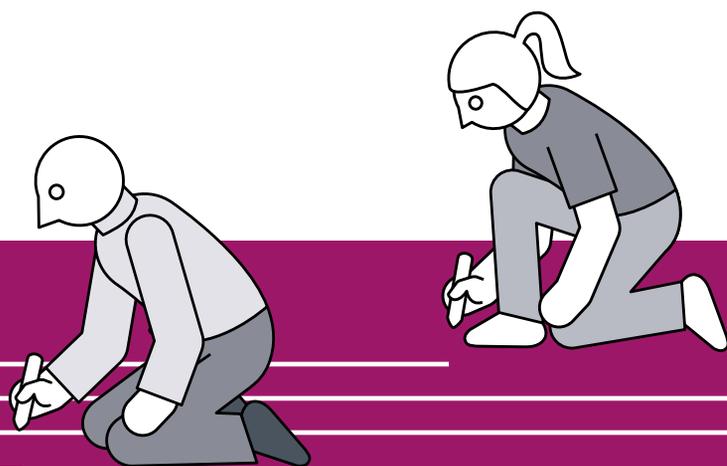
© ifo Institut

INFLATION – KURZFRISTEFFEKT ODER LANGFRISTIGER TREND?

Die Inflationsrate in Deutschland liegt Ende 2021 so hoch wie seit der Ölkrise nicht mehr. Konjunkturopernte Timo Wollmershäuser sagt im September, dass sich ein Teil des beschleunigten Preisanstiegs 2021 durch überaus niedrige Preise im Jahr 2020 erklären lässt, vor allem bei Energie, Nahrungsmitteln und in einigen Dienstleistungen. Die meisten Prognosen gehen deshalb davon aus, dass die hohen Inflationsraten 2022 deutlich sinken werden. Ob sich der Trend verstetigt, hänge unter anderem auch davon ab, wie die Lohnabschlüsse im Jahr 2022 ausfallen werden.

WER IST AM STÄRKSTEN BETROFFEN?

Preissteigerungen könnten zu Verteilungseffekten führen, weil untere Einkommensgruppen am stärksten unter steigenden Lebensmittel- und Energiepreisen leiden. Eine ifo-Studie im November zeigt: Solche Verteilungseffekte resultieren nicht aus unterschiedlichen Anstiegen der Lebenshaltungskosten einzelner Einkommensgruppen. Vielmehr verteuern sich die Warenkörbe der ärmeren Haushalte spätestens seit Mitte des Jahres 2021 deutlich langsamer als die der reicheren Haushalte.



CHRONIK DES JAHRES 2021

Die Bundestagswahl im Herbst prägte die Diskussionen um die wirtschaftspolitische Agenda der kommenden Jahre. Gleichzeitig belasteten neue Virusvarianten, Lieferengpässe sowie steigende Preise die wirtschaftliche Erholung im Jahr 2021.

JANUAR

5.1. Bund-Länder-Beschluss verlängert den allgemeinen Lockdown bis zum 31. Januar.

20.1. Längerer Lockdown lässt Wirtschaft im 1. Quartal stagnieren.

28.1. Wissenschaftler*innen aus verschiedenen Disziplinen stellen Aktionsplan für einen europaweit koordinierten Schutz vor neuen Virusvarianten vor.

FEBRUAR

10.2. Ministerpräsidentenkonferenz einigt sich auf Verlängerung des Lockdowns bis zum 7. März.

10.2. ifo-Studie rechnet mit Kosten der zweiten Corona-Welle pro Woche von

1,5 Mrd. Euro.

→ www.ifo.de/jb21/pm-welle

MÄRZ

1.3. **Munich Economic Debate:** Wie verändert sich die Arbeitswelt von Frauen durch die Corona-Pandemie? Panel mit Monika Schnitzer, Janina Kugel und Michele Tertilt.

3.3. ifo-Studie sieht Homeoffice-Potenzial in Deutschland bei

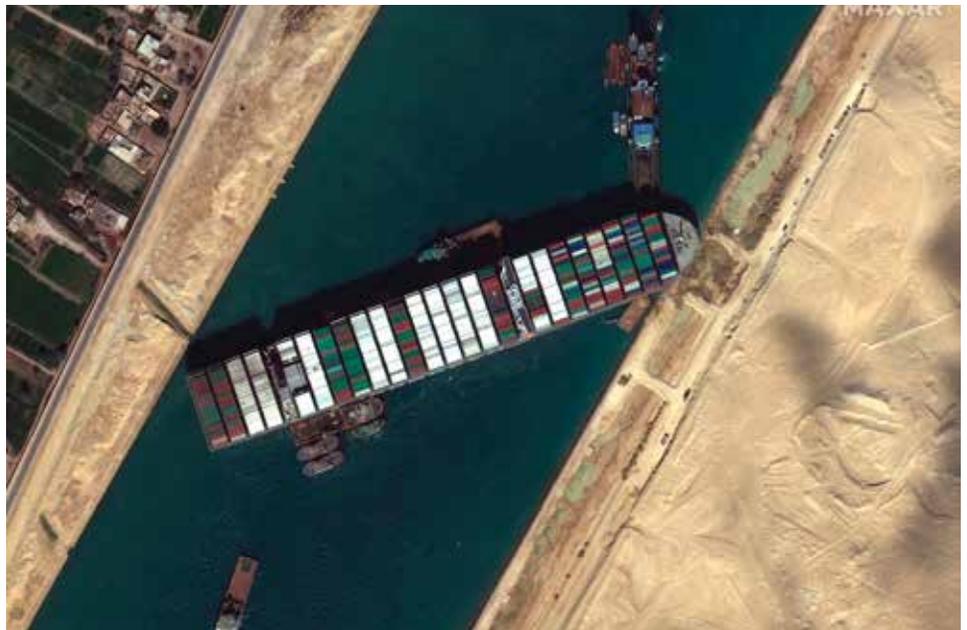
56 %.

→ www.ifo.de/jb21/pm-homeoffice

23.3. Das Containerschiff »Ever Given« blockiert den Suezkanal.

APRIL

15.4. BIP-Anstieg für 2021 liegt laut Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute bei 3,9%.



Hunderte Schiffe konnten die Wasserstraße nicht passieren, was den weltweiten Handel störte.

ifo-Umfragedaten vom April zeigen, dass 45% der Industrieunternehmen und 23,3% der Bauunternehmen unter Lieferengpässen und Materialmangel leiden.

20.4.

4,3 Stunden weniger pro Tag

verbrachten die Schüler*innen laut einer ifo-Studie während des zweiten Lockdowns mit schulischen Aktivitäten.

→ www.ifo.de/jb21/pm-lockdown

- 29.4.** Bundesverfassungsgericht kippt Klimaschutzgesetz. Bundestag verabschiedet Neufassung im Juni.

MAI

SPD und FDP verabschieden Wahlprogramm für Bundestagswahl.

- 6.5.** Gemeinsame Studie von ifo und dem VdA zeigt, dass durch die Transformation zur Elektromobilität zwischen 25 000 und 80 000 Arbeitsplätze verlorengehen.

JUNI

- 10.6.** ifo Jahresversammlung 2021 zu den wirtschaftspolitischen Reformen in der Post-Merkel-Ära (2021–2025)



Oliver Zipse, Vorstandsvorsitzender von BMW, bei der ifo Jahresversammlung 2021.

»Leider wurde die Chance zu einer umfassenderen Reform des Klimaschutzgesetzes im aktuell vorliegenden Entwurf nicht genutzt.«

Prof. Dr. Karen Pittel Leiterin des ifo Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen

- 11.6.** Bundestag verabschiedet Lieferkettengesetz.

43 %

der Firmen erwarten laut ifo-Umfragedaten einen höheren bürokratischen Aufwand durch das Lieferkettengesetz.

- 16.6.** ifo senkt Konjunkturprognose für 2021 auf **3,3%**.

Die Grünen, die Linke und die Union verabschieden ihre jeweiligen Wahlprogramme zur Bundestagswahl.

JULI

- 8.7.** EZB ändert Inflationsziel auf jährlich 2% Inflation. ifo geht von einem vorübergehenden Anstieg der Inflation in den kommenden Monaten aus, auf über

4 % Inflation.



- 15.7.** Jahrhunderthochwasser in Deutschland verursachte Sachschäden in Milliardenhöhe.

- 14.7.** ifo Schnelldienst mit Schwerpunkt »Wirtschaftspolitische Agenda für die Post-Merkel-Ära« erscheint.

→ www.ifo.de/jb21/sd7

- 19.7.** ifo-immowelt-Studie zu Wohnortpräferenzen während Corona: 13 % planen Umzug aus der Großstadt. 46% gaben an, dass die Corona-Pandemie ihre Entscheidung beeinflusst hat.

→ www.ifo.de/jb21/corona-wohnen

- 28.7.** Clemens Fuest und Marcel Thum sprechen sich für Versicherungspflicht für Elementarschäden mit Versicherungsprämien aus, die lokale Risiken angemessen abbilden.

AUGUST

20.8. RKI warnt vor dem Beginn der **vierten Coronawelle**.

29.8. Erstes TV-Triell zwischen den Kanzlerkandidat*innen von Union, SPD und Grünen.

31.8.
74% der Deutschen sind laut ifo Bildungsbarometer für verpflichtenden Online-Unterricht bei Schulschließungen.

SEPTEMBER

5.9. ifo Institut auf der IAA: Prof. Dr. Oliver Falck diskutiert mit Expert*innen über die Themen Homeoffice und Verkehr.



15.9. ifo **Schnelldienst** mit Schwerpunkt »Konsumstau, höhere Energiepreise, lockere Geldpolitik: Droht nach Corona die große Inflation?«

→ www.ifo.de/jb21/sd9

16.9. ifo-Präsident Clemens Fuest schlägt Reform des Ehegattensplittings hin zu einem Realsplitting vor.

21.9. ifo **Ökonomenpanel**: Ökonomen erwarten niedrigstes Wachstum und niedrigste Einkommensungleichheit bei Linksbündnis.

13.10. EconPol Europe Annual Conference zum Thema »The State of Fiscal Resilience – How Prepared is Europe for Future Crises?«

14.10. Gemeinschaftsdiagnose geht von einem BIP-Anstieg im Jahr 2021 von **2,4%** aus.

26.9. Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag

OKTOBER

8.10.
400 000
Vollzeitstellen würden durch ifo-Vorschlag für Reformen in der Steuerpolitik entstehen.

11.10. ifo-Präsident Clemens Fuest spricht im Rahmen der **Munich Economic Debates** zum Thema »Faire und wachstumsfreundliche Steuerpolitik«

18.10. Finanzpolitik wird zum **Kernthema der Koalitionsverhandlungen**. ifo schätzt, dass Steuerkompromiss der Ampel die Steuerzahler*innen entlastet um bis zu

16,4
Mrd. Euro.

→ www.ifo.de/jb21/reform-est

»Die neue Regierungskoalition sollte bei ihrer Steuerpolitik Wachstum und Beschäftigung in den Vordergrund stellen.«

Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest Präsident des ifo instituts

21.10. Clemens Fuest, Gabriel Felbermayr und Jens Südekum schlagen einen EU-Klimaplan im Vorfeld der UN-Klimakonferenz vor.

29.10. ifo Institut schätzt die bislang durch Lieferengpässe ausgelösten Wertschöpfungsverluste in der deutschen Industrie auf knapp

40 Mrd. Euro.

NOVEMBER

Beginn der 4. Coronawelle: Infektionszahlen gehen durch die Decke, vor allem in Bayern, Sachsen und Thüringen.



ifo-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest beim ifo Branchen-Dialog.

10.11. ifo Branchen-Dialog zum Thema »Nachhaltigkeit und den wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Energie- und Klimapolitik«

16.11. ifo-Studie zeigt Verteilungseffekte der derzeit hohen Inflationsraten: Inflation trifft aktuell Reiche stärker als Arme.

→ www.ifo.de/jb21/pm-inflation

»Eine Kommission zur Reform der Sozialleistungen ist ein Schritt in die richtige Richtung. Dass mehr brutto weniger netto bedeutet, muss aufhören.«

Prof. Dr. Andreas Peichl Leiter des ifo Zentrums für Makroökonomik und Befragungen

DEZEMBER

17.11. ifo-Präsident Clemens Fuest und weitere Steuerexpert*innen sprechen sich für Abschaffung von Steuerprivilegien für Immobilien und gegen Enteignungen aus.

→ www.ifo.de/jb21/reform-immost

24.11. Ampel-Koalition stellt Koalitionsvertrag für künftige Bundesregierung vor.

ifo Institut lobt Koalitionäre für Reform der Sozialleistungen und kritisiert Verschiebung der großen Rentenreform.

26.11. In den ifo Konjunkturumfragen berichten so viele Firmen wie nie zuvor von geplanten Preiserhöhungen. Die ifo Preis-erwartungen sind auf einen neuen Rekordwert seit dem Beginn der Umfragen gestiegen.

8.12. Bundestag wählt Olaf Scholz zum neuen Bundeskanzler; die neue Ampel-Regierung wird vereidigt.



14.12. ifo Institut senkt Wachstumsprognose für 2022 auf 3,7%.

23.12.

81,9% der Firmen klagen über Lieferengpässe — zum Jahresende ein neuer Rekordwert.



Interessieren sich vor allem für Wirtschaftsforschung im Bereich der neuen Bundesländer: Stefanie Knoll und Albert Landsberger aus der ifo Niederlassung Dresden



Von links: Dr. Cornelia Geißler, (ifo Kommunikation), Staatssekretär Roland Weigert, Dr. Sabine Maaßen (Audi AG) und Prof. Clemens Fuest auf der ersten IAA Mobility in München



Kolleg*innen des ifo Zentrums für Makroökonomik und Befragungen bei der zweiten coronakonformen ifo Summertime Bar und in der Kicker-Pause



Harald Schultz (Pressesprecher), Dr. Katharina Werner und Prof. Philipp Lergetporer (ifo Zentrum für Bildungsökonomik) bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des ifo Bildungsbarometers 2021



Interdisziplinärer Austausch auch in den Veranstaltungspausen: Dr. Florian Dorn beim Auftakt-event des neuen CESifo Clusters »Forschung mit Unternehmensdaten«

Das ifo Institut und seine Forschung



Unser Motto »Shaping the Economic Debate« ist im Wahljahr 2021 besonders stark in den Vordergrund getreten. Die Ergebnisse unserer Forschung boten allen Parteien eine wissenschaftliche Grundlage für eine sachorientierte Debatte. Wir evaluierten aber auch Parteiprogramme, um der Öffentlichkeit eine Basis für ihre Wahlentscheidung zu geben. Letztlich ist jedoch die Spitzenforschung das Herzstück des ifo Instituts. Unsere acht Zentren besitzen jeweils eine eigene Positionierung, folgen ihrem charakteristischen Forschungsprogramm und bieten spezifische Services. Zusätzlich decken die Forschungsgruppe Steuer und Finanzpolitik und die ifo Niederlassung Dresden eigene Themenfelder ab. Die ifo-Wissenschaftler*innen arbeiten an vielen Themen bereichsübergreifend. 2021 war das zum Beispiel bei Fragen zur Sozialpolitik, zu Steuern und zur Haushaltspolitik der Fall. Ein weiterer wichtiger Partner ist das CESifo-Netzwerk. In diesem Netzwerk renommierter Ökonom*innen entstehen zahlreiche Working Papers, die oft später in referierten Journals erscheinen und die in zahlreichen eigenen internationalen wissenschaftlichen Konferenzen diskutiert werden. Zusätzlich zu den acht »Research Areas« des CESifo-Netzwerks wurde 2021 der erste CESifo-Cluster zur Forschung mit Unternehmensdaten etabliert.



Forschung
www.ifo.de/forschung

ifo Zentrum für	
• Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsökonomik	40
• Außenwirtschaft	44
• Bildungsökonomik	48
• Energie, Klima und Ressourcen	52
• Industrieökonomik und neue Technologien	56
• Internationalen Institutionenvergleich und Migrationsforschung	60
• Makroökonomik und Befragungen	64
• Öffentliche Finanzen und politische Ökonomie	68
Forschungsgruppe Steuer- und Finanzpolitik	72
Niederlassung Dresden	76
Münchener Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaftswissenschaft – CESifo GmbH	80
Konjunkturumfragen	84
Konjunkturprognosen	86

ifo Zentrum für Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsökonomik



Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Bevölkerung haben stets Konsequenzen für die Gesellschaft und Wirtschaft. Das ifo Zentrum für Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsökonomik erforscht diese Zusammenhänge und die drängendsten sozialen Probleme unserer Zeit.

Warum zerbrechen Familien, wie integrieren wir Einwanderer, und wie passen wir uns an den Klimawandel an? Mit Hilfe theoretischer Analysen, moderner Ökonometrie und spezifischen Datenquellen nähert sich das Zentrum bisher ungelösten Fragen der Familien- und Arbeitsmarktökonomik. Ziel ist es, Politik und Öffentlichkeit darüber zu informieren, welche Ursache-Wirkungs-Beziehungen den drängendsten sozialen Problemen zugrunde liegen.

ENTWICKLUNG VON FAMILIEN

Innerhalb des Forschungsschwerpunkts Familienökonomik beschäftigt sich der Bereich mit den Auswirkungen sozial- und familienpolitischer Maßnahmen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auf die Fertilitätsentscheidungen von Paaren und auf die Entwicklung von Kindern. Ferner ergründen die ifo-Wissenschaftler*innen Ursachen und Folgen der Instabilität von Ehe und Familien. Es geht dabei zum Beispiel um ökonomische und familienpolitische Faktoren, die Scheidungsraten beeinflussen, aber auch darum, welche Auswirkungen Trennung und Scheidung der Eltern auf ihre Kinder haben. Ein weiterer Forschungsschwerpunkt untersucht die Ursachen häuslicher Gewalt: Spielen kulturelle Faktoren, historische Hintergründe und wirtschaftliche Gegebenheiten eine Rolle? Und welche Maßnahmen können dazu beitragen, Gewalt gegen Frauen zu verhindern?

INTEGRATION VON EINWANDERERN

Die Nachkommen von Einwanderern zählen zu den am schnellsten wachsenden Bevölkerungsgruppen in vielen europäischen Ländern und werden diese Gesellschaften entscheidend prägen. Die erfolgreiche Integration von Einwandererkindern ist daher eine der dringlichsten Aufgaben von Politik und Gesellschaft. Das Zentrum untersucht die Wirksamkeit staatlicher Integrationsmaßnahmen für Einwandererkinder.

ANPASSUNG AN KLIMAWANDEL UND UMWELTBELASTUNG

Die ökonomischen, politischen und sozialen Auswirkungen von Klimawandel und Umweltbelastungen sind in ihrem Ausmaß noch unklar. Zentral ist dabei die Frage, ob und in welchem Umfang diese Auswirkungen reduziert werden können – indem sich eine Gesellschaft an veränderte Klimabedingungen anpasst oder sich davor schützt. Der Forschungsbereich möchte diese Fragen beantworten und analysiert Anpassungsmaßnahmen im europäischen und internationalen Kontext. ▶



[www.ifo.de/
zentrum-ab](http://www.ifo.de/zentrum-ab)



3 FRAGEN AN

Prof.
Helmut Rainer,
Ph. D.



?

Dass durch den demografischen Wandel Engpässe im Arbeitsmarkt entstehen, ist bekannt. Warum sprechen wir gerade jetzt wieder darüber?

!

Im Gegensatz zu anderen Krisen bezeichnen wir die Covid-19-Rezession als »Shecession«, da im Gros der entwickelten Länder Frauen größere negative Auswirkungen auf ihre Beschäftigung erfahren haben als Männer.

Sie schlagen vor, die Kinderbetreuung zu verbessern – hat sich da nicht schon einiges getan?

Da der Ausbau der Kindertagesbetreuung auf halber Strecke komplett zum Erliegen gekommen ist, besteht nach wie vor dringend Handlungsbedarf, um die Arbeitsmarkt-beteiligung von Frauen zu erhöhen.

Und Sie wollen das Ehegattensplitting abschaffen. Warum?

Es schafft Fehlanreize: Angenommen eine Frau, die mit einem vollzeitbeschäftigten Mann verheiratet ist, fängt mit einem durchschnittlichen Bruttostundenlohn wieder an zu arbeiten (25 Stunden pro Woche). Dann muss sie die Hälfte ihres Einkommens abgeben. Das ist nicht gerecht. Wir schlagen ein Realsplitting vor, das die Unterhaltspflichten der Ehepartner berücksichtigt.

Prof. Helmut Rainer,
Ph. D., Leiter ifo
Zentrum für Arbeits-
markt- und Bevölkerungs-
ökonomik

im UZS mit:
Stella Canessa,
Leander Andres und
Maria Waldinger, Ph.D.
(stellv. Leiterin)

FAMILIENÖKONOMIK

Bezahlter Mutterschutz fördert mentale Gesundheit von Kindern

In den späten 1970er Jahren wurde der Mutterschutz in Deutschland auf bis zu sechs Monate mit finanzieller staatlicher Unterstützung verlängert, um Mütter stärker zu entlasten. ifo-Forscher Marc Fabel weist nun in einer Langzeitstudie nach, dass auch die Kinder in ihrer langfristigen Entwicklung davon profitiert haben. Insbesondere junge Männer Ende 20 sind weniger von Krankheitsbildern wie suchtbedingten Verhaltensstörungen betroffen. Zu diesem Ergebnis kam der Autor, indem er medizinische Krankenhausdaten aus den Jahren 1995–2014 auswertete.

Bis zu

6,6 Mio. Euro

pro Geburtenjahrgang könnte der deutsche Staat einsparen, wenn sich über längeren Mutterschutz die stationäre Behandlung von Verhaltensstörungen von jungen Erwachsenen vermeiden lässt.



www.ifo.de/jb21/PM-Mutterschutz

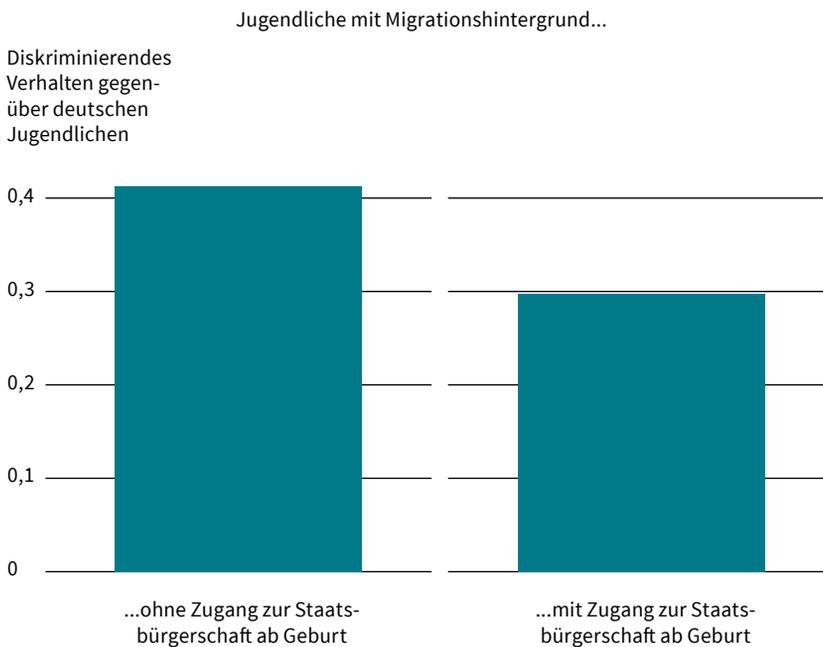
VERÖFFENTLICHUNG IM *JOURNAL OF PUBLIC ECONOMICS*

Mehr soziale Interaktion durch Staatsbürgerschaft ab Geburt

Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland kooperieren nur wenig im sozialen Umgang mit ihren deutschen Altersgenossen. Das erschwert ihre Integration in die Gesellschaft. Wir konnten jedoch zeigen, dass diese Unterschiede nicht in Stein gemeißelt sind. Sie lassen sich durch die Einführung einer Staatsbürgerschaft ab Geburt beeinflussen. Erhalten also Einwanderer den gleichen rechtlichen Status wie ihre einheimischen Altersgenossen und ziehen sie in Bezug auf ihre Bildungserfolge mit ihnen gleich, erweitert sich die Bereitschaft, mit ihnen zu interagieren. Diese Maßnahme kann ein wichtiges Instrument sein, um soziales Verhalten zu verändern. Unsere Ergebnisse zeigen jedoch, dass die Maßnahme bei Mädchen deutlich weniger Erfolg hat als bei Jungen. Maßnahmen, die auf Kinder mit Migrationshintergrund ausgerichtet sind, müssen also die unterschiedlichen Arten von Sozialisationsdruck berücksichtigen, die Mädchen und Jungen im Integrationsprozess erfahren.

Staatsbürgerschaft ab Geburt reduziert diskriminierendes Verhalten

Bestimmung des diskriminierenden Verhaltens mittels experimenteller Messung von unterschiedlicher Kooperationsbereitschaft



Quelle: C. Felfe, M. G. Kocher, H. Rainer, J. Saurer, T. Siedler, »More Opportunity, More Cooperation? The Behavioral Effects of Birthright Citizenship on Immigrant Youth«, *Journal of Public Economics* 200, August 2021, 104448. © ifo Institut

DFG-PROJEKT

Wie das Sorgerecht die Entwicklung von Kindern beeinflusst

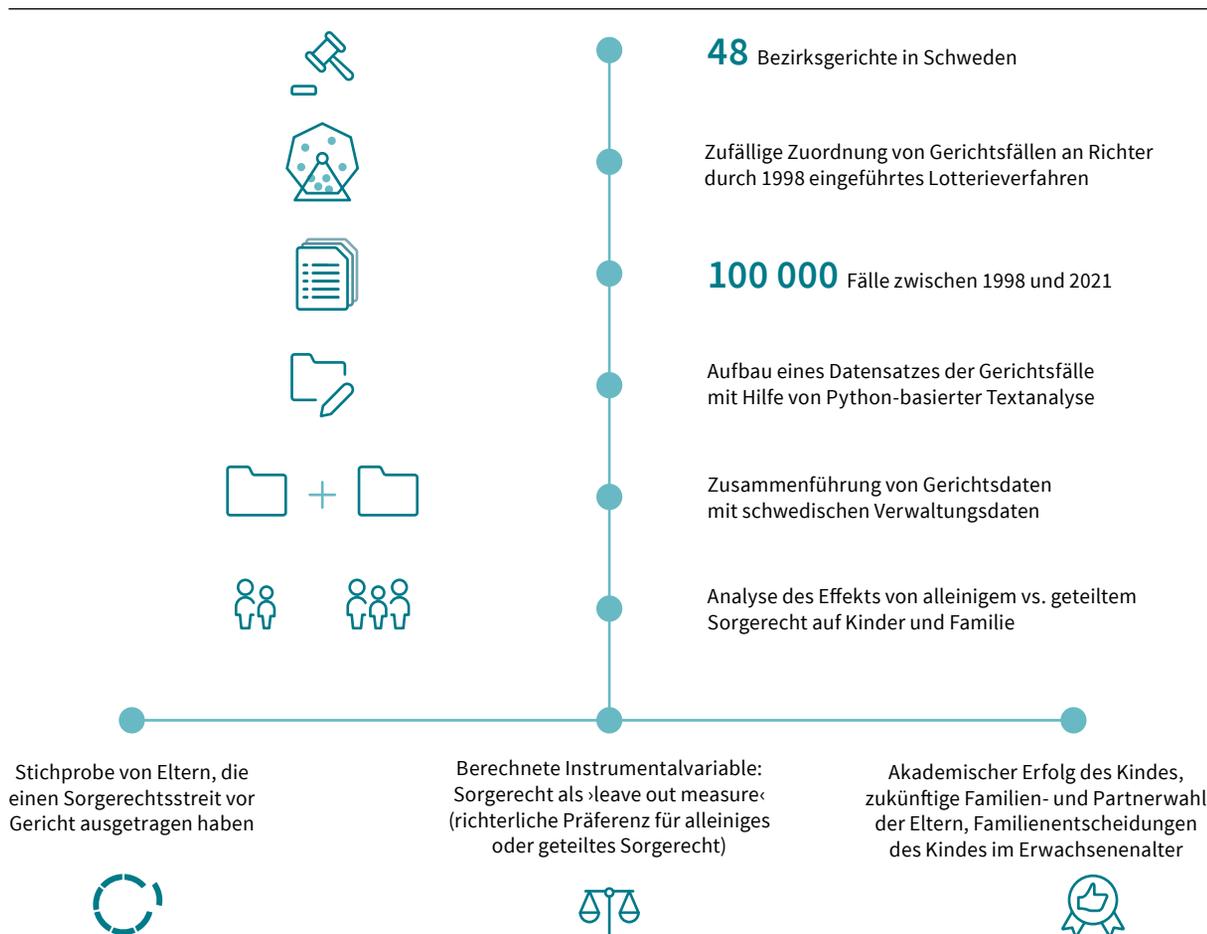
Wenn eine Familie durch Scheidung zerbricht, ist es für die Entwicklung der Kinder entscheidend, wie die Eltern das Sorgerecht gestalten. Fraglich ist, ob sich ein gemeinsames Sorgerecht auf Kinder und ihr familiäres Umfeld anders auswirkt als das alleinige Sorgerecht eines Elternteils. Den Ursache-Wirkungs-Zusammenhang darzustellen, ist komplex und schwierig. Die Mitarbeiter*innen des DFG-Projekts bauen in Schweden einen einzigartigen Datensatz auf: Sie sammeln und digitalisieren Informationen über alle Scheidungsfälle, die zwischen 1998 und 2021 von schwedischen Bezirksgerichten bearbeitet wurden. Daraus ergibt sich ein großer administrativer Datensatz mit Individualdaten von Scheidungskindern und deren Eltern.



»Eltern entscheiden sich aufgrund nicht beobachtbarer Faktoren für unterschiedliche Sorgerechtsregimes. Wir wollen diese Faktoren genauer verstehen, weil wir vermuten, dass die Auswahl auch für die Entwicklung eines Kindes eine Rolle spielt.«

Anna Hasselqvist Doktorandin am ifo Zentrum für Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsökonomik

Die große Scheidungsdatenbank – Aufbau des Datensatzes für das DFG-Projekt



Quelle: ifo Institut.

© ifo Institut

ifo Zentrum für Außenwirtschaft

FORSCHUNGSSCHWERPUNKTE

Handelskosten und Handelspolitik

Globalisierung und Arbeitsmärkte

Handel, Umweltpolitik und Pandemien

Globalisierung und Innovation



Wie können Globalisierung und technischer Wandel zusammenwirken und Wohlfahrtsgewinne durch internationalen Austausch realisiert werden? Diesen Fragen geht das ifo Zentrum für Außenwirtschaft nach.

Das weltwirtschaftliche Umfeld ist von zunehmenden handelspolitischen Spannungen geprägt. Dies führt zu einer merklichen Verlangsamung des Welthandelwachstums. Eine offene Volkswirtschaft wie die deutsche wird dadurch vor Herausforderungen gestellt. Zusätzlich setzen Pandemien, Naturkatastrophen und Folgen des Klimawandels die Weltwirtschaft einer zunehmenden Zahl an unerwarteten Schocks aus.

kungen der Handelspolitik und des Firmen-Offshoring auf den Arbeitsmarkt evaluiert. Zudem untersuchen die Forscher*innen, wie sich Veränderungen im Wettbewerb der Produktmärkte auf die Arbeitsmärkte übertragen und wie Unternehmen unterschiedlicher Größe diese Übertragung moderieren.



www.ifo.de/zentrum-aw

HANDELSKOSTEN UND HANDELSPOLITIK

Seit dem Abschluss der Uruguay-Runde 1995 gab es keine nennenswerte Senkung der WTO-Zölle. Diesem Stillstand sind viele Länder mit einer verstärkten Bilateralisierung ihrer Freihandelsbestrebungen entgegengetreten. Sie schlossen vermehrt bilaterale und regionale Freihandelsabkommen ab. Das Zentrum untersucht die Rolle von Handelsabkommen, Zöllen und nicht-tarifären Barrieren für Wohlfahrt und Beschäftigung in den betroffenen Ländern und in Drittstaaten. Dabei werden strukturell geschätzte Modelle des allgemeinen Gleichgewichts verwendet. Zudem werden die Kosten der Wiedereinführung von Handelsbarrieren, beispielsweise im Zuge des Brexit oder Erhebung von Sanktionen, quantifiziert. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Verbesserung des ifo-Handelsmodells für die Modellierung der Einkommensverteilung in quantitativen Analysen.

HANDEL, UMWELTPOLITIK UND PANDEMIE

Um die Zusammenhänge der Globalisierung mit Schocks wie Klimawandel und Pandemien besser zu verstehen, untersucht das Zentrum die globalen Wertschöpfungsketten und die Auswirkungen des teilweise erfolgten Zusammenbruchs der Lieferketten. Auch die Rolle der Handelspolitik bei der Bewältigung von Schäden durch den Klimawandel ist Gegenstand der Forschung. Aktuell untersucht das Zentrum, welche Rolle internationaler Handel bei der Bewältigung der Kosten des Klimawandels spielt.

GLOBALISIERUNG UND INNOVATION

Das Zentrum untersucht den Zusammenhang zwischen Innovation, insbesondere der Automatisierung, und Globalisierung. Beeinflusst der internationale Wettbewerb die Innovationsentscheidungen von Unternehmen? Haben Automatisierung und Handelsverflechtungen die Produktion und den Arbeitsmarkt in lateinamerikanischen Ländern neu definiert und zu größeren Ungleichheiten beigetragen? ▶

GLOBALISIERUNG UND ARBEITSMÄRKTE

Die internationale Mobilität von Firmen und Arbeitnehmer*innen birgt Chancen und Gefahren für die Beschäftigung und die Lohnstruktur. Die Skepsis gegenüber der Globalisierung ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Das Zentrum erforscht die Arbeitsmarkteffekte von internationalem Güterhandel und Produktionsentscheidungen multinationaler Unternehmen. Dabei werden die Auswir-

Knapp

60 %

der deutschen Wertschöpfung in der Industrie werden ins Ausland exportiert.



3 FRAGEN AN

Prof. Dr.
Lisandra Flach



Seit 1991 gibt es den Mercosur.
Wie lautet Ihre Bilanz?



Der Handel zwischen den Mitgliedsländern des Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) wurde fast vollständig liberalisiert. Das ist ein großer Erfolg. Die Umwandlung in eine Zollunion ist aber gescheitert, ebenso wie eine tiefere Integration der Mercosur-Staaten in das globale Produktionsnetzwerk.

Warum sind lateinamerikanische Unternehmen nur selten Teil globaler Wertschöpfungsketten?

Das liegt an der protektionistischen Handelspolitik des Mercosur: hohe Meistbegünstigungszollsätze, nicht-tarifäre Handelsbarrieren innerhalb der Region, kaum Handelsabkommen. Und Mitgliedsländer dürfen keine individuellen Handelsabkommen abschließen.

Welche Rolle spielt die EU als Handelspartner?

Europa hat in den letzten Jahren als Handelspartner für die Mercosur-Staaten an Bedeutung verloren. Die Handelsströme haben sich zum chinesischen Markt verschoben. Eine Ratifizierung des Handelsabkommens zwischen der EU und dem Mercosur könnte diese Situation verbessern.

Prof. Dr.
Lisandra Flach,
Leiterin ifo Zentrum
für Außenwirtschaft

im UZS mit:
Andreas Baur,
Isabella Gourevich und
Camille Semelet

Globale Wertschöpfungsketten

Unternehmen für internationale Produktionsstätten

41 %

Die globale Verknüpfung von Produktionsprozessen über Wertschöpfungsketten wird aktuell vor allem als Risiko dargestellt. Alternativen wie der Rückzug aus der Globalisierung werden diskutiert. Eine ifo-Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung untersuchte, welche Kosten und welchen Nutzen eine entsprechende Veränderung mit sich bringen würde. Die Berechnungen zeigen, dass sowohl Reshoring als auch eine Verlagerung ins nahe gelegene Ausland (Nearshoring) starke negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft hätten. Beim Reshoring würde das reale Bruttoinlandsprodukt um 9,7% zurückgehen, bei Nearshoring um 4,2%. Risiken, die durch die Verknüpfung internationaler Wertschöpfungsketten bestehen, müssten deshalb zu einem möglichen Rückgang des BIP von fast 10% führen, damit es sich lohnen würde, Produktionsschritte zurück ins Inland zu verlagern.

Eine Umfrage bei 5 000 Unternehmen zeigt, dass zwar 41% der befragten Unternehmen im Verarbeitenden Ge-

werbe in Zukunft ihre Beschaffungsstrategie ändern möchten – im Groß- und Einzelhandel waren es 35% bzw. 27% der Unternehmen –, eine Rückverlagerung der Produktion aber nur von etwa 10% der befragten Unternehmen in Betracht gezogen wird. Stattdessen planen die Unternehmen, ihre Lieferketten stärker zu diversifizieren und ihre Lagerhaltung zu erhöhen. Besonders für kleine und mittlere Unternehmen ist dies nicht leicht. Für sie ist es häufig mit großem Aufwand verbunden, Geschäftsbeziehungen mit mehreren ausländischen Zulieferern aufzubauen und zu koordinieren. Eine Vereinfachung und Harmonisierung von Ursprungsregeln könnten kleinen und mittleren Unternehmen die Nutzung von Freihandelsabkommen deutlich erleichtern und auf diese Weise neue Möglichkeiten zur Diversifizierung eröffnen.

werbe in Zukunft ihre Beschaffungsstrategie ändern möchten – im Groß- und Einzelhandel waren es 35% bzw. 27% der Unternehmen –, eine Rückverlagerung der Produktion aber nur von etwa 10% der befragten Unternehmen in Betracht gezogen wird. Stattdessen planen die Unternehmen, ihre Lieferketten stärker zu diversifizieren und ihre Lagerhaltung zu erhöhen. Besonders für kleine und mittlere Unternehmen ist dies nicht leicht. Für sie ist es häufig mit großem Aufwand verbunden, Geschäftsbeziehungen mit mehreren ausländischen Zulieferern aufzubauen und zu koordinieren. Eine Vereinfachung und Harmonisierung von Ursprungsregeln könnten kleinen und mittleren Unternehmen die Nutzung von Freihandelsabkommen deutlich erleichtern und auf diese Weise neue Möglichkeiten zur Diversifizierung eröffnen.



www.ifo.de/jb21/Wertschoepfung

MEGA-DEAL DER ASIATISCHEN LÄNDER

Die größte Freihandelszone der Welt

Mit der Unterzeichnung der Wirtschaftspartnerschaft RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership) entstand die größte Freihandelszone der Welt. Neben den zehn ASEAN-Staaten nehmen China, Japan, Südkorea sowie Australien und Neuseeland teil. Die regionalen Handelsbeziehungen im asiatisch-pazifischen Raum waren zwar bereits sehr ausgeprägt, aber neben eher moderaten Zollsenkungen wird die in dem Abkommen vorgesehene Harmonisierung der Ursprungsregeln, die bisher einen hohen bürokratischen Aufwand für Exporteure darstellen, zu einem Anstieg des Intra-RCEP-Handels führen. Eine Analyse von Feodora Teti und Hannah-Maria Hildenbrand zeigt, dass vor allem Indien, die USA und die Mercosur-Länder die Handelsumlenkungseffekte spüren werden und Einbußen hinnehmen müssen. Für Europa ist mit geringen negativen Auswirkungen zu rechnen. Denn für die EU-Länder spielt der Handel mit RCEP eine vergleichsweise untergeordnete Rolle.

Bislang umfasste er nur 9% der EU-Exporte und 13% der Importe. Dagegen stehen die RCEP-Länder für 25% der Exporte der USA und für 37% der US-Importe.

Nun sind die USA und Europa unter Zugzwang. Die EU sollte die handelspolitischen Beziehungen mit den asiatischen Partnern intensivieren: Stabilere Lieferketten und eine günstigere Produktion im RCEP-Raum stellen für dort operierende Unternehmen sowie für Konsument*innen eine Chance dar.



www.ifo.de/jb21/RCEP

Anteile der RCEP-Länder an BIP, Handel und Bevölkerung



Quelle: Weltbank und Comtrade; G. Gaulier und S. Zignago, »BACI: International Trade Database at the Product-Level. The 1994–2007 Version«, CEPII Working Paper, Nr. 23, 2010.

© ifo Institut

MATERIALKNAPPHEIT

Engpass Containerschifffahrt

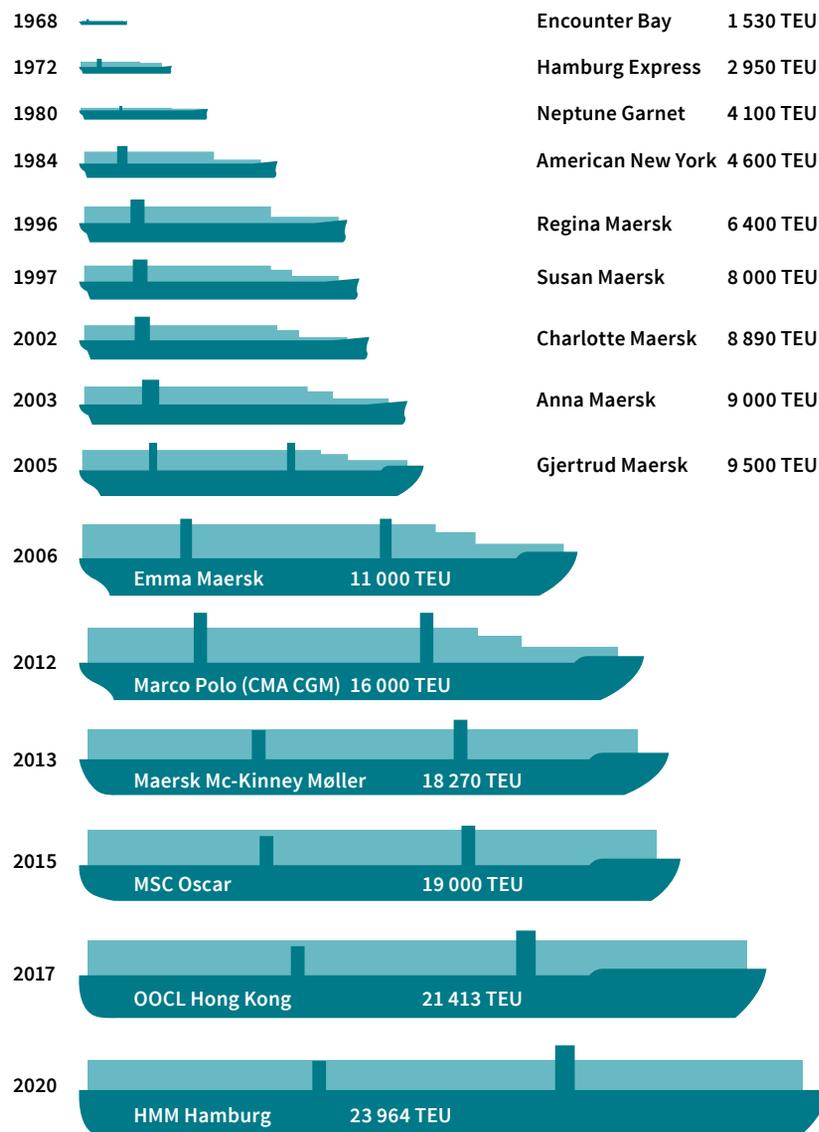
Die Containerschifffahrt spielt eine zentrale Rolle für den internationalen Handel. Die Einführung von standardisierten Containern führte zu einem starken Wachstum im Welthandel und hat enorme Bedeutung für die Entwicklung der globalen Lieferketten, da er die Be- und Entladung sowie den Weitertransport über verschiedene Verkehrswege erleichtert hat. So werden knapp 80% der EU-Exporte in Nicht-EU-Mitgliedsländer per Schiff transportiert.

Andreas Baur, Lisandra Flach und Jasmin Gröschl untersuchten die Infrastruktur und den Markt der Containerschifffahrt und zeigten, dass die zunehmende Marktkonzentration und die Größe der Containerschiffe den rasanten Preisanstieg und das mangelnde Angebot an Containern während der Pandemie erklären. Knapp 83% des globalen Containerschiffmarktes entfallen auf drei globale Allianzen. Damit verbunden ist der Trend zu immer größeren Containerschiffen. So stieg die Kapazität der derzeit größten Containerschiffe im Vergleich zu 1968 um 1 500%. Beides führte zu einer geringeren Flexibilität, abnehmenden Schifffrequenzen und konzentrierteren Routenangeboten, die die Anpassungsfähigkeit des Schifffahrtssystems deutlich schwerfälliger gemacht haben.

Nach einem gravierenden weltweiten Einbruch der Exporte und Importe in der ersten Jahreshälfte 2020 folgte eine deutliche Umkehr. Die Infrastruktur der Containerschifffahrt konnte sich nicht so schnell an die unerwarteten Gegebenheiten anpassen. Containerkapazitäten sind zwar vorhanden, aber oft nicht dort, wo sie gebraucht werden. Zudem stockt die Abfertigung in den Häfen, bedingt durch die Einschränkungen der Pandemie, und führt zu weiteren Rückstaus im System. Insgesamt lässt sich festhalten, dass jede Störung im Schifffahrtssystem eine Gefahr für die Erholung des Welthandels bedeutet.

Entwicklung der Containerschiffsgröße

Von 1968 bis 2020 stieg die Containerkapazität um 1 500%.



Anmerkung: TEU = Twenty-foot Equivalent Unit.

Quelle: Darstellung des ifo Instituts auf Basis von Daten der Allianz Global Corporate & Speciality »Safety and Shipping Review 2020«.

© ifo Institut



»Die Folgen der pandemiebedingten Einschränkungen und die längerfristigen Tendenzen in der Schifffahrtsbranche zeigen, dass sich der Containerschiffsverkehr immer mehr zu einer Achillesferse des internationalen Handels entwickelt.«

Dr. Jasmin Gröschl Wissenschaftliche Mitarbeiterin am ifo Zentrum für Außenwirtschaft



ifo Zentrum für Bildungsökonomik



Veränderungen im Bildungsniveau kommen auf unterschiedliche Weise zustande und wirken sich teils entscheidend auf die Wirtschaft aus. Das ifo Zentrum für Bildungsökonomik erforscht Startchancen, vergleicht Schülerleistungen und evaluiert Berufsbildung – damit mehr Menschen vom Wohlstand profitieren.

Bildung soll Menschen befähigen, an den Möglichkeiten einer offenen Gesellschaft teilzuhaben, im internationalen Wettbewerb zu bestehen und ihre Chancen auf mehr Wohlstand zu nutzen. Basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen verfassen die Mitarbeiter*innen Beiträge und entwickeln Politikempfehlungen.

BILDUNG UND INDIVIDUELLER WOHLSTAND

Bildung ist von zentraler Bedeutung für die Teilhabechancen von Menschen in Beruf und Alltag. Das Zentrum untersucht, welche Rolle Kompetenzen für die Teilhabe am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben spielen – angesichts einer sich immer schneller wandelnden Gesellschaft. Als Besonderheit im deutschsprachigen Raum leistet die duale Berufsausbildung wesentliche Beiträge zur Humankapitalbildung. Darüber hinaus werden die Möglichkeiten und Grenzen von Fort- und Weiterbildung sowie lebenslangem Lernen erforscht.

BILDUNG UND GESELLSCHAFTLICHER WOHLSTAND

Bildung bestimmt auch die wirtschaftliche Entwicklung einer Gesellschaft auf lange Sicht. Die Forschung des Zentrums beschäftigt sich damit, welchen Stellenwert Leistungen in internationalen Bildungstests für Wirtschaftswachstum und gesellschaftlichen Zusammenhalt einnehmen. Des Weiteren erforscht das Zentrum, wie sich Bildung vor und während der Industrialisierung entwickelt hat und welche Rolle langfristige historische Begebenheiten für die heutige wirtschaftliche Entwicklung spielen.

DETERMINANTEN VON BILDUNG

Welche Einflussfaktoren gute Bildungsleistungen bestimmen, ist ein weiteres Thema des Zentrums. Dazu gehören kulturelle Faktoren wie Familie, Werte und Normen, aufgewendete Ressourcen und institutionelle Rahmenbedingungen des Bildungssystems. Um diese zu analysieren, greifen ifo-Wissenschaftler*innen häufig auf umfangreiche Mikrodatensätze verschiedener internationaler Schülerleistungsvergleiche zurück. Beispiele für Themen sind die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, die Effektivität von Lehrkräften, die ausgleichende Wirkung von Mentoring-Programmen, digitale Lehrmethoden sowie die Folgen der Corona-Pandemie.

GOVERNANCE VON BILDUNG

Zu den zentralen Elementen der Steuerung von Bildungssystemen gehören Prüfungssysteme, Autonomie, Wettbewerb und Mehrgliedrigkeit. Das Zentrum erforscht, wie sich Governance-Strukturen umsetzen lassen und welche Akzeptanz sie in der Bevölkerung haben. Dabei wird oft auf die eigene bildungspolitische Meinungsumfrage zurückgegriffen. Mit der Evaluierung von Politikmaßnahmen mit Hilfe experimenteller Methoden leistet das Zentrum einen Beitrag zur Verankerung evidenzbasierter Politikberatung im politischen Entscheidungsprozess. ▶

FORSCHUNGS- SCHWERPUNKTE

Bildung und individueller Wohlstand

Bildung und gesellschaftlicher Wohlstand

Determinanten von Bildung

Governance von Bildung



[www.ifo.de/
zentrum-bi](http://www.ifo.de/zentrum-bi)



3 FRAGEN AN Prof. Dr. Ludger Wößmann



?

Was ist das Politiklabor für international vergleichende Bildung?

!

In diesem Projekt werden Unterschiede in den Bildungssystemen untersucht. Viele Aspekte lassen sich nicht einzeln betrachten, weil die Länder in ihren Schulen einen Standard anwenden. Um Erkenntnisse zu gewinnen, müssen wir verschiedene Länder vergleichen, die unterschiedlich vorgehen.

Was sind die Forschungsschwerpunkte?

Wir fragen: Was führt zu besserer Bildung, und wie wirkt sich diese wirtschaftlich aus? Dabei betrachten wir Schüler*innen, Eltern und Schulen. Zum Beispiel wird die Frage diskutiert, ob es gut ist, Schulen mehr Entscheidungen zu überlassen. Wir können das systematisch untersuchen, weil inzwischen internationale Daten verfügbar sind.

Welche Erkenntnisse erhoffen Sie sich?

In der Bildung beruhen viele Entscheidungen nicht auf Evidenz, sondern auf dem allgemeinen Gefühl der Menschen. Das Politiklabor möchte manche dieser Gefühle bestätigen – und zeigen, dass andere keine wissenschaftliche Grundlage haben. Es wird neue Forschungsergebnisse liefern, damit wir von anderen Bildungssystemen lernen und unser System verbessern können.

Prof. Dr. Ludger Wößmann,
Leiter ifo Zentrum für
Bildungsökonomik

im UZS mit:
Ulrike Baldi-Cohrs, Vera
Freundl, Dr. Larissa
Zierow (*stellv. Leiterin,*
im Hintergrund) und
Pietro Sancassani

DATENANALYSE

Verhaltensnoten bringen nichts

Die umstrittene Bewertung des Verhaltens von Schüler*innen durch sogenannte Kopfnoten ist bedeutungslos für Bildungserfolg und Berufseinstieg. Dies ergab eine Analyse des ifo Zentrums für Bildungsökonomik. Die ifo-Forscher*innen Florian Schoner, Lukas Mergele und Larissa Zierow verglichen Bildungsreformen von Bundes-

ländern, die Verhaltensnoten in ihrem Schulsystem eingeführt haben. Anhand von Volkszählungsdaten, Haushaltsbefragungen und bundesweiten Schülerbefragungen zeigte das Team, dass die Benotung von Verhaltensweisen keinen signifikanten Einfluss auf diese Ergebnisse hat. Die kontrovers geführten Debatten über diese Noten seien viel Lärm um nichts. Durch die gegensätzlichen Ansichten zu Nutzen und Schaden der Bewertungen gab es in den 2000er Jahren immer wieder Bildungsminister*innen, die Kopfnoten abschafften oder wieder einführten. Diese zeitlichen Unterschiede zwischen den Bundesländern nutzte das Team, um die Folgen dieser Benotungsform für die Schüler*innen zu untersuchen.



www.ifo.de/jb21/PM-Kopfnoten



»Weder bei Schulleistungen, Charaktereigenschaften oder der Erwerbstätigkeit können wir bedeutsame Unterschiede für Schulkinder mit und ohne Verhaltensnoten nachweisen.«

Dr. Larissa Zierow Stellvertretende Leiterin des ifo Zentrums für Bildungsökonomik

UMFRAGE

Deutsche für Online-Unterricht bei Schulschließungen

Die Corona-Pandemie hat das Bildungswesen hart getroffen. Während den Schulschließungen hat sich die Lernzeit von Schüler*innen beinahe halbiert. Eine große Mehrheit von 74% der Deutschen hat sich im ifo Bildungsbarometer 2021 daher für verpflichteten Online-Unterricht bei Schulschließungen ausgesprochen. 83% befürworteten eine intensivere Betreuung von Kindern aus schwierigen sozialen Verhältnissen. Eine große Zustimmung von 77% fand auch die verpflichtende Nutzung von digitalen Tools, wie beispielsweise Computern und Tablets im Unterricht und das Angebot von digitalen Sprechstunden, nach der Pandemie. Während der Corona-Pandemie wünschten sich 66% mehr deutschlandweit einheitliche bildungspolitische Entscheidungen. Insgesamt fiel die Beurteilung der Corona-Schulpolitik recht negativ aus, besonders im Hinblick auf den Umgang mit benachteiligten Schüler*innen.

Für welche Maßnahmen sind die Deutschen bei Schulschließungen?

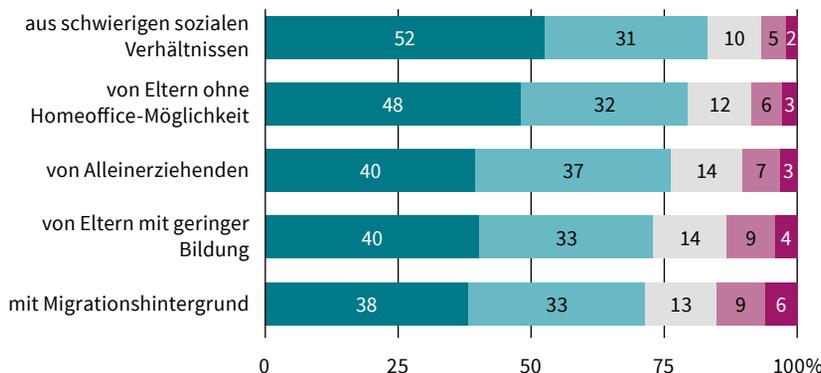
Deutliche Zustimmung zu verpflichtendem Online-Unterricht, verpflichtenden Fortbildungen für Lehrkräfte und intensiverer Betreuung für benachteiligte Gruppen

■ Sehr dafür ■ Eher dafür ■ Weder dafür noch dagegen ■ Eher dagegen ■ Sehr dagegen

Verpflichtung der Schulen zu Online-Unterricht bei Schulausfall länger als eine Woche



Intensivere Betreuung durch Lehrkräfte während Schulschließungen für Kinder...



Quelle: ifo Bildungsbarometer 2021.

© ifo Institut



STARTCHANCEN

Mentoring-Programme unterstützen benachteiligte Jugendliche

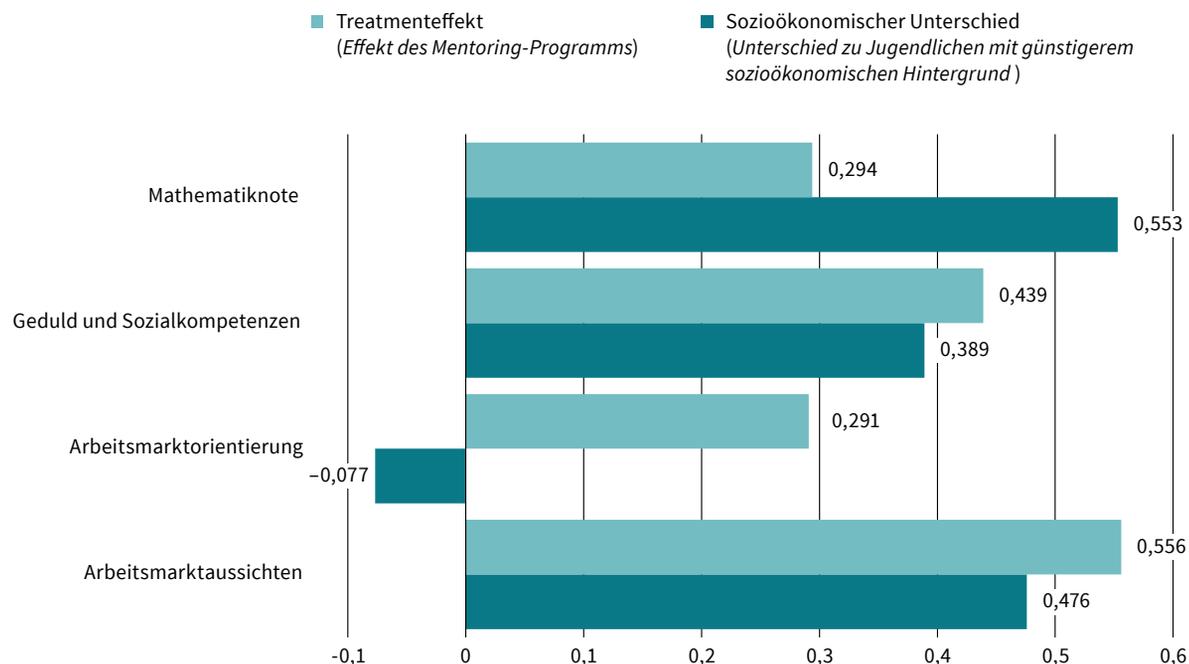
Wie lassen sich die Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen aus stark benachteiligten Verhältnissen verbessern? Ein möglicher Ansatz sind Mentoring-Programme, bei denen jungen Menschen ehrenamtlich arbeitende Studierende zur Seite stehen. Aber helfen solche Programme wirklich? Eine Studie des ifo Zentrums für Bildungsökonomik ergab, dass Mentoring-Programme die Schulleistungen sowie die zukünftigen Arbeitsmarktchancen von stark benachteiligten Jugendlichen erheblich verbessern. Dazu untersuchte das ifo Zentrum für Bildungsökonomik das Mentoring-Programm »Rock Your Life!«. Dieses erhöhte die Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen insgesamt deutlich und half dabei, die bestehende Lücke bei den Arbeitsmarktaussichten zu den Jugendlichen mit günstigerem

sozioökonomischen Hintergrund vollständig zu schließen. Die positiven Effekte finden sich für alle drei untersuchten Komponenten: kognitive (Mathematiknote), nicht-kognitive (Geduld und Sozialkompetenzen) und motivationale (Arbeitsmarktorientierung) Aspekte. Bei der Mathematiknote verbesserten sich die Teilnehmer*innen des Mentoring-Programms um durchschnittlich 0,42 Notenschritte. Bei Jugendlichen aus günstigen familiären Verhältnissen hat das Programm keine positiven Effekte.

Dies legt nahe, dass Mentoring gerade dort wirken kann, wo es mangelnde Unterstützung der Familie ergänzt. Wiegt man den Nutzen des Programms – gemessen an den Erträgen auf dem Arbeitsmarkt, die stark benachteiligte Jugendliche aufgrund ihrer verbesserten Schulnoten erwarten dürften – gegenüber den Kosten ab, zeigt sich ein klares Bild: Aufgrund der großen Effekte und relativ niedrigen Kosten des Programms ergibt sich ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von 15 zu 1. Mit einem noch stärkeren Fokus auf der Zielgruppe der stark benachteiligten Jugendlichen erhöht sich das Kosten-Nutzen-Verhältnis sogar auf 31 zu 1. Auch wenn solche Abschätzungen mit vielen Unwägbarkeiten behaftet sind, legt die Größenordnung nahe, dass der Nutzen des Mentoring-Programms um ein Vielfaches überwiegt.

Wie Mentoring-Programme stark benachteiligten Jugendlichen helfen

Die Abbildung zeigt den Effekt des Mentoring-Programms auf die Arbeitsmarktaussichten sowie die Lücke zwischen Jugendlichen mit stark benachteiligtem und günstigerem sozioökonomischen Hintergrund.



Quelle: Darstellung auf Basis von S. Resnjanskij, J. Ruhose, S. Wiederhold und L. Woessmann (2021), »Can Mentoring Alleviate Family Disadvantage in Adolescence? A Field Experiment to Improve Labor Market Prospects«, CESifo Working Paper 8870, CESifo, München. © ifo Institut

ifo Zentrum für Energie, Klima und Ressourcen



Klimawandel und Ressourcenknappheit stellen die Gesellschaft vor große Herausforderungen. Das ifo Zentrum für Energie, Klima und Ressourcen fokussiert sich auf ökonomische Fragestellungen rund um den Klimawandel – und setzt sich für Nachhaltigkeit und Klimaschutz ein.

Das Jahr 2021 war von wegweisenden Entscheidungen im Bereich Klimaschutz gekennzeichnet. Klimaneutralität soll auf deutscher und europäischer Ebene spätestens bis zur Jahrhundertwende erreicht werden. Die EU hat dazu ein umfangreiches Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht. Auch in Deutschland werden massive Anstrengungen nötig sein, um dieses Ziel zu realisieren. Auswirkungen werden in fast allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen zu spüren sein. Den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel effizient und gleichzeitig gerecht zu gestalten, beinhaltet massive politische, ökonomische und gesellschaftliche Herausforderungen.

Das Zentrum erforscht insbesondere die Wirksamkeit und Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen aus globaler und aus regionaler Perspektive. Die Ergebnisse geben politischen Entscheidungsträger*innen fundierte Informationen über klima-, energie- und umweltpolitische Instrumente.

KLIMAWANDEL UND KLIMAPOLITIK

Einen Schwerpunkt bilden theoretische und empirische Analysen zu Auswirkungen des Klimawandels und der Wirksamkeit klimapolitischer Instrumente. Dazu gehören wirtschaftliche Folgen von Extremwetterereignissen ebenso wie Anreize, um Emissionen zu vermeiden. Verstärkt werden politökonomische Aspekte in die Analysen einbezogen. Ein besonderer Fokus liegt auf den Implikationen von Klimawandel und Klimapolitik für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und Unternehmen. Das Zentrum war aktiv in die aktuelle Debatte um das Klimapaket der EU »Fit for 55« und um nachhaltige Finanzierung (»Sustainable Finance«)

involviert. Es trug in erheblichem Maße zum Jahresgutachten des Lenkungskreises der Wissenschaftsplattform Klimaschutz und zur Diskussion um langfristige Klimaschutzstrategien bei.

ENERGIE

Das Zentrum untersucht die Transformation von Energiesystemen, Energiemärkten und der Energiewirtschaft sowie die effiziente Gestaltung von Energiepolitik. Dabei geht es um die deutschen Energiemärkte und die Interaktion von nationalen und internationalen Politiken – etwa in Bezug auf die regionale Verteilung von Investitionen in erneuerbare Energien. Wir analysieren Elektrizitätsmärkte, aber auch sektorübergreifende Aspekte – z.B. wie sich Emissionen im Transportsektor reduzieren lassen. Unsere Szenarienanalysen des europäischen Strommarkts auf Basis eines eigenen Modells erhöhen das Verständnis von Transformationsprozessen im Energiesektor – und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Politikberatung.

UMWELT UND RESSOURCEN

Im Berichtsjahr analysierte das Zentrum die sozialen Kosten von Luftverschmutzung in Europa und das Design von Instrumenten, die diese Art von Umweltverschmutzung adressieren. Zudem untersuchte es die Risiken, die entstehen, wenn Vermögenswerte, Anlagen und fossile Ressourcen im Zuge der Energiewende massiv an Wert verlieren. Das Zentrum war zudem substantziell an der Erstellung des Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) zur »Landwende im Anthropozän« beteiligt. ▶



[www.ifo.de/
zentrum-ekr](http://www.ifo.de/zentrum-ekr)



3 FRAGEN AN

Prof. Dr.
Karen Pittel



Ist es noch möglich, die deutschen Klimaziele bis 2045 zu erreichen?



Ja, aber nur wenn die klima- und energiepolitischen Weichen dafür sehr zügig gestellt werden. Ansonsten wird es sehr schwer – und erheblich teurer. Der dann notwendige rapide Wandel könnte viele Bürger*innen und Unternehmen überfordern.

Was muss getan werden?

Wirtschaft und Gesellschaft brauchen klare, umfassende und verlässliche Signale. Nur so werden langfristige Innovationen, Investitionen und Verhaltensänderungen angeregt. CO₂-Preise, Infrastrukturausbau und Energiewende müssen dabei sozial ausgewogen gestaltet werden, um eine breite Unterstützung sicherzustellen.

Wen träfe ein Scheitern am härtesten?

Bleibt immer weniger Zeit zur Erreichung der Ziele oder werden die Ziele komplett verfehlt, drohen die Kosten von Klimaschutz und Klimawandel diejenigen zu überfordern, für die eine Anpassung, beispielsweise aufgrund niedriger Einkommen, am schwierigsten ist.

Prof. Dr. Karen Pittel,
Leiterin ifo Zentrum
für Energie, Klima und
Ressourcen

im UZS mit:
Jacqueline Adelowo,
Dr. Marie-Theres von
Schickfus und Julius
Berger

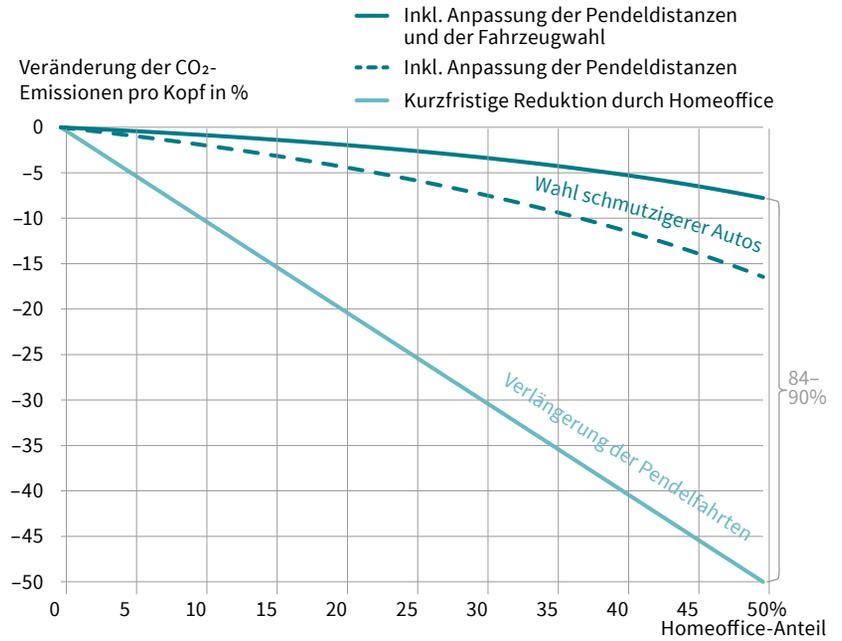
KOHLSTOFFEMISSIONEN

Längere Pendelfahrten durch Homeoffice

Mit der Covid-19-Pandemie haben sich Mobilitätsmuster in den Städten tiefgreifend verändert, unter anderem, weil die Menschen viel im Homeoffice gearbeitet haben. Diese Entwicklung hat die Hoffnung geweckt, dass die Kohlenstoffemissionen sinken, wenn dauerhaft weniger gependelt wird. Die Ergebnisse unserer Forschung bremsen diesen Optimismus: Mittelfristig schaffen sich Menschen, die weniger pendeln, auch weniger kraftstoffeffiziente Fahrzeuge an. Mehr Homeoffice macht zudem einen Umzug aufs Land attraktiver, wo die Mieten günstiger sind. Die Pendeldistanzen werden länger, und die Emissionen steigen im Vergleich zur anfänglichen Homeoffice-Reduktion wieder an. Diese Veränderungen machen 84 bis 90% der anfänglichen Umweltvorteile zunichte. Wichtig zu wissen für die Politik: Verbindliche Regeln zum Kraftstoffverbrauch bremsen den Wechsel zu ineffizienten Fahrzeugen, verschärfen aber die langfristige Zunahme der Pendelstrecke. Bei Flottenverbrauchsstandards senken die Hersteller u.a. die Preise für sauberere Autos auf Kosten der Käufer*innen von schmutzigeren Fahrzeugen.

Längere Pendelfahrten machen CO₂-Einsparung zunichte

Der Homeoffice-Effekt reduziert zunächst die Emissionen; langfristig passen die Menschen ihr Verhalten an, ziehen aus der Stadt und kaufen sich weniger effiziente Autos.



Quelle: CESifo Working Paper 9357.

© ifo Institut



»Um die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen, müssen auch unorthodoxe Maßnahmen wie Geoengineering verstärkt in Betracht gezogen werden.«

Prof. Dr. Christian Traeger | Forschungsdirektor am ifo Zentrum für Energie, Klima und Ressourcen

GEOENGINEERING

Im Alleingang das Klima managen?

Geoengineering ist eine Option, dem klimabedingten Temperaturanstieg zu begegnen. In diesem Projekt analysierte ein Forscherteam Maßnahmen, die Sonneneinstrahlung zu beeinflussen. Hierfür werden kleine Schwebeteilchen, etwa Schwefel, in die Stratosphäre eingebracht. Ähnlich wie nach großen Vulkanausbrüchen reflektieren diese einen Teil des Sonnenlichts zurück ins All und können so die globale Temperatur senken. Im Vergleich zu den absehbaren Klimaschäden sind diese Maßnahmen

kostengünstig, so kostengünstig sogar, dass einzelne Regionen oder Länder die globale Temperatur im Alleingang regulieren können. Allerdings geht auch Geoengineering mit Risiken einher. Der Beitrag verbindet jüngste Ergebnisse zur Effektivität von schwefelbasiertem Geoengineering mit einer integrierten Bewertung von Klimawandel. In einem zentralen Szenario haben einzelne Länder, wie z.B. China oder die USA, Anreize, den Temperaturanstieg im Alleingang abzuschwächen. Fast alle Regionen, auch Europa, profitieren, nur Russland verliert. Allerdings bevorzugen die meisten Regionen – bis auf Afrika und Indien – ein geringeres Maß an Geoengineering. Gleichzeitig reduziert Geoengineering weltweit den Anreiz, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren, dieser Effekt ist jedoch in der nahen Zukunft gering.

EXTREMWETTEREREIGNISSE

Hochwasserrisiken treffen Hausbesitzer ungleich

Das Hochwasser, das Deutschland im Juli 2021 heimsuchte, beschädigte tausende von Gebäuden. Es zeigte deutlich die potenziellen Kosten des Klimawandels: Häufigere und extremere Wetterereignisse können zu höheren Versicherungsprämien, mehr Investitionen in den Hochwasserschutz und einem beschränkten Zugang zu Krediten führen.

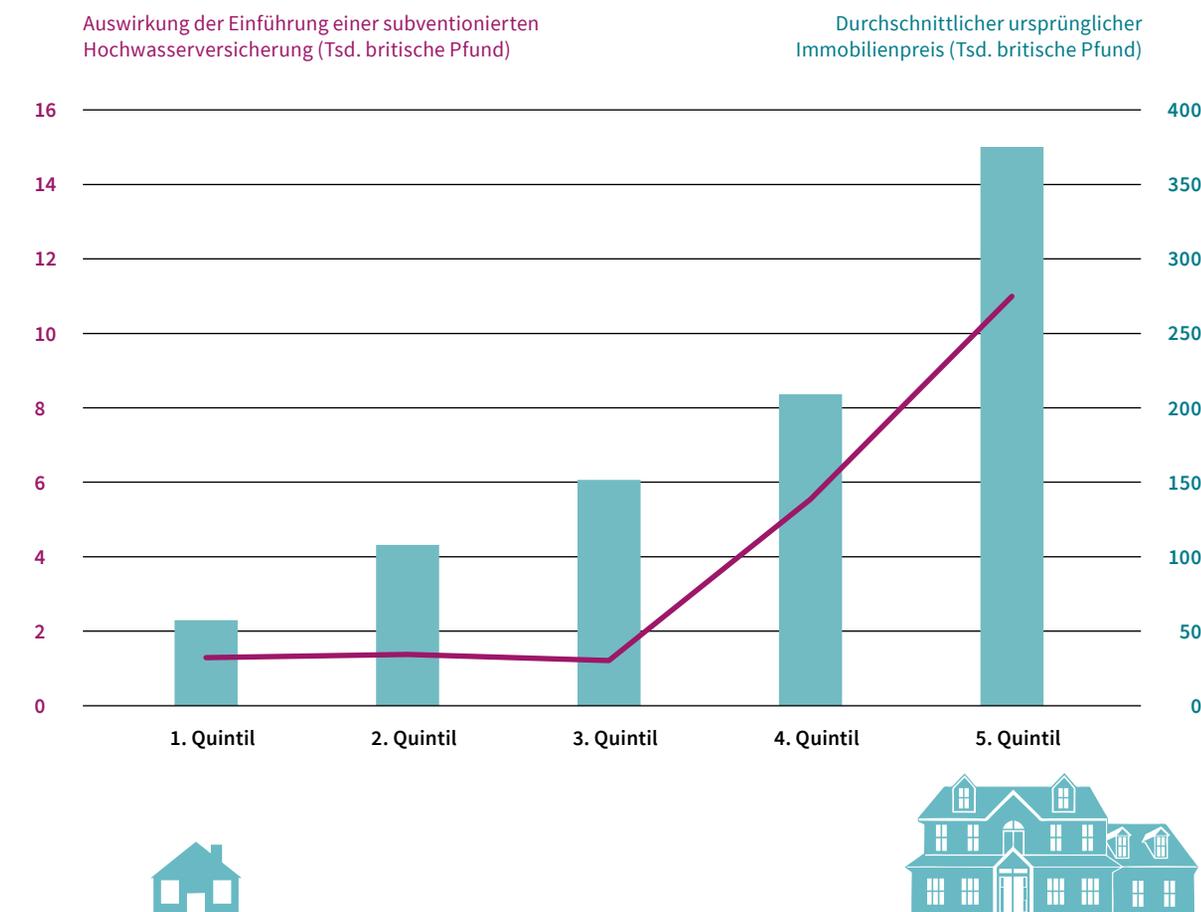
Mit Hilfe von Daten aus dem Vereinigten Königreich untersuchten wir, wie sich die Risikoverteilung zwischen Hochwasser- und Nicht-Hochwassergebieten auf den Hypotheken- und Versicherungsmarkt für Immobilien auswirkt. Die Ergebnisse: Die Hauptnutznießer der Risikoverteilung sind die Eigentümer teurer Immobilien in Gebieten mit höherem Durchschnittseinkommen. Die Einführung einer subventionierten Versicherung 2016 scheint negative Auswirkungen des Hochwassers auf die Immobilienpreise ausgeglichen zu haben. Das durchschnittliche Ausmaß dieser Auswirkungen ist zwar begrenzt, aber nicht zu vernachlässigen. Es kann sich verstärken, wenn extreme Wetterereignisse häufiger werden. Auf dem Hypothekenmarkt kalkulieren die Banken negative Auswirkungen von Überschwemmungen auf die Immobilienpreise nicht vollständig ein.



www.ifo.de/jb21/extremwetterereignisse

Der Nutzen von subventionierten Versicherungen steigt für Besitzer teurerer Immobilien deutlich

Die Auswirkung der Einführung einer subventionierten Hochwasserversicherung auf die Immobilienpreise in Großbritannien. Je teurer die Immobilie, desto größer der Effekt.



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

ifo Zentrum für Industrieökonomik und neue Technologien

Das ifo Zentrum für Industrieökonomik und neue Technologien analysiert, wie die Politik Wettbewerbsfähigkeit und Innovationen fördern kann – und untersucht, wie sich technologischer Fortschritt und insbesondere die digitale Transformation auf die Gesellschaft auswirkt.

Das Zentrum nutzt für seine Forschung empirische Methoden der kontrafaktischen Wirkungsanalyse. Ziel ist es, aus diesen Erkenntnissen politische Maßnahmen abzuleiten, die es Unternehmen und Individuen ermöglichen, innerhalb des Systems der Sozialen Marktwirtschaft stärker vom technologischen Fortschritt zu profitieren. Die Wissenschaftler*innen arbeiteten 2021 zunehmend mit neuen Datenquellen und bauten Kompetenzen auf, um diese auszuwerten. So konnte das Team aktuelle wirtschaftswissenschaftliche Fragen beantworten. Der Aufbau dieser Expertise wird es möglich machen, forschungsbasierte Erkenntnisse als Grundlage für wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse schneller zur Verfügung zu stellen.

BRANCHEN, INSTITUTIONEN UND REGULIERUNG

Auf der Bewertung der branchenspezifischen Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität basieren viele wirtschaftliche Analysen. Das Zentrum ermittelt Einflussfaktoren und langfristige Perspektiven der deutschen und europäischen Industrie, zeigt Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf und bewertet diese. Gleichzeitig beobachten die Mitarbeiter*innen, wie neue Technologien die Strukturen der verschiedenen Branchen verändern. Sie erforschen die Wirkung von Regulierung, zum Beispiel von Innovationen und Lieferketten. Große Aufmerksamkeit erhielt das Zentrum 2021 mit mehreren Projekten zum Transformationsprozess in der Automobilindustrie.

INNOVATION

Die Mitarbeiter*innen beschäftigen sich mit der Entwicklung bestehender Unternehmen und neuer Firmen, vor al-

lem im Hinblick auf Innovationskraft. Die Arbeit ist stark anwendungsorientiert, stellt relevante Fragen und erschließt institutionelles Wissen. Die Forschung befasst sich mit Determinanten von Innovation und Unternehmertum und zieht politikrelevante Schlüsse. Das Zentrum berät die Politik und nutzt ein umfangreiches Netzwerk relevanter Interessengruppen in Politik und Wirtschaft. ▶



www.ifo.de/zentrum-int

AUTOMOBILBRANCHE

Der altersbedingte Beschäftigungsabbau wird nicht ausreichen, um den Jobverlust durch die Transformation zur Elektromobilität abzufedern. Große Anstrengungen zur Weiterbildung und Umschulung der Mitarbeiter sind dringend nötig.

Im Jahr 2030 beträgt die Lücke je nach Szenario zwischen

25 000 und

80 000 Beschäftigte.



3 FRAGEN AN

Prof. Dr.
Oliver Falck



Das ifo Institut hat das EU-Horizon-2020-Projekt als Koordinator eingeworben. Um welche Fragen geht es in diesem Projekt?



Wirtschaft und Gesellschaft müssen künftig den technologischen Wandel, die Globalisierung und Veränderungen in den Industriestrukturen bewältigen. Wir wollen wissen, welche Art von (neuen) Qualifikationen wir brauchen und wie die allgemeine und berufliche Bildung aussehen muss, um den Erwerb dieser Qualifikationen zu ermöglichen.

Welche Partner sind im Konsortium?

Insgesamt nehmen neben dem ifo Institut neun wissenschaftliche Institutionen teil: eine weitere aus Deutschland, sechs europäische Organisationen sowie je eine aus Lateinamerika und China.

Mit welcher Methodik arbeiten Sie?

Wir nutzen eine breite Basis sehr unterschiedlicher Datenquellen – unter anderem Online-Stellenanzeigen, die Verbreitung von Robotern in verschiedenen Regionen und Daten zum internationalen Handel von Gütern und Dienstleistungen.

Prof. Dr. Oliver Falck,
Leiter ifo Zentrum für
Industrieökonomik
und neue Technologien

im UZS mit:
Nicolas Bunde,
Dr. Anna Kerkhof und
Jean-Victor Alipour

NEW WORK

Unternehmen stellen mehr Heimarbeiter ein

halb beim Arbeiten von zu Hause Kompetenzen wie individuelle Flexibilität, Teamfähigkeit und vor allem digitale Fertigkeiten an Bedeutung gewinnen.



www.ifo.de/jb21/stellen

Ländliche Regionen holen beim Homeoffice auf

Die Covid-19-Pandemie löste neben einem gesundheitlichen Notstand unfreiwillig eines der umfangreichsten sozialen Experimente aus: den Wechsel von der Präsenzarbeit ins Homeoffice. Die Frage ist: Was bleibt? Stellenanzeigen erlauben einen Blick in die Zukunft. Eine Analyse der Verbreitung von Homeoffice anhand von mehr als 35 Millionen Stellenanzeigen im Zeitraum von 2014 bis 2021 zeigt mehrere Trends: Der Anteil von Stellenanzeigen mit einer Homeoffice-Option ist zwischen 2019 und 2021 auf knapp 12% gestiegen und hat sich damit mehr als verdreifacht. Den stärksten Anstieg an Homeoffice-Stellen verzeichnen Berufe mit zuvor hohem unausgeschöpftem Homeoffice-Potenzial. Ebenfalls interessant: Regionale, berufliche und sektorale Ungleichheiten im Zugang zu Homeoffice haben sich während der Pandemie verringert. So ist das Stadt-Land-Gefälle im Anteil von Stellenanzeigen mit Homeoffice-Option im Vergleich zum Jahr 2019 um 30% gesunken. Die Entwicklung scheint sich zu festigen, wes-

Die Kurve zeigt den Anteil an Anzeigen mit Homeoffice-Option in städtischen Landkreisen im Verhältnis zum Anteil in ländlichen Landkreisen. Seit dem Beginn der Pandemie wird der Unterschied deutlich kleiner.

Stadt-Land-Gefälle



Quelle: Darstellung der Autoren basierend auf Daten von Emsi Burning Glass. © ifo Institut

MODERNE MEDIENMÄRKTE

Origineller Content lässt Nutzer mehr Werbung ertragen

auf die Differenzierung von Inhalten auf YouTube, der am zweithäufigsten besuchten Website der Welt. Das Ergebnis: Besteht die Möglichkeit, auf dem Kanal mehr Werbung zu schalten, nimmt die Wahrscheinlichkeit ab, dass Youtuber*innen austauschbare Mainstream-Inhalte produzieren. Das liegt daran, dass viele von ihnen zwar Mainstream-Inhalte anbieten. Wer zuschaut, empfindet Werbung tendenziell als lästig. Deswegen ist die Hürde, zu Anbietern mit ähnlichen Inhalten zu wechseln, gering, wenn die Werbemenge steigt. Bieten YouTuber*innen hingegen originelle und einzigartige Inhalte, bekommen sie Marktmacht und schwächen den Wettbewerb im Werbemarkt ab.



www.ifo.de/jb21/youtube

Die zunehmende Bedeutung moderner Medienmärkte hat einige neue Fragen aufgeworfen. Wie hängen Werbeerlöse in Social-Media-Märkten mit der Qualität und der Diversität der Inhalte zusammen? Eine ifo-Studie untersucht die Auswirkungen von Werbung



»Die Werbung wirkt bei Social-Media-Angeboten wie ein Preis, den Nutzer*innen bezahlen müssen, um einen originellen Inhalt konsumieren zu können.«

Dr. Anna Kerkhof Wissenschaftliche Mitarbeiterin am ifo Zentrum für Industrieökonomik und neue Technologien



www.ifo.de/jb21/kompetenzen

STRUKTURWANDEL

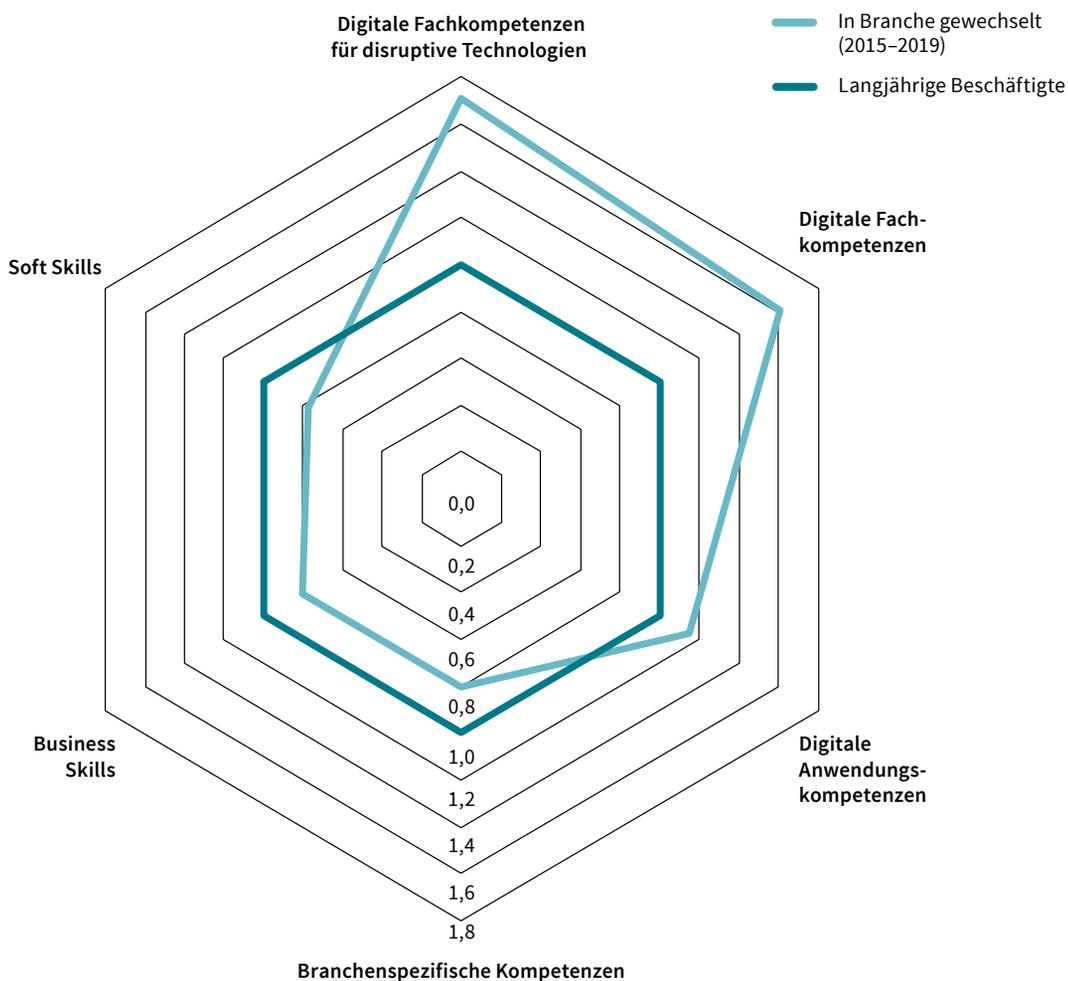
Deutsche Autohersteller führen bei Zukunftskompetenzen

Autonomes Fahren, neue Mobilitätsangebote und die Reduzierung von CO₂-Emissionen erfordern einen tiefgreifenden Wandel der Automobilindustrie. Um die Herausforderungen etwa bei Technologien, Umstellung der Produktion oder neuen Geschäftsmodellen zu meistern, sind andere Kompetenzen gefragt als bisher. In Zusammenarbeit mit dem Karrierenetzwerk LinkedIn wurden die Profile der

in der Automobilindustrie beschäftigten LinkedIn-Mitglieder und deren angegebene Kompetenzen untersucht. Mit dieser Datengrundlage ist es möglich, die Entwicklung der Kompetenzen in der deutschen und internationalen Automobilindustrie detailliert zu analysieren. Den höchsten Anstieg bei den neuen Kenntnissen beobachteten wir in der Kategorie der digitalen Fachkompetenzen für disruptive Technologien. 2015 machten sie weltweit 3,7% der in den LinkedIn-Profilen angeführten Kompetenzen aus, 2020 bereits 8,6%. In Deutschland ist der Anteil deutlich höher und hat sich von 6,5% im Jahr 2015 auf 13,3% im Jahr 2020 verdoppelt. Die Zahlen zeigen auch, dass die Unternehmen der Automobilbranche die benötigten digitalen Kompetenzen überwiegend durch Neueinstellungen erlangen. Hier stellt sich die Frage, ob auch die langjährigen Beschäftigten ausreichend für den Wandel gerüstet werden.

Autohersteller werben gezielt Mitarbeitende mit digitalen Kompetenzen an

Während die langjährigen Beschäftigten den neu angeworbenen bei Soft Skills, Business Skills und Branchenkenntnissen überlegen sind, ist es bei den digitalen Kompetenzen umgekehrt.



Kompetenzen der langjährigen Branchenbeschäftigten auf 1 normiert.
Quelle: LinkedIn.

© ifo Institut

ifo Zentrum für Internationalen Institutionenvergleich und Migrationsforschung



Institutionen sind für das Wirtschaftswachstum von großer Bedeutung. Das ifo Zentrum für Internationalen Institutionenvergleich und Migrationsforschung untersucht die gesellschaftlichen Herausforderungen, die sich daraus ergeben.

Für das langfristige Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft und für Chancengleichheit sind Institutionen von großer Bedeutung. Das ifo Zentrum für Internationalen Institutionenvergleich und Migrationsforschung analysiert die Gründe, die zu einer spezifischen Ausgestaltung institutioneller Rahmenbedingungen führen ebenso wie deren wirtschaftlichen Auswirkungen. Der Fokus liegt auf Migration, Finanzintermediation und der Interaktion von Institutionen mit Überzeugungen und Präferenzen.

MIGRATION UND INSTITUTIONEN

Warum entscheiden sich Menschen zur Migration? Welche Rolle spielen wirtschaftliche Anreize und institutionelle Faktoren? Die ifo-Wissenschaftler*innen untersuchen, wie Geflüchtete integriert werden können und inwiefern die Integration vom wirtschaftlichen und sozialen Umfeld im Zielland abhängt.

MIGRATION UND POLITISCHE ÖKONOMIE

Dieser Forschungsbereich untersucht die Wechselwirkung von Politik und Migration. Das Zentrum analysiert den Zusammenhang zwischen der innereuropäischen Migration und den wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen in den Herkunftsregionen. Beide Faktoren beeinflussen das Wahlverhalten der Einwohner*innen.

INSTITUTIONEN UND FINANZINTERMEDIATION

Ein weiteres Augenmerk liegt auf den institutionellen Grundlagen von Finanzmärkten. Erforscht wird, wie Institutionen, z.B. zum Schutz von Eigentumsrechten, den

Kreditmarkt beeinflussen und wie sich die Aufhebung einer staatlichen Garantie auf Banken auswirkt. Darüber hinaus wird die neue Finanzierungsform Crowdfunding untersucht.

INSTITUTIONEN UND GESELLSCHAFT

Individuelles Vertrauen und Überzeugungen spielen eine wichtige Rolle bei Entscheidungen in Haushalten und in der öffentlichen Politik. Gegenwärtige Institutionen sind von der Geschichte geprägt, wie zum Beispiel der ehemaligen Zugehörigkeit zu einem längst vergangenen Imperium. Die Wissenschaftler*innen am Zentrum für Institutionenvergleich und Migrationsforschung untersuchen, wie sich Überzeugungen auf Umverteilungspräferenzen auswirken. ▶

Mit

> 100 000
Einträgen

zu Regelungen und Verordnungen aus 198 Ländern ist CoronaNet die weltweit größte Datenbank zu staatlich beschlossenen Covid-19-Maßnahmen.



[www.ifo.de/
zentrum-ivm](http://www.ifo.de/zentrum-ivm)



3 FRAGEN AN Prof. Panu Poutvaara, Ph. D.



Wie beeinflusst ein Internetzugang die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen auswandern?



In einer Studie mit dem King's College, London, haben wir Umfragedaten von mehr als 600 000 Personen aus 112 Ländern mit Daten über den 3G-Mobilfunk-Internetausbau 2008–2018 kombiniert. Wir zeigen, dass der Internetzugang durch 3G-Technologie den Wunsch und die Pläne zum Auswandern erhöht.

Warum ist das so?

Erstens macht es der Internetzugang einfacher, Informationen über die Möglichkeiten, die sich in anderen Ländern bieten, zu finden. Zweitens erleichtert das mobile Internet die Organisation der Migration. Drittens ermöglicht der Internetzugang den Kontakt mit Familienangehörigen und Freunden.

Wie stark sind die Auswirkungen?

Ein Anstieg der 3G-Mobilfunkabdeckung von 0 bis 100% erhöht den Anteil der Bevölkerung, die auswandern möchte, um 2,7 Prozentpunkte und den Anteil derjenigen, die eine Auswanderung innerhalb von zwölf Monaten plant, um 0,9 Prozentpunkte. Das bedeutet, dass in einem Land mit einer Bevölkerung von 10 Mio. Menschen die Zahl der Auswanderungswilligen um 270 000 zunimmt.

Prof. Panu Poutvaara, Ph. D., Leiter ifo Zentrum für Internationalen Institutionenvergleich und Migrationsforschung

im UZS mit:
Britta Rude,
Joop Adema und
Sarah Reiter

IFO-PUBLIKATION IN TOP-JOURNAL

Warum Menschen nach Europa flüchten

77 %

der Befragten verließen ihr Land wegen Konflikten und Verfolgung,

18 %

nannten wirtschaftliche Gründe.

Zwischen Januar 2015 und Dezember 2017 erreichten etwa 1,6 Millionen Geflüchtete und irreguläre Einwanderer Europa. Panu Poutvaara untersuchte mit Cevat Giray Aksoy vom King's College in London in einem Beitrag im *Journal of Development Economics* die Hauptbeweggründe sowie den Bildungsstand von Migrant*innen, die Europa zwischen 2015 und 2016 über das Mittelmeer erreichten. Dabei stützte er sich auf eine vertrauliche Befragung der Internationalen Organisation für Migration von mehr als 20 000 Migrant*innen. Neben den Migrationsgründen zeigte die Untersuchung zudem, dass Geflüchtete und irreguläre Einwanderinnen einen höheren Bildungsstand aufweisen als Nicht-Migrant*innen in den Herkunftsländern. Irreguläre Einwanderer hingegen haben einen niedrigeren Bildungsstand. Die empirischen Muster können mit einer

Erweiterung des Modells von Roy und Borjas erklärt werden. Diese Darstellung bezieht die mit dem Verbleib im unsicheren Herkunftsland verbundenen Risikofaktoren mit ein und berücksichtigt migrationsbedingte Risiken sowie geschlechterspezifische Unterschiede in Bildungsrenditen.



»Geflüchtete und irreguläre Einwanderinnen waren besser, irreguläre Einwanderer dagegen weniger gebildet als die Menschen, die in den Herkunftsländern bleiben. Diese Bildungsunterschiede zwischen den Geschlechtern weisen auf eine Diskriminierung von Frauen in den Herkunftsländern hin.«

Prof. Panu Poutvaara, Ph.D. Leiter des ifo Zentrums für Internationalen Institutionenvergleich und Migrationsforschung



RISIKOBEREITSCHAFT

Eine Frage der Perspektive

Gesundheitsschocks, Naturkatastrophen, Kriege und wirtschaftliche Rezessionen beeinflussen die Risikobereitschaft von Individuen. Untersuchungen des ifo Instituts in Kooperation mit externen Autoren ergab, dass die Einschätzung der eigenen Risikobereitschaft im Laufe der Corona-Pandemie abnahm. Die gemessene Risikobereitschaft nahm dagegen zu. In der Studie kombinierten die Wissenschaftler Befragungen unter Studierenden aus

vier Ländern: eine erste im Jahr 2019 und eine Folgebefragung mit denselben Personen im Dezember 2020 und Januar 2021. Die Teilnehmer*innen schätzten zunächst ihre Risikobereitschaft selbst ein. Danach wurde die Risikobereitschaft mit einer Lottereaufgabe ermittelt. In dieser hing die Auszahlung an die Gewinner*innen von den Entscheidungen ab, die sie zuvor getroffen hatten. Bevor die Gewinner*innen ausgelost wurden, mussten alle Teilnehmer*innen entscheiden, ob sie 100 Euro sicher erhalten oder einen Teil davon in eine risikoreiche Anlage investieren wollten, die mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% das 2,5-fache des investierten Betrags erwirtschaftet und mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% nichts. In diesem Fall nahm die Risikobereitschaft während der Pandemie zu.



www.ifo.de/jb21/risk

FINANZIELLE BILDUNG

Das Risiko von Bürgschaften kennen

Welche Rolle spielt Finanzwissen bei der Übernahme von Bürgschaften? Um diese Frage zu beantworten, erstellten Elisabeth Beckmann, Christa Hainz und Sarah Reiter ein Umfragemodul für das mehrjährige Projekt »Third-Party Guarantees – The Role of Financial Knowledge and Social Norms«. Gefördert wurde das Projekt von der Think Forward Initiative, und es wurde in Kooperation mit der Oesterreichischen Nationalbank bearbeitet. Integriert wurde das Modul in den »OeNB Euro Survey«, der jährlich in zehn Ländern in Zentral-, Ost- und Südosteuropa durchgeführt wird. Die Autorinnen fragten Privatpersonen nach ihren Kenntnissen zu den rechtlichen Konsequenzen von Bürgschaften und ihren eigenen Erfahrungen als Bürgen.

Die Resultate zeigen, dass das Wissen zu Bürgschaften sowohl zwischen einzelnen Ländern als auch zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen stark variiert. In Kroatien sind sich 70,4% der Personen der Folgen bewusst. In Albanien sind sich lediglich 40,4% der Personen der Haftung bewusst, die sie übernehmen. Insbesondere bei Jüngeren sowie Personen mit niedriger Allgemeinbildung und geringem Einkommen ist das Wissen zu Bürgschaften mangelhaft. Geschlechtsspezifische Unterschiede konnten nicht festgestellt werden.

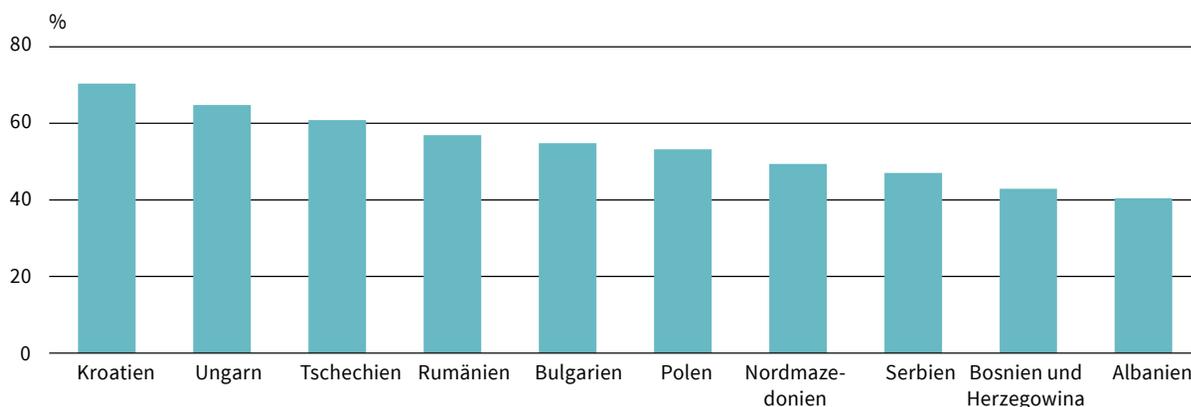
Die Studie konnte zeigen, dass die Bereitschaft, eine Bürgschaft für jemand anderen zu übernehmen – und damit finanzielle Risiken einzugehen –, mit dem Wissen abnimmt. Das bedeutet, dass viele Personen von Programmen zur finanziellen Bildung profitieren könnten. Denn in den zehn Ländern sind sich im Durchschnitt nur etwa 55% der Personen der Risiken bewusst. Wer die Risiken kennt, läuft seltener Gefahr, dramatische finanzielle Folgen zu erleiden. Die Ergebnisse des Projekts werden politische Entscheidungsträger*innen dabei unterstützen, Finanzbildungsmaßnahmen zu etablieren und damit das finanzielle Wohlergehen der Bürger*innen zu fördern.



www.ifo.de/jb21/buergschaft

Anteil der Personen mit grundlegendem Wissen zu Bürgschaften

Anteil der Personen, die über die Konsequenzen einer Bürgschaftsübernahme informiert sind



Anmerkung: n = 19 965.

Quelle: E. Beckmann, C. Hainz und S. Reiter, »No Transaction, No Risk? The Influence of Financial Literacy on Going Guarantor«, *Think Toward Initiative*, 22. März 2021.

© ifo Institut

DATENSAMMLUNG ZU CORONA-MASSNAHMEN

Die Pandemie hat sehr eindrücklich vor Augen geführt, dass politische Entscheidungsträger*innen und Forscher*innen Zugang zu qualitativ hochwertigen, detaillierten und aktuellen Daten benötigen. Dies gilt besonders für die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung. Die gemeinsame Initiative der Hochschule für Politik der Technischen Universität München und des ifo Instituts erstellt mit CoronaNet eine Datenbank zu den Reaktionen der Regierungen auf das Coronavirus. CoronaNet sammelt Informationen über Maßnahmen, die weltweit ergriffen wurden, um die Covid-19-Pandemie zu bekämpfen. Die Daten werden auf der DICE-Website des ifo Instituts visualisiert. Der Datensatz ist die umfassendste Dokumentation solcher Regierungspolitiken weltweit und erfasst Daten für 20 Politikategorien.

<https://www.coronanet-project.org/>



www.ifo.de/dice

ifo Zentrum für Makro- ökonomik und Befragungen



Konjunktur, wirtschaftspolitische Analysen sowie die Themen Ungleichheit und Umverteilung stehen im Fokus der Forschung des ifo Zentrums für Makroökonomik und Befragungen. Mitarbeiter*innen erheben Mikrodaten, bereiten sie auf und interpretieren sie. Ein wichtiges Ergebnis ist das *ifo Geschäftsklima*.

Makroökonomische Forschung, wirtschaftspolitische Analysen sowie Ungleichheit und Umverteilung sind Schwerpunkte des ifo Zentrums für Makroökonomik und Befragungen. Die Mitarbeiter*innen erheben Mikrodaten zur konjunkturellen Entwicklung Deutschlands, der Europäischen Union und anderer Länder, bereiten sie auf und interpretieren sie. Auf besonderes Interesse der Öffentlichkeit stößt das »ifo Geschäftsklima«. Der führende konjunkturelle Frühindikator basiert auf etwa 9 000 monatlichen Meldungen aus Unternehmen.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSEN

Eine zentrale Rolle spielen Analysen von Vorschlägen zur Gestaltung einer europäischen Fiskalunion. Dabei stehen Effizienz sowie Verteilungs- und Stabilisierungswirkungen der jeweiligen Steuer- und Transfersysteme im Vordergrund. Die empirischen Analysen werden unter anderem mit dem europäischen Steuer- und Transfer-Mikrosimulationsmodell EUROMOD durchgeführt, das Änderungen in den jeweiligen Steuer- und Transfergesetzgebungen der EU 27 evaluieren und Politikreformen simulieren kann. Das Zentrum befasst sich auch mit der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und deren Einfluss auf den Finanzsektor und die Gesamtwirtschaft.

MAKROÖKONOMISCHE FORSCHUNG

Welche Ursachen und Wirkungen haben gesamtwirtschaftliche Störungen? Aus dieser Frage leitet das Zentrum Implikationen für die angewandte Konjunkturanalyse ab. Die Arbeiten konzentrieren sich auf den Einfluss von Finanzmarktfriktionen sowie die Auswirkungen geld- und finanz-

politischer Maßnahmen auf real- und finanzwirtschaftliche Größen. Methodisch kommen modelltheoretische Ansätze und empirische Zeitreihenverfahren zum Einsatz. Prognostikern stehen heute enorm große Datenmengen zur Verfügung. Deswegen befasst sich das Zentrum damit, wie sich Informationen verdichten und selektieren lassen, und bezieht dabei auch eigene Daten aus der Unternehmensbefragung ein.

UNGLEICHHEIT UND UMVERTEILUNG

Die Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie weitere Indikatoren der Inklusion und Chancengerechtigkeit stehen im Vordergrund dieses Forschungsfelds. Trends werden beleuchtet und kausale Effekte für den Einfluss von Steuer- und Transfersystemen identifiziert. Besondere Aufmerksamkeit erfährt die Analyse von regionalen Unterschieden in Einkommens- und Vermögensverteilungen. Die Wissenschaftler*innen untersuchen mögliche Treiber der Ungleichheitsentwicklung, z.B. die Globalisierung oder den demografischen Wandel. Außerdem forscht das Zentrum zu Umverteilungspräferenzen und der Frage, wie Besteuerung fair gestaltet werden kann. ▶



[www.ifo.de/
zentrum-mb](http://www.ifo.de/zentrum-mb)

WICHTIGE SERVICES DES ZENTRUMS

Prognosen:

- Siehe Seite 86–87
- www.ifo.de/prognosen

ifo Geschäftsklima und Umfragen:

- Siehe Seite 84–85
- www.ifo.de/umfrageergebnisse



3 FRAGEN AN

Prof. Dr.
Andreas Peichl



Wie wirken sich die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise auf unterschiedliche Regionen in Deutschland aus?



Städte sind besonders stark betroffen. Zwischen Januar und August 2020 ist die Arbeitslosigkeit dort stärker gestiegen als in den anderen Regionen. Außerdem hat sich die Geschäftslage der Unternehmen gravierend verschlechtert.

Woran liegt das?

Der soziale Konsum spielt in den Städten eine größere Rolle. Hier sind die Auswirkungen der Pandemie besonders drastisch. Und es gibt weniger Industrie. Deshalb profitierten die Regionen von der Erholung des Verarbeitenden Gewerbes in der zweiten Hälfte 2020. Zudem ziehen seit Corona mehr Menschen aufs Land. Das geht zu Lasten des Konsums in den Großstädten.

Wie sehr verändert Corona die Wohnortpräferenzen?

Knapp 13% der Befragten in Großstädten wollen innerhalb der kommenden zwölf Monate wegziehen – besonders Menschen im jungen und mittleren Alter und Haushalte mit Kindern. In den suburbanen und ländlichen Gebieten ist die Umzugsbereitschaft deutlich geringer.

Prof. Dr. Andreas Peichl, Leiter ifo Zentrum für Makroökonomik und Befragungen

im UZS mit:
Julia Baarck,
Dr. Mathias Dolls
(*stellv. Leiter*), Moritz Schasching, Sabine Rumscheidt, Dr. Klaus Wohlrahe und Prof. Dr. Timo Wollmershäuser
(*beide stellv. Leiter*),
Manuel Menkhoff und
Justyna Klejdysz

STEUERPOLITIK

Lasten fair verteilen

Der Solidaritätszuschlag für untere und mittlere Einkommen wurde zwar abgeschafft, davon abgesehen gab es in den vergangenen zehn Jahren aber nur minimale Anpassungen in der deutschen Steuerpolitik. Gleichzeitig wuchs in der öffentlichen und politischen Debatte die Kritik am Steuer- und Abgabensystem. Das ifo Institut stellte 2021 einen neuen Vorschlag für das Einkommensteuer- und Transfersystem vor. Dieser reformiert die Familienbesteuerung, sieht hohe Kinderfreibeträge vor sowie die Umwandlung des Ehegattensplittings in ein Ehegattenrealsplitting. Sie passt Transferentzugsraten zur Beseitigung der Niedrigeinkommensfalle an, damit sich mehr Arbeit auch bei Niedrigeinkommen lohnt. Darüber hinaus schafft sie den Solidaritätszuschlag komplett ab und hebt gleichzeitig die Spitzen- und Reichensteuersätze sowie die Grund- und Pauschalbeträge an.

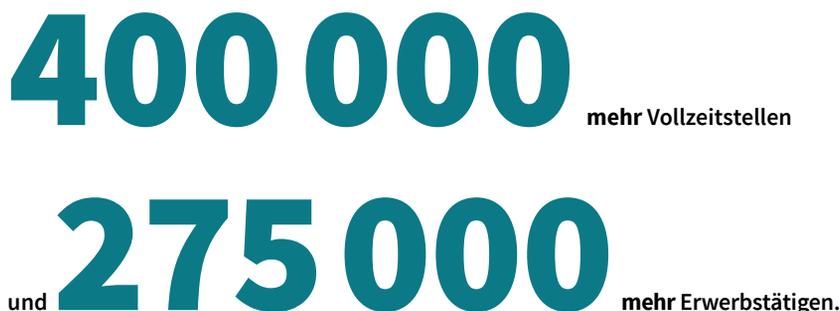
Die ifo Wissenschaftler*innen schlagen vor, steuerliche Fehlanreize zur Partizipation am Arbeitsmarkt abzubauen. Sie möchten Lasten fair verteilen, indem vor allem Kinder bei der steuerlichen Begünstigung von Ehe und Familie stärker

in den Fokus rücken. So soll es in allen Einkommensschichten mehr Gewinner als Verlierer geben. Die Mittelschicht würde bei diesem Reformvorschlag am meisten Einkommen gewinnen. Zu den größten Gewinnern gehören Mehrverdienerhaushalte mit Kindern. Paare ohne Kinder und mit hoher Einkommensdifferenz müssen im Durchschnitt mehr Steuern zahlen als bisher. Die Effizienzgewinne der Reform würden mehr Vollzeitstellen schaffen und den Arbeitsmarkt für Erwerbstätige öffnen. Für den Staatshaushalt wäre der Reformvorschlag nahezu aufkommensneutral.



www.ifo.de/jb21/reform-est3

Die Effizienzgewinne der Reform führen zu etwa



FAMILIENPOLITIK

Raus aus der Zweitverdienerfalle

Das deutsche Steuer- und Sozialversicherungssystem setzt für viele Zweitverdienende – häufig Frauen und Mütter – falsche Anreize. Von 7,6 Millionen Ehefrauen im Erwerbsalter verdienen etwa drei Viertel weniger als ihr Partner und sind demnach Zweitverdienerinnen. Würde die

Ehegattenbesteuerung reformiert und ein Realsplitting eingeführt, würden dem ifo Institut zufolge Zweitverdienende mehr arbeiten. Kombiniert mit einer Reform der Minijob-Regelungen, ließen sich weitere Anreizprobleme beheben: Insbesondere Frauen könnten der Zweitverdienerfalle entkommen, in der sie sich aufgrund geringer Arbeitsstundenzahlen befinden. Bei einer kombinierten Reform des Realsplittings mit einer Minijob-Reform bei regulären Beitragssätzen wären auch Steuersenkungen möglich. Insgesamt würden die gearbeiteten Stunden um 141 000 Vollzeitstellen steigen und ein Plus von 59 000 Beschäftigten bringen.



www.ifo.de/jb21/falle



»Eine kombinierte Reform, die das Ehegattensplitting beschränkt und die Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeht, baut bestehende Fehlanreize für das Arbeitsangebot von Frauen nachhaltig ab und sorgt so für mehr Geschlechtergerechtigkeit.«

Maximilian Blömer Doktorand am ifo Zentrum für Makroökonomik und Befragungen



www.ifo.de/jb21/reform-est2

BUNDESTAGSWAHL

Die Steuerpläne der Parteien

Das ifo Institut hat die Steuerpläne aller Parteien in einer Simulation verglichen. Ergebnis: Alle Parteien wollen die Haushalte bei der Einkommensteuer entlasten. Die Höhe der Entlastung variiert dabei jedoch zwischen den Parteien, so dass die Vorschläge nur bedingt vergleichbar sind. Auch bei der Struktur der Entlastung gibt es Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Alle Parteien wollen die mittleren Einkommensschichten der Bevölkerung mit ihren Reformplänen besser stellen. Alle Parteien würden positive Anreize für Erwerbstätigkeit schaffen. Mehr Beschäftigung brächte zwar mehr Steuereinnahmen. Diese reichten jedoch nicht aus, um den Verlust an Aufkommen durch die Entlastung auszugleichen.

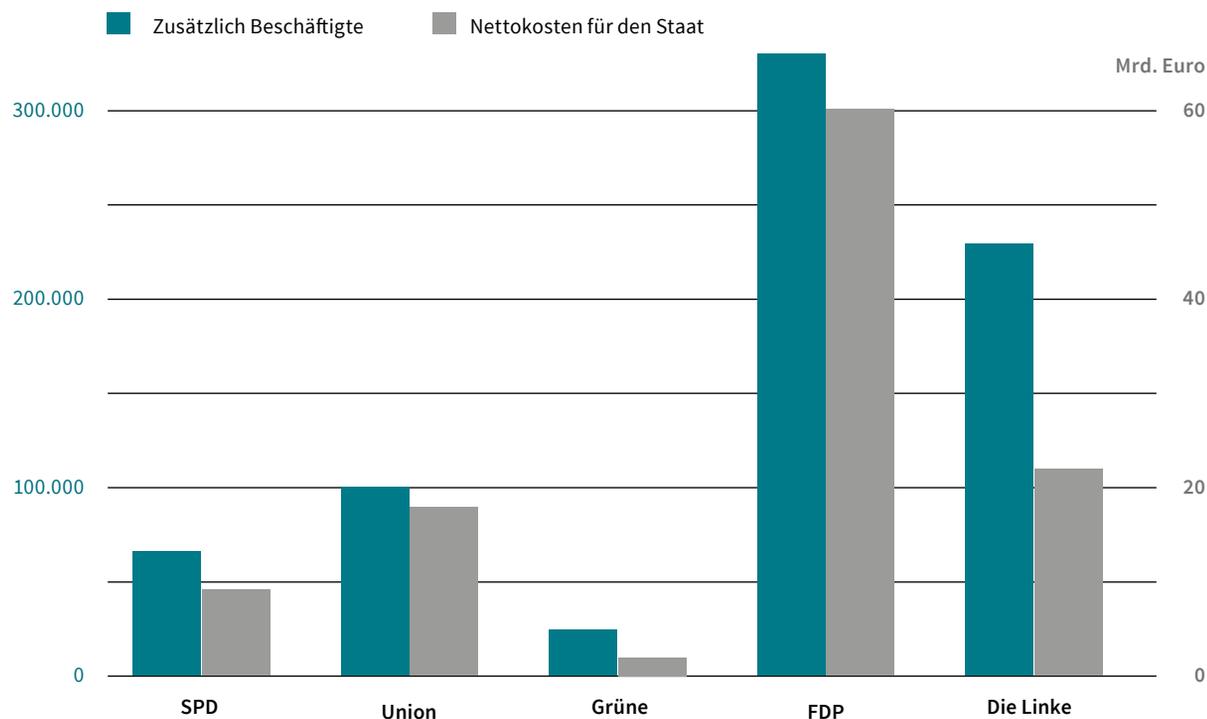
Die deutlichste Entlastung plante 2021 die FDP mit durchschnittlich 4,5% mehr verfügbarem Einkommen.

Die Auswirkung auf das Arbeitsangebot wäre hier mit ca. 330 000 zusätzlichen Beschäftigten am größten. Sie hätte dabei jedoch von allen Parteien das größte fiskalische Minus von über 60 Mrd. Euro zu verbuchen, auch unter Berücksichtigung der Arbeitsangebotseffekte. Dagegen ist der Reformvorschlag der Grünen für den Staatshaushalt mit einem Minus von nur 2 Mrd. Euro fast budgetneutral. Mit nur 24 000 zusätzlichen Beschäftigten würde er jedoch auch die geringsten Beschäftigungseffekte erzielen. Sehr unterschiedlich wirken sich die Pläne der Parteien auf die Verteilung der Einkommen aus:

Die Steuerpläne der Grünen und der Linken würden die Ungleichheit der Einkommen verringern – vor allem wegen der höheren Steuersätze der Gutverdienenden. Bei den Linken war dieser Effekt aufgrund der höheren steuerlichen Belastung für sehr gut Verdienende und Einkommensmillionäre größer als bei den Grünen. FDP und Union würden durch die Entlastungen für Gutverdienende einen gegenteiligen Effekt erwirken, der die Einkommensungleichheit (bei der FDP stärker als bei der Union) erhöht.

Beschäftigungseffekte und Kosten der Reformvorschläge

Diese Grafik zeigt die Beschäftigungseffekte sowie die Budgetwirkungen der Einkommensteuerpläne der einzelnen Parteien. Angegeben sind die Zahl der Erwerbspersonen, die zusätzlich arbeiten, sowie die Kosten für den Staatshaushalt nach Berücksichtigung der Steuermehreinnahmen, die durch die zusätzliche Beschäftigung entstehen.



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie

FORSCHUNGS-
SCHWERPUNKTE

Fiskalföderalismus
und lokale öffentliche
Finanzen

Evaluierung der
Fiskal- und Steuer-
politik

Staatsverschuldung
in Deutschland und
Europa

Politische Ökonomie



Wie sind Instrumente der Finanz- und Fiskalpolitik zu bewerten, die in Deutschland, in der Europäischen Union und international im Einsatz sind? Wie beeinflussen politische Entscheidungsträger*innen und Institutionen die Wirtschaftspolitik? Diese Themen untersucht das ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.

Verbundene Forschungsthemen des ifo Zentrums für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie sind Finanzpolitik, die Entwicklung der öffentlichen Haushalte auf nationaler oder lokaler Ebene und politische Ökonomie. Die Untersuchungen umfassen modelltheoretische und empirische Analysen und beziehen internationale Erfahrungen mit ein.

FISKALFÖDERALISMUS UND LOKALE ÖFFENTLICHE FINANZEN

Im Mittelpunkt stehen Analysen über Entscheidungen der Fiskalpolitik auf verschiedenen Regierungsebenen in einem dezentralisierten System. Grundsatzfragen betreffen die horizontalen und vertikalen Beziehungen im Bereich der Besteuerung und des fiskalischen Wettbewerbs sowie das Angebot lokaler öffentlicher Dienstleistungen.

EVALUIERUNG DER FISKAL- UND STEUERPOLITIK

Das Zentrum begutachtet die Fiskalpolitik, insbesondere die Beziehungen innerhalb und zwischen den verschiedenen Regierungsebenen im Rahmen des Finanzausgleichs und der Erhebung sowie der Verteilung des Steueraufkommens. Im Laufe der letzten Jahre wurde das ifo-Einkommensteuer-Simulationsmodell (ifo-ESM) entwickelt.

STAATSVerschuldung in Deutschland und Europa

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung untersucht der Forschungsbereich die Ursachen der hohen Staatsschulden sowie deren Auswirkungen und erarbeitet mögliche Auswege aus der Schuldenkrise. Die kurzfristige Betrachtung ergänzt die Konjunkturforschung. Die langfristige Analyse gibt Einblicke in die intergenerative Verteilungsfrage und den Zusammenhang zwischen Wachstum und sozialem Zusammenhalt.

POLITISCHE ÖKONOMIE

Wie wirken sich Regierungsideologie und Wiederwahlmotive von Politikerinnen und Politikern auf individuelle Wirtschaftspolitiken aus? Welchen Einfluss haben Wahlsysteme auf die Wahlbeteiligung und Stimmenanteile einzelner Parteien? Diese Fragen bearbeitet das Zentrum im Bereich der politischen Ökonomie. Ein weiterer Schwerpunkt sind die Auswirkungen von politischen Institutionen auf beispielsweise das Wirtschaftswachstum, die anhand neuer empirischer Methoden wie Machine Learning untersucht werden. ▶



[www.ifo.de/
zentrum-oeff](http://www.ifo.de/zentrum-oeff)



3 FRAGEN AN

Prof. Dr.
Niklas Potrafke



Was sind die größten Herausforderungen für die Ampel-Koalition?



Das sind der Klimaschutz und die Digitalisierung sowie die Überalterung unserer Gesellschaft. Das kostet Geld. Steuererhöhungen soll es nicht geben. Das ist gut so, denn die wirtschaftliche Erholung wird nicht gelingen, wenn Bürger und Unternehmen durch erhöhte Steuern belastet werden.

Wäre die Aussetzung der Schuldenbremse eine Lösung?

Neue Schulden sind keine Lösung. Es ist zwar leicht, zusätzliche Ausgaben mit Schulden zu finanzieren. Aber wenn in Klimaschutz und Digitalisierung investiert werden soll, sollte geprüft werden, auf welche Staatsausgaben man verzichten kann und welche Subventionen gestrichen werden können.

Warum belastet der demografische Wandel die Staatsfinanzen?

Wegen der Überalterung unserer Gesellschaft gibt es immer weniger Erwerbstätige, die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung liegt bereits bei rund 100 Mrd. Euro pro Jahr. Diese Zuschüsse müssen durch mutige Reformen reduziert werden.

Prof. Dr. Niklas Potrafke, Leiter ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie

im UZS mit:
Luisa Dörr, Sabine Kolbinger, Dr. Klaus Gründler (*stellv. Leiter*) und Philipp Heil

STRUKTURSCHWACHE REGIONEN

Behördenstandort als Wachstumsimpuls

Kann eine Verlagerung und Ansiedlung von öffentlichen Institutionen dazu beitragen, in ländlichen und strukturschwachen Regionen gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, und zu einer nachhaltigen Raumentwicklung führen? Das ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie und die ifo Niederlassung Dresden untersuchten diese Frage im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt und Raumforschung.

Die Wissenschaftler*innen werteten die einschlägige wissenschaftliche Literatur und verfügbare Daten zu deutschen Behördenstandorten aus. Ergänzend führten sie Interviews mit Mitarbeiter*innen vier ausgewählter Behörden, die in strukturschwachen Regionen angesiedelt wurden, sowie mit Vertreter*innen aus der regionalen Wirtschaft und Politik. Zusätzlich wurden in zwei der Behörden Online-Umfragen gestartet.

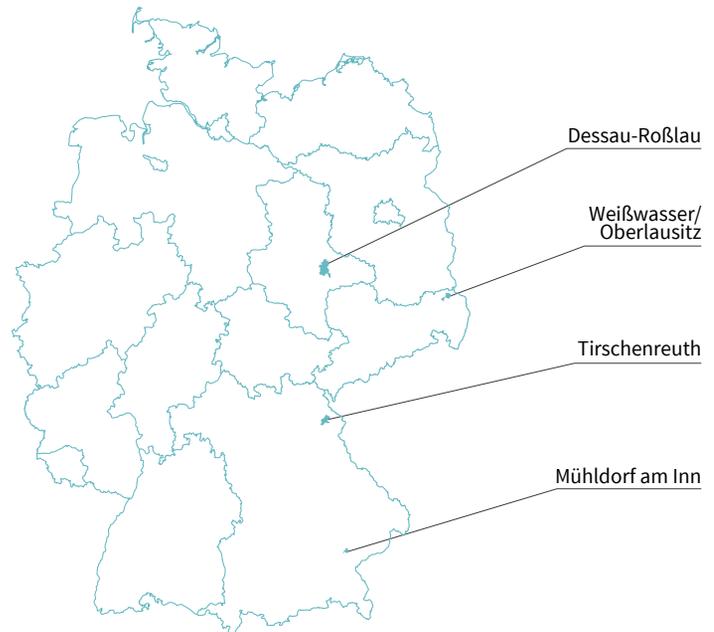
Die Literaturanalyse zeigt für vergangene Behördenansiedlungen teils gegenläufige Folgen. Während für einige Ansiedlungen positive Effekte auf die Beschäftigung der Zielregion dokumentiert wurden, zeigten andere Ansiedlungen keine oder negative Auswirkungen, weil Arbeitnehmer*innen aus der Privatwirtschaft in den öffentlichen Sektor wechseln.

Ein zentrales Ergebnis der vier Fallstudien ergab, dass Neuansiedlungen von Behörden der Verlagerung bereits bestehender öffentlicher Einrichtungen vorzuziehen sind. Um bei Verlagerungen entstehende kurzfristige Umbrüche zu vermeiden, ist ausreichend Zeit wichtig. Dies ermöglicht Beschäftigten und Führungskräften in Verwaltung und Politik eine personelle Umstrukturierung, die Weitergabe von Wissen und Expertise sowie das Anwerben von neuen Mitarbeiter*innen.

Zudem sollte die Zielregion den Arbeitskräftebedarf einer neuangesiedelten Behörde ausreichend abdecken können. Denn die Rekrutierung von hochqualifizierten

Behördenstandorte der vier Fallstudien

Bei der Auswahl der Behörden wurde auf unterschiedliche Zeitpunkte der Ansiedlung, Standorte und Gebietskörperschaftsebenen geachtet.



Quelle: L. Dörr et al., *Ansiedlung von (Bundes-)Behörden/-einrichtungen in Regionen mit besonderem Förderbedarf*, ifo Studie, ifo Institut, München 2021. © ifo Institut

Fachkräften im strukturschwachen Raum gestaltet sich oft schwierig. Weil sich Stellen mit geringeren Qualifikationsanforderungen meistens regional besetzen lassen, bieten sich eher Behörden mit weniger spezialisierten Aufgaben für eine Ansiedlung in strukturschwachen Gebieten an.

Die Studie zeigt, dass die Ansiedlungen von Behörden neue Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen geschaffen haben. Nachfrageeffekte durch gesteigerte Kaufkraft und den Zuzug von Beschäftigten sind wahrscheinlich. Bei künftigen (Neu-)Ansiedlungen können negative Begleit-effekte auf die Arbeitsweise der Behörde, wie beispielsweise Personalverluste, durch langfristige Personal- und Ausbildungsplanung vermieden werden.



»Die Verlagerung von Behörden ist oft mit dem Verlust von Beschäftigten, Erfahrung und Kompetenz verbunden. Oft entstehen zum Beispiel auch Reisekosten. Möglichkeiten zu mobilem Arbeiten können negative Effekte auffangen.«

Anina Harter Doktorandin am ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie



FISKALPOLITIK

Steuererhöhungen nicht vor der Wahl

Wann ist der richtige Zeitpunkt für unpopuläre Maßnahmen wie Steuererhöhungen? Eine Studie des ifo Instituts zeigt, dass diese in Industrieländern häufig direkt nach Wahlen umgesetzt wurden. Hierfür werteten Clemens Fuest, Klaus Gründler, Niklas Potrafke und Fabian Ruthardt 3 200 Steuerreformen, die in 22 Industrie- und Schwellenländern im Zeitraum 1962–2014 durchgeführt wurden, aus. Eine wichtige Neuerung des verwendeten Datensatzes ist die Erfassung harmonisierter Indizes für

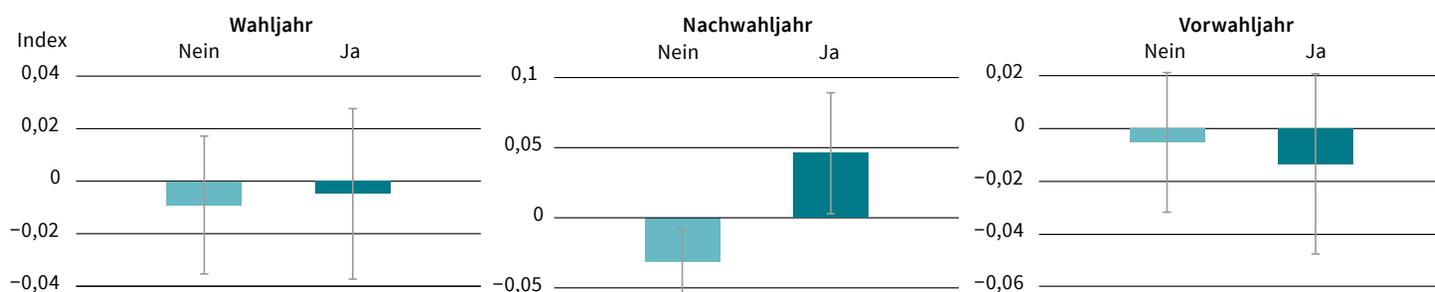
Steuerreformen, die Indikatoren für Veränderungen bei Steuersätzen und Steuerbemessungsgrundlagen sowie detaillierte Teilindizes für sechs Steuerarten enthalten. In dem die Reformen mit dem Zeitpunkt von Wahlen in Verbindung gebracht wurden, konnten die ifo-Wissenschaftler Wahlzyklen bei Steuerreformen untersuchen. Sie zeigen, dass Steuersatzerhöhungen auf die Zeit nach den Wahlen verschoben werden. Politiker*innen wissen, dass sie mit Steuererhöhungen behutsam umgehen müssen, vor allem wenn sie wiedergewählt werden wollen. Unangenehme Maßnahmen bieten sich für die Zeit nach Wahlen an. Unmittelbar vor Wahlen hätten sich Regierungen mit Steuererhöhungen daher zurückgehalten, danach wurden vornehmlich die Umsatz- und Einkommensteuersätze erhöht. Beteuerungen im Wahlkampf, dass es keine Steuererhöhungen geben werde, sollten skeptisch betrachtet werden.



www.ifo.de/jb21/steuern

Änderungen der Steuersätze im Umfeld von Wahlen in den OECD-Ländern, 1960–2014

Die Steuersatzreformindizes nehmen in einem Land und Jahr den Wert –2 für große, –1 für kleine Steuererleichterungen, 0 für keine Änderungen, 1 für kleine und 2 für große Steuererhöhungen an.



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Wie die US-Präsidentenwahl 2020 Erwartungen beeinflusste

Wie Staatsoberhäupter Wirtschaftspolitik und reale Größen wie das Wirtschaftswachstum beeinflussen, ist in der Politischen Ökonomie seit Jahrzehnten Gegenstand der Forschung. Eine Studie des ifo Instituts zeigt, dass der Ausgang der US-Präsidentenwahl 2020 die Erwartungen von internationalen Expert*innen zu den wirtschaftlichen Entwicklungen in ihren Heimatländern beeinflusst hat. Dorine Boumans, Klaus Gründler, Niklas Potrafke und Fabian Ruthardt werteten die Ergebnisse einer Befragung

von 843 Wirtschaftsexpert*innen aus 107 Ländern aus. Die Expert*innen wurden zufällig in zwei gleich große und vergleichbare Gruppen eingeteilt. Die erste Gruppe wurde fünf Tage vor der US-Präsidentenwahl zu den wirtschaftlichen Einschätzungen in Bezug auf BIP-Wachstum, Arbeitslosigkeit, Inflation und Handel in ihrem Land befragt, die zweite Gruppe unmittelbar nach Joe Bidens Wahlsieg. Die Ergebnisse zeigen, dass der Wahlausgang in den USA die Einschätzungen beeinflusste: Die BIP-Wachstumsrate des Heimatlandes wurde in der Gruppe, die wusste, dass Joe Biden US-Präsident wird, für das Jahr 2021 um 0,98 Prozentpunkte höher eingeschätzt. Wer keine Information über den Ausgang der US-Wahl hatte, lag entsprechend darunter. Dieser positive Effekt existiert nur außerhalb der USA. Für die amerikanischen Expert*innen hat das Wissen über den Ausgang der Wahl ihre Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in den USA kaum beeinflusst.



www.ifo.de/jb21/usa

Forschungsgruppe Steuer- und Finanzpolitik



Wie können Staaten Steuer- und Transfersysteme effizient und gerecht gestalten? Diese Frage untersucht die Forschungsgruppe – vor dem Hintergrund steigender Budgetdefizite und eines wachsenden internationalen Steuerwettbewerbs.

Besteuerung, Staatsverschuldung und öffentliche Ausgaben sind Kernbereiche der Politik. In fast allen Bereichen staatlichen Handelns spielen sie eine Schlüsselrolle. Sie beeinflussen eine Reihe von Faktoren, zum Beispiel die Einkommensverteilung und die Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung. Daher liegen die Schwerpunkte der Forschungsgruppe auf folgenden Themen:

INTERNATIONALE BESTEUERUNG

Die zunehmende Globalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten stellt das System der internationalen Unternehmensbesteuerung vor große Herausforderungen. Berichte über multinationale Unternehmen, die ihre Steuerbelastung durch Verlagerungen von Gewinnen in Niedrigsteuerländer reduzieren, lösen immer wieder kontroverse Debatten aus. Die Forschungsgruppe beschäftigt sich damit, wie hoch das Ausmaß an Gewinnverlagerung ist, wie sich der internationale Steuerwettbewerb auf die Verteilung der Bemessungsgrundlage für die Gewinnbesteuerung auswirkt und welche Reformen das System der Unternehmensbesteuerung fairer und effizienter gestalten.

ROLLE DER STEUER- UND FINANZPOLITIK FÜR DIE VERTEILUNG VON EINKOMMEN UND VERMÖGEN

Die Entwicklung von Verteilung der Einkommen und Vermögen wird mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Der Anstieg der öffentlichen Schulden im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Coronakrise hat die Frage aufgeworfen, wie die Kosten wirtschaftlicher Krisen verteilt werden sollten. Die Forschungsgruppe analysiert die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung und deckt die Faktoren auf, die diese Entwicklung bestimmen.

Darüber hinaus untersucht die Forschungsgruppe, welche Bevölkerungsgruppen von den Folgen von Wirtschaftskrisen in welchem Maße betroffen sind und wie sich die Kosten einer Krise fair verteilen lassen. Außerdem untersuchen die Forscher*innen, wer von verschiedenen Steuern wie betroffen ist und wie sich wirtschaftspolitische Maßnahmen auf Ungleichheit auswirken.

GOVERNANCE DER FISKALPOLITIK IN DER EUROPÄISCHEN (WÄHRUNGS-)UNION

Sowohl die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008 als auch die Folgen der Coronakrise haben die öffentlichen Haushalte vieler EU-Mitgliedstaaten enormen Belastungen ausgesetzt und die fiskalischen Spielräume stark eingeschränkt. Diese Entwicklung wiederum hat zu kontroversen Debatten über das institutionelle Design der EU und der Eurozone geführt. Die Forschungsgruppe analysiert die Entwicklung der Fiskalpolitik innerhalb der EU und darüber hinaus und trägt damit zur Diskussion der Reform der EU-Governance bei. Darüber hinaus evaluiert die Forschungsgruppe die Entwicklung des EU-Budgets und bringt entsprechende Reformvorschläge ein. ▶

FORSCHUNGSSCHWERPUNKTE

Internationale Besteuerung

Rolle der Steuer- und Finanzpolitik für die Verteilung von Einkommen und Vermögen

Governance der Fiskalpolitik in der Europäischen Währungsunion



www.ifo.de/forschungsgruppe

5,1 bis 6,7 Mrd. €

pro Jahr könnte Deutschland bei der Einführung einer globalen Mindeststeuer von 15% für Großunternehmen einnehmen.



3 FRAGEN AN

Dr.
Florian Neumeier



Was halten Sie von der globalen effektiven Mindeststeuer?



Die Einführung einer globalen effektiven Mindeststeuer von 15% dürfte den Anreiz, Gewinne in Niedrigsteuermönder zu verlagern, deutlich verringern und damit im Großen und Ganzen auch zu mehr Steuergerechtigkeit führen.

Was bedeutet dabei die »Carve-Out-Regel«?

Sie lässt bei der Besteuerung Ausnahmen zu: Sind die Steuerzahlungen der Tochter eines Konzerns im Ausland weniger als 15%, kann zwar das Heimatland die Gewinne nachbesteuern, allerdings nur den Teil des Gewinns, der sich nicht auf realwirtschaftliche Aktivitäten zurückführen lässt.

Sind die vorgesehenen Carve Outs sinnvoll?

Durch die Carve Outs wird der Charakter der Mindestbesteuerung als Instrument zur Austrocknung von Steueroasen, in denen kaum realwirtschaftliche Aktivitäten angesiedelt sind, verstärkt. Gleichzeitig könnten sie aber auch den internationalen Steuerwettbewerb um Realinvestitionen anheizen.

Dr. Florian Neumeier,
Leiter der Forschungsgruppe Steuer- und Finanzpolitik

im UZS mit:
Prof. Dr. Volker Meier,
Elena Herold und
David Gstrein

STEUERREFORMEN

Unternehmensteuern senken für mehr Wachstum

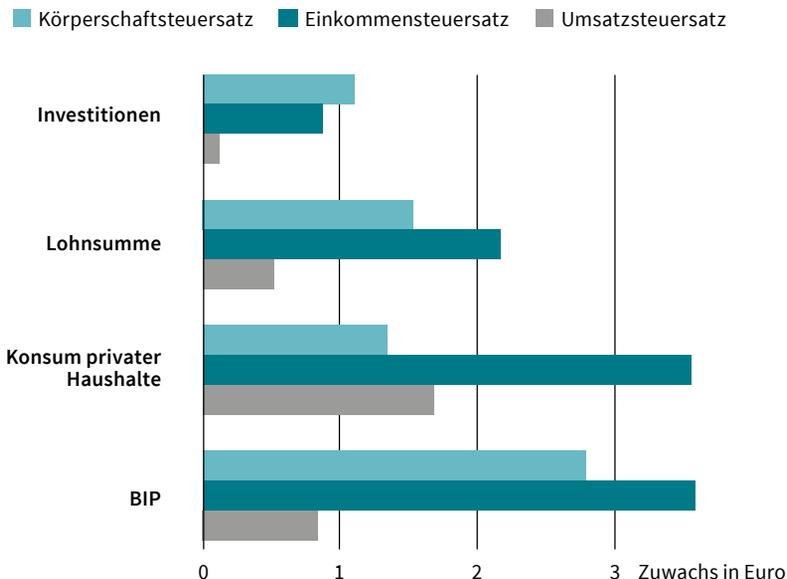
Niedrigere Steuern für Unternehmen bringen langfristig höhere Löhne, mehr Beschäftigung und höheres Wachstum. Dies ergab eine Studie des ifo Instituts, die die Auswirkungen verschiedener diskutierter Steuerreformen auf das Steueraufkommen, Investitionen, Lohnneinkommen und Konsum untersuchte.

Die Autoren betrachteten die Folgen einer Senkung der Unternehmensteuer von 30% auf 25% sowie einer Verkürzung des Zeitraums der steuerlichen Abschreibungen für Investitionen von zehn auf vier Jahre. Eine Kombination aus beiden Reformen würde zwar kurzfristig das Steueraufkommen um 30 Mrd. Euro verringern. Das Bruttoinlandsprodukt und der Konsum privater Haushalte wären aber nach einer Anpassungszeit um rund 3% höher als ohne Reform. Die Beschäftigung würde um 1,4% steigen, die Löhne um etwa 4%. Insgesamt nähmen Investitionen und Beschäftigung so stark zu, dass die jährlichen Steuereinnahmen mittelfristig wieder auf das Ausgangsniveau ansteigen würden.

Betrachtet man mögliche Steuererhöhungen, ergaben die Berechnungen der ifo-Wissenschaftler, dass eine Erhöhung der Umsatzsteuer Beschäftigung und Wachstum weniger belasten würde als eine Erhöhung der Einkommensteuer. Bei einer Erhöhung des Einkommensteuersatzes um 3 Prozentpunkte ab einem Einkommen von 100 000 Euro würde der Staat im ersten Jahr 4,9 Mrd. Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen erzielen. Langfristig

Langfristige Erträge und Kosten der Steuerreformen

Veränderung der ökonomischen Variablen pro Euro Reduktion des Steueraufkommens: Wird z.B. die Körperschaftsteuer gesenkt, steigen die Investitionen pro Euro reduzierten Steueraufkommen um 1,10 Euro, die Lohnsumme um 1,53 Euro, der private Konsum um 1,34 Euro und das BIP um 2,79 Euro.



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts mit dem CGE-Simulationsmodell. © ifo Institut

sinken die zusätzlichen Steuereinnahmen jedoch auf 3,4 Mrd. Euro. Die Wirtschaftsleistung würde um 0,4% sinken. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer um einen Prozentpunkt würde die Steuereinnahmen um 7,4 bis 7,8 Mrd. Euro erhöhen, das Bruttoinlandsprodukt aber lediglich um 0,2% sinken. Auch würden die Steuereinnahmen langfristig wieder auf die Ausgangshöhe zurückkehren.



www.ifo.de/jb21/steuerentlastung

STEUERFLUCHT

Warum eine globale Mindeststeuer gut für Deutschland ist

Von der Einführung der globalen Mindestbesteuerung würde Deutschland profitieren: Bei einem globalen effektiven Mindeststeuersatz von 15% könnte der deutsche Fiskus mit Mehreinnahmen in Höhe von 5,1–6,7 Mrd. Euro pro Jahr rechnen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des ifo Instituts im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen. Die Autoren berechneten verschiedene Szenarien bei der Ermittlung des nachzuversteuernden Gewinns.

Im Oktober 2021 einigten sich 136 Länder auf die Einführung einer globalen effektiven Mindeststeuer. Demnach dürfen die Gewinne multinationaler Konzerne, deren Umsatz mindestens 750 Mio. Euro beträgt, von 2023 an mit einem Mindeststeuersatz von 15% belegt werden. Zahlt die Tochter eines Konzerns im Ausland weniger als 15%, kann das Heimatland des Unternehmens die Gewinne nachbesteuern. Gewinne, die sich auf realwirtschaftliche Aktivitäten zurückführen lassen, sollen allerdings von der Mindestbesteuerung freigestellt werden, so dass nur die Gewinne reiner Briefkastenfirmen voll nachbesteuert werden. Dadurch bleiben Niedrigsteuere Länder als Zielorte für Investitionen realwirtschaftlicher Art attraktiv. Gleichzeitig kann aber auch der internationale Steuerwettbewerb um Realinvestitionen angeheizt werden. Multinationale Unternehmen hätten einen deutlich größeren Anreiz, Realinvestitionen in Niedrigsteuere Länder zu verlagern, um ihre Steuerlast zu verringern.



www.ifo.de/jb21/steuerpolitik



www.ifo.de/jb21/
mietendeckel

BERLINER IMMOBILIENMARKT

Weniger Wohnungen durch Mietendeckel

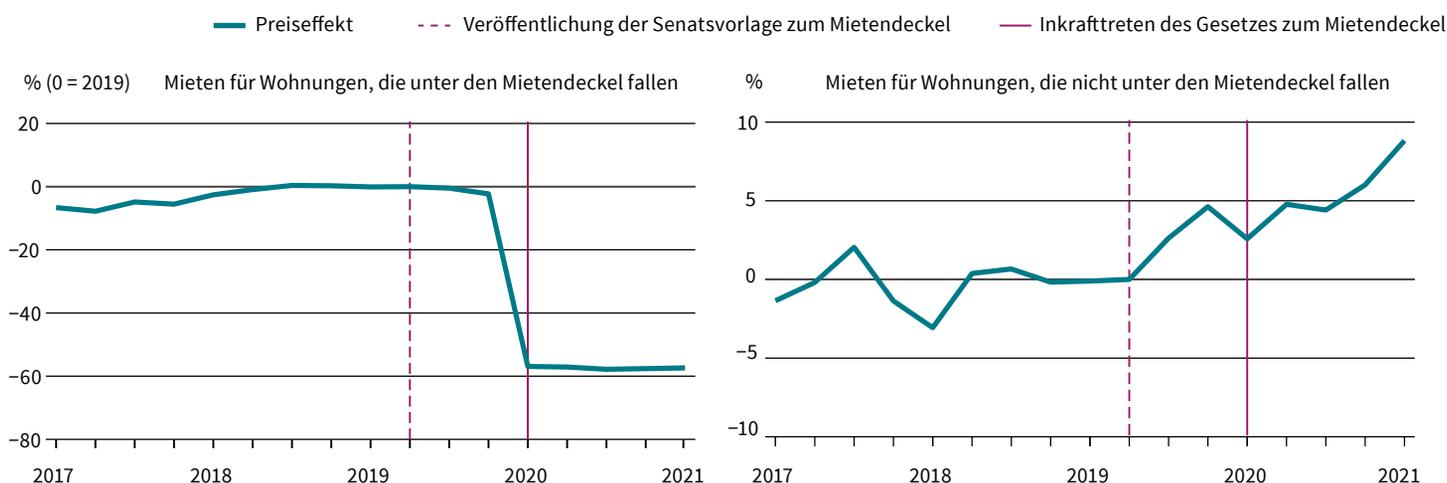
Ein Jahr nach Inkrafttreten des Berliner Mietendeckels untersuchte das ifo Institut die Auswirkungen auf Miet- und Kaufpreise sowie die Anzahl annoncierter Wohnungen. Auf Basis der Daten des Immobilienportals immowelt.de verglichen die ifo-Wissenschaftler die Entwicklung der Preise und der Angebote in Berlin mit der Situation in anderen deutschen Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass der Berliner Mietendeckel zu einer Zerteilung des Berliner Immobilienmarkts geführt hat. Die Miet- und Kaufpreise

entwickelten sich dort seit einem Jahr für betroffene Immobilien schwächer. So lagen die Wachstumsraten bei den Kaufpreisen in Berlin seit dem dritten Quartal 2020 um 5–9 Prozentpunkte unterhalb der Preise in den Vergleichsstädten. Für nicht vom Mietendeckel betroffene Immobilien stiegen die Preise stärker als in anderen deutschen Großstädten. Die Mietannoncen entwickelten sich ähnlich. Im regulierten Segment wurden weniger Wohnungen angeboten, während die Mietannoncen im unregulierten Segment Berlins zulegten.

Es hat sich gezeigt, dass der Mietendeckel, wie beabsichtigt, im regulierten Segment die Mieten senkt, aber auch das Angebot an Mietwohnungen verringert. Das dürfte vor allem daran liegen, dass Mieter*innen in Folge der sinkenden Mieten länger in ihren Wohnungen bleiben und freierwerdende Mietwohnungen als Eigentumswohnungen verkauft oder von Eigentümer*innen selbst genutzt werden.

Mietpreistrends in Berlin im Vergleich zu anderen Städten

Seit dem Inkrafttreten des Mietendeckels 2020 ist der Anstieg der Mieten für die betroffenen Wohnungen um fast 60 Prozentpunkte geringer ausgefallen als in anderen deutschen Großstädten. Im unregulierten Bereich fallen die Mieterhöhungen in Berlin seit 2020 deutlich höher aus als in anderen deutschen Großstädten.



Die Grafik zeigt die Unterschiede in den Wachstumsraten der Mieten (pro Quadratmeter) zwischen Berlin und den 13 nächstgrößeren Städten Deutschlands. Quelle: Daten von immowelt.de; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut



»Der Berliner Mietendeckel scheint zu wirken: Die Mieten für betroffene Wohnungen steigen langsamer als in anderen deutschen Großstädten. Allerdings verknappert er das Angebot an Mietwohnungen im regulierten Bereich.«

Dr. Florian Neumeier Leiter der Forschungsgruppe Steuer- und Finanzpolitik



Niederlassung Dresden



Wie vollzieht sich der wirtschaftliche Wandel in Ostdeutschland – und wie entwickelt sich die Wirtschaft in Sachsen? Die Forschung der ifo Niederlassung Dresden nimmt die neuen Bundesländer in den Fokus.

Ziel der Gründung der Niederlassung Dresden im Jahr 1993 war es, eine wirtschaftswissenschaftliche Forschungseinrichtung in Sachsen zu etablieren, die spezifische Aspekte der Wirtschaftsentwicklung im Freistaat und Ostdeutschland untersucht und politischen Entscheider*innen wissenschaftlich fundierte Handlungsempfehlungen gibt. Wie das Stammhaus ist auch ifo Dresden Begegnungsstätte für Wissenschaftler*innen, Politiker*innen und Unternehmer*innen.

KONJUNKTUR UND WACHSTUM

Die Niederlassung beobachtet und prognostiziert die konjunkturelle Entwicklung in Sachsen und in den neuen Bundesländern. Die Mitarbeiter*innen erstellen monatliche Auswertungen der ifo Konjunkturumfragen sowie halbjährliche Konjunkturprognosen für Sachsen und die neuen Bundesländer. Zusätzlich forscht die Niederlassung zu den Wirkungen der Konjunktur- und Wachstumspolitik.

FINANZ- UND FÖRDERPOLITIK

Im Mittelpunkt des Forschungsfelds stehen einnahmen- und ausgabenpolitische Entscheidungen der Länder bzw. der Kommunen in Ostdeutschland. Zudem werden förderpolitische Maßnahmen bewertet und Vorschläge für deren Weiterentwicklung gemacht. Auch zu politökonomischen Fragen forscht die Niederlassung Dresden, zum Beispiel mit Blick auf die Einflussfaktoren von Wahlentscheidungen und politischen Prozessen.

REGIONALER UND SEKTORALER STRUKTURWANDEL

Der Arbeitsbereich untersucht Veränderungsprozesse sowohl auf regionaler als auch auf sektoraler Ebene. Dabei wird nicht mehr nur nach Ost- und Westdeutschland unterschieden, sondern zunehmend nach funktionalen Räumen, also zum Beispiel nach urbanen und ländlichen Regionen. Ziel ist es, die Ursachen der regionalen Ungleichheit zu identifizieren und mögliche Handlungsoptionen zur Angleichung

der Lebensverhältnisse aufzuzeigen. Wichtig ist dabei die Analyse des Konvergenzprozesses von strukturschwächeren zu strukturstärkeren Regionen.

DEMOGRAFIE

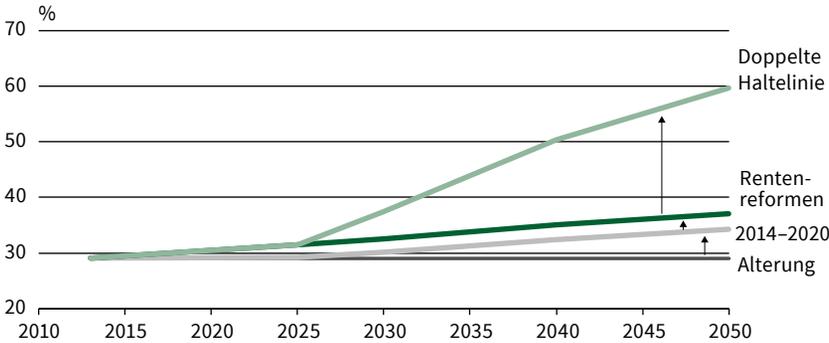
Die Auswirkungen von Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung werden in nahezu allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen spürbar und stellen die Wirtschaftspolitik vor große Herausforderungen. Der Arbeitsbereich beschreibt die Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung und untersucht die Implikationen der demografischen Entwicklung insbesondere für die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. Darüber hinaus werden auch Konsequenzen für die Sozialversicherungssysteme untersucht. ▶



www.ifo.de/ifo-dresden

Rentenausgaben im Bundeshaushalt

Schon jetzt betragen die Überweisungen an die Rentenkassen rund 30% des Bundeshaushalts. Bereits ohne doppelte Haltelinie dürfte dieser Anteil auf knapp unter 40% im Jahr 2050 steigen. Mit doppelter Haltelinie würden sie im Jahr 2050 ohne weitere Veränderungen sogar auf 60% des Bundeshaushalts anwachsen.



Quelle: J. Ragnitz, F. Rösel, M. Thum und M. Werding, *Rentenpolitik im Schatten der Babyboomer*, Friedrich-Naumann-Stiftung, Potsdam 2021.

© ifo Institut



3 FRAGEN AN

Prof. Dr.
Marcel Thum



?

Bald geht die Generation der Babyboomer in den Ruhestand. Was bedeutet das für unser Rentensystem?

!

Wir haben die Ausgabenentwicklung bei der Gesetzlichen Rentenversicherung geschätzt. Wenn das Rentenniveau nicht unter 48% des Lohnniveaus sinken soll, muss der Beitragssatz auf 25% im Jahr 2050 steigen. Anderenfalls müssten die Mehrausgaben über Steuern finanziert werden, und 60% des Bundeshaushalts wären für die Rente verplant.

Welche Ursachen haben die Finanzierungslücken?

Erstens die seit Ende der 1960er Jahre gesunkene Geburtenrate, zweitens die stetig steigende Lebenserwartung. Dazu kommen die Zusatzlasten der Rentenpakete seit 2014, etwa die Mütterrente, die Rente mit 63 oder die Grundrente. Diese Reformen haben die Anstrengungen zur Stabilisierung der Rentenkasse teilweise zunichtegemacht.

Wie wird unser Rentensystem nachhaltig?

Wir werden nicht um eine Verlängerung der Regelaltersgrenze herumkommen. Sie sollte an die Lebenserwartung oder die Lebensjahre in guter Gesundheit gekoppelt und sozial flankiert werden, um Personen mit schlechterem Gesundheitsstatus oder physisch besonders beanspruchenden Berufen einen fairen Anteil an den Rentenleistungen zu sichern.

Prof. Dr. Marcel Thum, Leiter der ifo Niederlassung Dresden und sein Stellvertreter, Prof. Dr. Joachim Ragnitz

im UZS mit:
Carola Boede,
Stefanie Knoll,
Jannik A. Nauerth
und Ulrike Mandalka

GREEN FINANCE

Grüne Finanzanlagen nutzen wenig

Zunehmend mehr Menschen investieren in nachhaltige Finanzprodukte. Eine Analyse der Niederlassung Dresden, des Leibniz-Instituts für Finanzmarktforschung SAFE und der ESMT Berlin zeigt, dass davon weniger Einfluss auf nachhaltige Investitionen von Unternehmen und Staat ausgeht als gewünscht. Viele Banken und Fondsgesellschaften werben mit grünen Anleihen, Aktien und Portfolios. Doch führt der alleinige Kauf grüner Titel nicht dazu, dass die dazugehörigen Konzerne umweltverträglicher wirtschaften. Auch die gesamt-

wirtschaftliche Produktion verändert sich dadurch nicht. Denn was die Unternehmen mit dem Geld aus verkauften Anleihen machen, ist nicht festgelegt. So können Firmen, die nachhaltige Anleihen ausgeben, durchaus auch in klimaschädliche Bereiche investieren. Ähnlich verhält es sich bei grünen Staatsanleihen. Diese kann der Bund in genau der Höhe emittieren, in der vorher grüne Ausgaben im Bundeshaushalt identifiziert werden konnten. Somit werden aber lediglich konventionelle durch grüne Anleihen ersetzt. Durch die Ausgabe grüner Anleihen stehen dem Bundeshaushalt keine zusätzlichen Mittel zur nachhaltigen Transformation zur Verfügung.

Der Schwerpunkt der Nachhaltigkeitsbemühungen sollte deswegen auf einem politischen Regulierungsrahmen liegen, statt auf privatem Engagement einzelner Finanzinvestoren. Über den Zertifikatehandel lassen sich Emissionen deutlich besser verringern.



»Es gibt in Unternehmen und im Staatshaushalt praktisch keine ursächliche Verknüpfung zwischen grünen Finanzierungsinstrumenten und einer Verwendung der Gelder für grüne Zwecke.«

Prof. Dr. Marcel Thum | Leiter der ifo Niederlassung Dresden

KOMMUNALSTEUERN

Wo Bürger niedrigere Steuern wollen als Parlamente

Gibt es höhere oder niedrigere Steuern, wenn Bürger*innen anstelle von Parlamenten direkt entscheiden? Stephan Geschwind von der Universität Passau und Felix Rösel, Professor an der Technischen Universität Braunschweig und früherer Postdoc an der ifo Niederlassung Dresden, zeigen in einer Studie, dass es auf die jeweilige Steuerart ankommt. Die Grundsteuer, die alle zahlen müssen, dürfte eher sinken. Für Unternehmen würde sich dagegen wenig ändern – die Hebesätze der Gewerbesteuer blieben fast unverändert.

Für ihre Untersuchung knüpfen die Wissenschaftler an die Tatsache an, dass Gemeinden in Deutschland eigene Steuerpolitik betreiben: Sie legen die Hebesätze für die landwirtschaftliche Grundsteuer A, die allgemeine Grundsteuer B sowie die Gewerbesteuer fest. Und sie nutzen eine Aus-

nahmeregelung des Grundgesetzes, die direkte Demokratie auf kommunaler Ebene in Deutschland erlaubt. 30 von knapp 11 000 Gemeinden in Deutschland wählen keine Gemeinderäte, sondern haben eine Gemeindeversammlung aller Wahlberechtigten als Kommunalvertretung. Die Auswertung eines großen Paneldatensatzes, der Steuersätze in Gemeinden über mehr als 40 Jahre hinweg dokumentiert, zeigt, dass Grundsteuersätze in kleinen Gemeinden sinken, in denen keine Gemeinderäte gewählt werden, sondern Gemeindeversammlungen entscheiden. Bei der Gewerbesteuer ist dagegen kein Unterschied sichtbar. Bürger*innen stimmen anders ab als Parlamente. Direkte Demokratie kann also durchaus einen Einfluss auf die Steuergesetzgebung haben.



www.ifo.de/jb21/direct

Um

10–15%

würden die Grundsteuersätze, die für alle Einwohner*innen gelten, in der direkten Demokratie sinken.



STRUKTURWANDEL IN OSTDEUTSCHLAND

Nachhaltige Entwicklung der Braunkohleregionen

Bis spätestens 2038 sollen der Abbau und die Verstromung von Braunkohle in Deutschland beendet werden, um so einen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten. Denkbar ist sogar ein früherer Ausstieg, etwa aufgrund politischer Festlegungen der Bundesregierung. Denn SPD, Grüne und FDP vereinbarten in ihrem Koalitionsvertrag, dass der Kohleausstieg idealerweise auf 2030 vorgezogen wird. Auch schwindende preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Braunkohle könnte zu einem früheren Ausstieg führen. Je eher die Kohleverstromung endet, desto mehr Anpassungen sind nötig in den drei noch verbliebenen deutschen Kohlerevieren (Rheinisches Revier in Nordrhein-Westfalen, Mitteldeutsches Revier in Sachsen-Anhalt und Sachsen sowie Lausitzer Revier in Brandenburg und Sachsen). Zur Flankierung des Strukturwandels wurden bis zu 40 Mrd. Euro zugesagt. Eine Studie von Joachim Ragnitz, Stellvertretender Leiter der ifo Niederlassung Dresden, wertete die bislang ausgewählten Vorhaben in den beiden ostdeutschen Kohlerevieren aus.

Die Haupteckdaten: Die Mittel werden nicht immer so eingesetzt, dass eine möglichst hohe Strukturwirksamkeit erreicht wird. So ist die Abgrenzung der »Kohleregionen«, die in den Genuss der Fördermittel kommen werden, sehr breit gefasst. Es wurden Landkreise einbezogen, in denen seit Jahrzehnten keine Kohle mehr abgebaut wird, und die so weit von den Standorten der Tagebaue entfernt sind, dass die direkten Folgen eines Kohleausstiegs hier kaum mehr spürbar sein dürften. Selbst Leipzig und Halle sowie deren Umland werden bedacht, obwohl diese mit die günstigsten Zukunftsperspektiven in ganz Ostdeutschland aufweisen.

Besonders kritisch zu sehen ist auch die bisherige Auswahl von Förderprojekten in den beteiligten Ländern. Ein erheblicher Teil fällt auf den Bereich »Öffentliche Fürsorge«. Dazu gehören Gelder für den Bau oder die Sanierung von Kindergärten und Kulturhäusern sowie für Museen, Radwege und Tierparks. Zwar ermöglicht das »Investitionsgesetz Kohleregionen« (InvKG) auch die Finanzierung von Investitionen in Bereichen wie Kinder- und Jugendbetreuung oder Gesundheit und Kultureinrichtungen sowie die städtebauliche Erneuerung. Diese Maßnahmen verbessern sicherlich die Lebensbedingungen vor Ort. Sie werden aber nur einen geringen Beitrag zu einer erfolgreichen Strukturentwicklung leisten.

Es besteht das Risiko, dass der Umbau der Kohleregionen bis 2038 nicht gelingt, mit negativen Folgen für die wirtschaftliche und die gesellschaftspolitische Entwicklung.

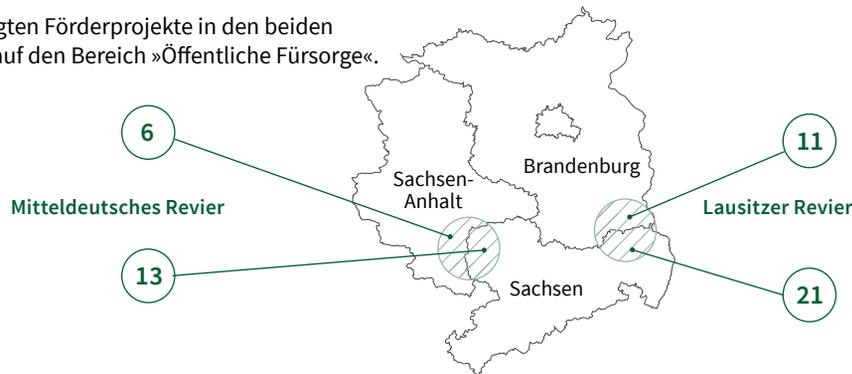


»Es ist ein Konstruktionsfehler der Strukturförderung, dass eine Verwendung von Mitteln für konsumnahe Investitionen zulässig ist. Die Bundesregierung sollte die Regelungen überdenken und verschärfen.«

Prof. Dr. Joachim Ragnitz Stellvertretender Leiter der ifo Niederlassung Dresden

Anzahl der Strukturförderprogramme für »Öffentliche Fürsorge«

Ein Drittel der 152 bisher genehmigten Förderprojekte in den beiden ostdeutschen Regionen entfallen auf den Bereich »Öffentliche Fürsorge«.



Anmerkung: Eigene Zuordnung nach § 4 Abs. 1 InvKG (Investitionsgesetz Kohleregionen).
Quelle: Darstellung des ifo Instituts nach Informationen der Landesregierungen/Staatskanzleien.

CESifo-Netzwerk

KERNTÄTIGKEITEN

Wissenschaftliche Veranstaltungen

Gästeprogramm

Publikationen

Politikdebatte

Konferenzen, Seminare und Workshops für fast 1 800 Mitglieder aus 44 Ländern: CESifo ist eines der weltweit größten Netzwerke für Wirtschaftswissenschaftler*innen.

CESifo ist ein globales, unabhängiges Forschungsnetzwerk, das vom ifo Institut und der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München getragen wird. Institutionell gefördert wird es durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie. Das Netzwerk verbindet Wissenschaftler*innen mit gemeinsamen Forschungsinteressen. Veranstaltungen und Publikationen fördern Kooperationen zwischen Mitgliedern und Wirtschaftswissenschaftler*innen in München. Mitglieder sind vornehmlich Ökonom*innen, die die volkswirtschaftliche Fakultät der LMU München oder das ifo Institut als Gastforscher*innen besucht haben. 1999 gegründet, ist CESifo heute eines der größten Netzwerke für Wirtschaftsforschung.

WISSENSCHAFTLICHE VERANSTALTUNGEN

Regelmäßige Konferenzen der acht Areas versammeln die besten Wissenschaftler*innen ihres Gebiets zur Diskussion der aktuellen Wirtschaftsforschung. Forscher*innen aus Nordamerika und den europäischen Ländern bringen unterschiedliche Perspektiven in die Debatte ein. Weitere Veranstaltungen sind das CESifo Summer Institute in Venedig, das Norwegian German Seminar und die CESifo-Delphi Conference.

GÄSTEPROGRAMM

Über das Gästeprogramm kommen Forscher*innen aus aller Welt, auch Nachwuchswissenschaftler*innen, zum Austausch nach München. 2021 waren persönliche Treffen immer noch stark eingeschränkt. Deswegen organisierte CESifo hochwertige virtuelle und hybride Treffen. Aus gemeinsamen Ideen entstehen häufig gemeinsame Projekte. So gelingt es, exzellente Wissenschaftler*innen von den besten Universitäten der Welt an den Wissenschaftsstandort München zu binden. Aus Gegenbesuchen entstehen für Nachwuchswissenschaftler*innen wichtige Kontakte.

PUBLIKATIONEN

In seiner CESifo Working Paper Series publiziert das Netzwerk seine Forschungsergebnisse. Das CESifo Forum erscheint 6-mal im Jahr zu politisch relevanten Themen. Schwerpunkte waren 2021 unter anderem Klimapolitik, die Folgen der Pandemie, Green Finance und die WTO-Reform.

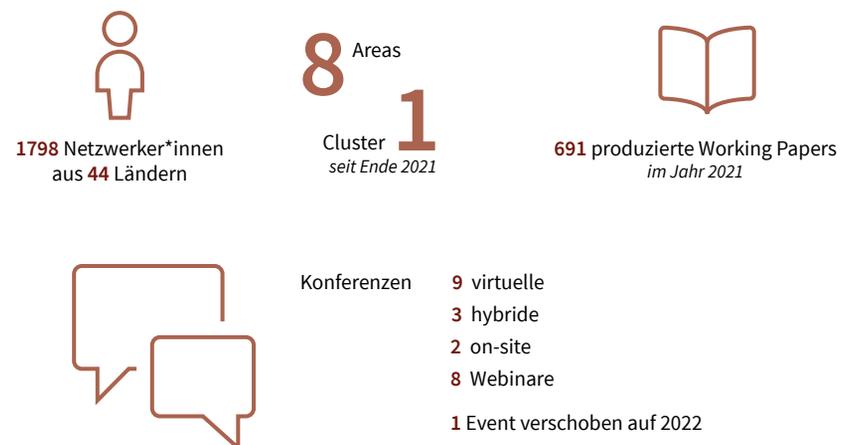
POLITIKDEBATTE

Gemeinsam mit ifo und der Süddeutschen Zeitung veranstaltete CESifo zum dritten Mal die Reihe »Munich Economic Debates«. Das übergeordnete Thema der Serie 2021 lautete »Wirtschaftspolitische Herausforderungen in der Post-Merkel-Ära«. Aktivitäten des CESifo-Netzwerks, die sich an Entscheider*innen aus der Politik richten, werden künftig unter der Marke EconPol gebündelt. Da die Finanzierung des EconPol-Netzwerks 2021 ausläuft, wird es ab 2022 CESifo zugeschlagen. ▶



www.cesifo.org

CESifo 2021 in Zahlen



© ifo Institut



3 FRAGEN AN

Prof. Dr. Dr. h.c.
Clemens Fuest



Das CESifo-Netzwerk hat seit diesem Jahr einen Cluster zur Forschung mit Firmendaten. Warum?



Unternehmensdaten bieten die Chance, ökonomische Forschungsfragen neu, besser zu beantworten. Diese Daten stehen schneller zur Verfügung. Zudem lassen sich Unterschiede besser herausarbeiten, weil die Daten oft feiner gegliedert sind als beispielsweise jene der amtlichen Statistik.

Welche besonderen Herausforderungen ergeben sich, wenn Wissenschaftler*innen mit Firmen kooperieren?

Die Wissenschaft muss neue Kompetenzen aufbauen. Eine besondere Rolle spielt der Datenschutz. Außerdem müssen neue Methoden angewendet werden, weil es oft um sehr große und unstrukturierte Datenmengen geht. Firmen haben zudem Interessen, die nicht immer deckungsgleich mit denen der Forschung sind. Wenn wir das von Anfang an adressieren, finden wir für beide Seiten gute Lösungen.

Wie fügen sich diese Aktivitäten in das Kompetenzportfolio von ifo und CESifo ein?

Das ifo befragt regelmäßig Unternehmen, hat viele Kontakte und ist kompetent darin, Daten zu sammeln, zu verarbeiten und bereitzustellen. CESifo steht für Vernetzung in der globalen Wissenschaft. Der Forschungscluster verbindet die beiden Dinge sinnvoll miteinander.

Prof. Dr. Dr. h.c.
Clemens Fuest,
Präsident des
ifo Instituts und von
CESifo

im UZS mit:
Katja Gramann und
Karin Fournier

CESIFO-CLUSTER

Unsere neue Cluster-Leitung

Im neuen CESifo-Cluster »Economic Research with Firm Data« unter der Leitung von Theresa Kuchler und Johannes Stroebel sollen Forscher*innen, die mit Big Data arbeiten, sich miteinander vernetzen und Best Practices für die Forschung und die Zusammenarbeit mit Unternehmen austauschen.

Theresa Kuchler ist außerordentliche Professorin für Finanzen an der Stern School of Business der New York University. Sie hat an der Stanford University in Wirtschaftswissenschaften promoviert. Ihr Forschungsinteresse gilt der Frage, wie Verbraucher und Unternehmen Entscheidungen in finanziellen und verwandten Angelegenheiten treffen, wobei sie Erkenntnisse aus der Verhaltensökonomie einbezieht. Sie verfügt über umfangreiche Erfahrung in der Verwendung von Unternehmensdaten in der Wirtschaftsforschung, einschließlich sozialer Netzwerke, Online-Marktplätze und Kreditkartendaten.



Theresa Kuchler,
New York University,
und
Johannes Stroebel,
New York University

Johannes Stroebel ist David S. Loeb Professor für Finanzen und Boxer Faculty Fellow an der Stern School of Business der New York University. Er promovierte an der Stanford University in Wirtschaftswissenschaften. Johannes Stroebel forscht in den Bereichen Klimafinanzierung, Haushaltsfinanzen, Analyse sozialer Netzwerke, Makroökonomie und Immobilienökonomie, wobei er häufig Unternehmensdaten wie soziale Netzwerke, Kreditkarten oder Investorendaten verwendet. Er ist Mitherausgeber des *Journal of Political Economy*, der *Review of Economic Studies*, *Econometrica* und des *Journal of Finance*. Er hat zahlreiche Auszeichnungen erhalten, darunter den AQR Asset Management Institute Young Researcher Prize.



»Das Young Ambassador Program hat meinen Auslandsaufenthalt an der University of Cambridge unterstützt. Ich wurde sehr schnell in die Forschungsgruppe integriert und habe wertvolle Kontakte mit anderen Doktorand*innen und renommierten Wissenschaftler*innen geknüpft.«

Jean-Victor Alipour Teilnehmer am Young Ambassador Program

CESIFO YOUNG AMBASSADORS

Karrierebooster für junge Wissenschaftler*innen

Die ersten drei Wissenschaftler haben 2021 das sechswöchige Young Ambassador Program bei CESifo durchlaufen. Sie waren an der University of Cambridge, Großbritannien, und an der Université Paris-Saclay. Ziel des neuen Programms ist es, die internationale Mobilität von ifo-Doktorand*innen und Postdocs zu fördern und

damit einen Grundstein für eine spätere Karriere in Wissenschaft, Wirtschaft oder Politik zu legen. Gleichzeitig sind die Teilnehmer*innen auch Botschafter*innen des CESifo-Netzwerks an der jeweiligen Gastinstitution. So tragen sie zur Sichtbarkeit und weiteren Vernetzung bei. Sie verpflichten sich, das Netzwerk während ihres Aufenthalts aktiv bekannter zu machen – etwa mit einer Präsentation bei Interessent*innen vor Ort. Außerdem werden sie gebeten, einen Überblick über den Nachwuchs der Gastinstitution zu geben. Sie empfehlen dabei auch, welche der Nachwuchswissenschaftler*innen frühzeitig als Gastforscher*innen an CESifo gebunden werden sollten.

EEAG REPORT 2021

Wie die EU die Folgen der Coronakrise bekämpfen kann

Der EEAG Report beschäftigte sich mit der Bewältigung der Krisenfolgen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Das Programm Next Generation EU (NGEU) sieht eine gemeinsame Lastenteilung vor und zielt darauf ab, den sozialen Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union zu stärken. Die neuen Ressourcen müssen gut investiert werden, um das Versagen des Marktes zu überwinden. Der diesjährige Bericht zeigt, wie sich die Krise auf die bestehenden Strukturen in verschiedenen

Mitgliedstaaten der EU auswirkt. Er untersucht insbesondere, wie sich die krisenbedingte Erosion des Kapitals verhindern lässt. Welche Bedeutung haben zum Beispiel Investitionen in öffentliches und soziales Kapital für künftigen Wohlstand und Integration? Die Autoren betonen, dass das Konjunkturprogramm und die Emission gemeinsamer Schuldtitel ein dringend benötigtes Zeichen für den Zusammenhalt und die Solidarität in der EU sind. Langfristig können sie das Sozialkapital stärken, während sie kurzfristig den Binnenmarkt und die Lieferketten aufrechterhalten. Beide sind für die Rettung von Menschenleben von entscheidender Bedeutung. Die Pandemie hat aufgedeckt, wo Institutionen nicht krisenfest sind. Dazu gehört zum Beispiel die Kinderbetreuung und das Schulsystem. Der Report gibt deswegen Empfehlungen für künftige Investitionen in Kinderbetreuung und Bildung. Er geht aber auch darauf ein, wie die Politik den Klimawandel, Unternehmen und die Wirtschaft insgesamt stärken kann.



www.ifo.de/en/jb21/EEAG

CESIFO WIRD ZUM TV-STUDIO

Hybride Konferenzen

Weil die persönlichen Kontakte in der wissenschaftlichen Community so wichtig sind, bot CESifo im September und Oktober seine Konferenzen hybrid an (Area Conferences Education und Behavioral Economics sowie Norwegian German Seminar). Dabei musste das Team praktisch zwei Veranstaltungen in einer organisieren: den

virtuellen und den physischen Part. Um mehr zu bieten als schlecht ausgeleuchtete Zoom-Beiträge, investierten wir in personelle und technische Ressourcen sowie in Kamera, Ton- und Bildtechnik. Zudem entwickelten wir ein Hygienekonzept, das weit über den Mindeststandard der damals geltenden Hygienemaßnahmen hinausging. Eine Ärztin führte an der hauseigenen Teststation vor den Konferenzräumen Schnelltests durch. Gäste wurden registriert und das Catering den Hygieneanforderungen angepasst. Diese Maßnahmen ermöglichten vielen Menschen das erste Mal seit Pandemiebeginn, eine Veranstaltung zu besuchen.



CESifo Area
Conference on the
Economics of
Education

3.–4. September 2021

KONJUNKTURUMFRAGEN

Die ifo Konjunkturumfragen



12 x im Jahr befragt das ifo Institut Unternehmen in Deutschland.



Monatlich werden damit ca. **9 000 Meldungen** ausgewertet.



Die **erfassten Wirtschaftssektoren** sind: Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Handel, Dienstleistungssektor.



Für ca. **600 Branchen** werden detaillierte Informationen aufbereitet.



Mehr als **50 Länder** setzen die Umfragemethoden des ifo Instituts ein und unterstreichen damit die anerkannte Stellung des ifo Instituts auf dem Gebiet der Unternehmensbefragungen.

Aktuell und umfassend

Seit 1949 befragt das ifo Institut in seinen monatlichen Konjunkturumfragen Unternehmen aus ganz Deutschland zu ihrer aktuellen konjunkturellen Situation sowie zu Plänen und Erwartungen für die folgenden drei bis sechs Monate. Regelmäßige Sonderfragen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen werden ergänzt. Die Auswertungen der Befragungsergebnisse liefern Informationen über Sachverhalte, die von der amtlichen Statistik nicht erfasst werden. Sie erlauben eine zeitnahe Einschätzung der konjunkturellen Situation und signalisieren insbesondere die Wendepunkte im Konjunkturverlauf. Aus den Befragungsergebnissen zur aktuellen Geschäftslagebeurteilung und den Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate wird das ifo Geschäftsklima Deutschland berechnet. Es gilt als wichtigster Frühindikator für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Einen Überblick über die Befragungen des Instituts sowie die resultierenden Konjunkturindikatoren und deren Verwendung für die Prognose volkswirtschaftlicher Kennzahlen gibt das ifo Handbuch der Konjunkturumfragen. ◆



www.ifo.de/ifo-geschaeftsklimaindex



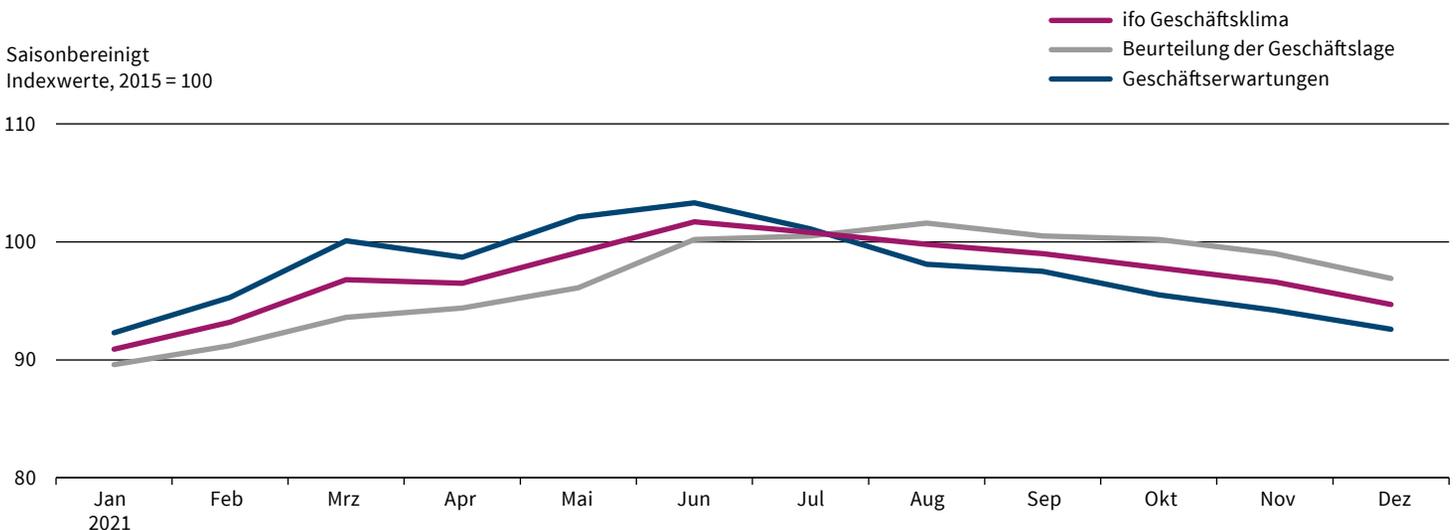
www.ifo.de/umfrage-ergebnisse



www.ifo.de/jb21/handbuch-konjunkturumfragen

ifo Geschäftsklima Deutschland¹, Deutschlands führender konjunktureller Frühindikator

Saisonbereinigt
Indexwerte, 2015 = 100



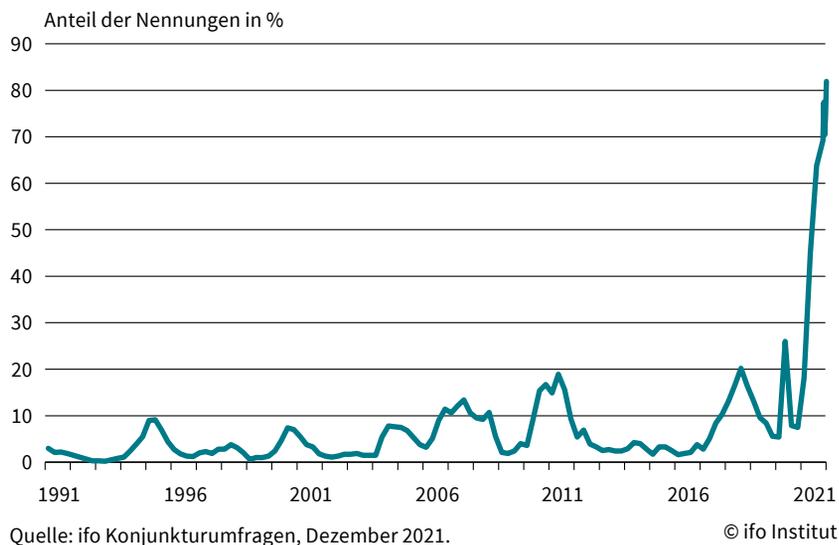
¹ Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Dezember 2021.

Materialmangel steigt auf Rekordniveau

Die Ergebnisse der ifo Konjunkturumfragen zeigen, dass 2021 ein Rekordniveau an Lieferengpässen und Materialmangel erreicht wurde. Dabei spielten zwei Aspekte eine zentrale Rolle: Zum einen gab es eine physische Knappheit bei bestimmten Gütern (wie etwa Chips und Halbleiter) und zum anderen stiegen die Einkaufspreise für Vorprodukte und Rohstoffe deutlich an. Der Materialmangel traf die Industrie in einer Phase hoher Auftragsbestände. Unternehmen reagierten vor allem mit drei Maßnahmen: (1) Anpassung der Produktion; (2) Bedienung der Nachfrage aus den Fertigwarenlagerbeständen sowie (3) Preiserhöhungen für die eigenen Produkte. Dieser Mix deutet darauf hin, dass Unternehmen versuchten, die Flaschenhals-Rezession mit den Lagerbeständen zumindest teilweise zu überbrücken – zum einen in der Hoffnung, dass die Materialpreise wieder sinken und zum anderen in der Erwartung, dass die bestellten Vorprodukte auch tatsächlich geliefert werden. ♦

ifo-Umfrage zur Knappheit von Vorprodukten

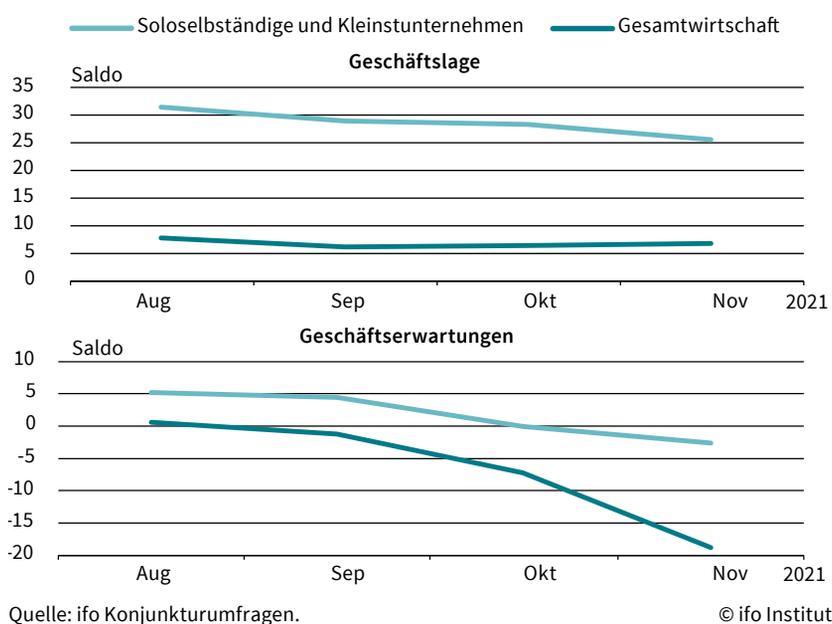
Angaben der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes seit der deutschen Wiedervereinigung



»Soloselbständige und Kleinunternehmen sind ein wichtiger Bestandteil der Unternehmenskultur in Deutschland und können Keimzelle für Innovationen sein.«

Dr. Klaus Wohlrabe Leiter Befragungen am ifo Institut

Vergleich von Lage und Erwartungen



Geschäftsklima für Selbständige und Kleinunternehmen

Seit August 2021 berechnet das ifo Institut Konjunkturindikatoren für Soloselbständige und Kleinunternehmen auf Basis seiner Unternehmensbefragungen. Dazu wurden intensive Anstrengungen zur Ausweitung des Teilnehmerpanels in diesem Segment unternommen. Die Ergebnisse der ersten Monate zeigen, dass Soloselbständige und Kleinunternehmen mit ihrer derzeitigen Situation deutlich weniger zufrieden sind als die Gesamtheit aller Unternehmen. Bei den Erwartungen für die kommenden Monate macht sich zudem eine spürbare Skepsis breit. Im Dezember lag das Geschäftsklima für die Soloselbständigen und Kleinunternehmen daher im Gegensatz zur Gesamtwirtschaft im negativen Bereich. Insgesamt deuten die Ergebnisse zahlreicher Umfragen darauf hin, dass kleinere Unternehmen am stärksten von der Coronakrise in Mitleidenschaft gezogen wurden. ♦

KONJUNKTURPROGNOSEN

Relevant seit der ersten Stunde

Das ifo Institut begleitet seit seiner Gründung im Jahr 1949 das aktuelle Wirtschaftsgeschehen mit regelmäßigen Konjunkturprognosen. Sie entstehen im Zusammenspiel von Expertenwissen und Konjunkturmodellen. Mit den Modellen werden statistische Zusammenhänge aus der Vergangenheit – etwa zwischen Konjunkturindikatoren

und Wirtschaftswachstum – geschätzt und in die Zukunft fortgeschrieben. Da Konjunkturprognostiker mehrere Modelle für eine Vielzahl gesamtwirtschaftlicher Kenngrößen verwenden, müssen sie die Ergebnisse mit ihrem Expertenwissen zusammenführen und zu einer inhaltlich und rechnerisch konsistenten Prognose verdichten. Die Konjunkturprognosen sind für die Politik relevant, da sie Grundlage vieler politischer Entscheidungen, so unter anderem der Haushaltspläne, sind. Aber auch Unternehmen nutzen Konjunkturprognosen als Basis für ihre Produktionsplanungen und Investitionsentscheidungen. ◆



www.ifo.de/ifo-konjunkturprognose

Wirtschaftsperspektiven aufzeigen

Im Mittelpunkt der Konjunkturprognosen des ifo Instituts steht die Vorhersage der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren. Wegen der intensiven Verflechtung der deutschen Volkswirtschaft mit der Weltwirtschaft und insbesondere der europäischen Wirtschaft wird auch die konjunkturelle Entwicklung in wichtigen Absatzmärkten prognostiziert. Basis der Vorausschätzungen sind fundierte Analysen der gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen Lage. Für die Prognosen verwendet das ifo Institut eine Vielzahl moderner Methoden und berücksichtigt vor allem die Ergebnisse der ifo Konjunkturumfragen. ◆

GESAMMELTES METHODEN-KNOW-HOW

Einen Überblick über die Prognosemethodik und die besonderen Charakteristika der Konjunkturanalysen und -prognosen des ifo Instituts geben folgende ifo-Veröffentlichungen:

- ifo Konjunkturumfragen und Konjunkturanalyse: Ausgewählte methodische Aufsätze aus dem ifo Schnelldienst, ifo Forschungsbericht Bd. 33, 2007
- ifo Konjunkturumfragen und Konjunkturanalyse, Band II, ifo Forschungsbericht Bd. 72, 2016
- ifo Handbuch der Konjunkturumfragen, ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung Bd. 88, 2020



www.ifo.de/jb21/umfragen1

www.ifo.de/jb21/umfragen2

www.ifo.de/jb21/umfragen2020

Konjunkturberichterstattung

Im Mittelpunkt der Konjunkturberichterstattung des ifo Instituts steht die vierteljährliche ifo Konjunkturprognose. Im Sommer und im Winter wird eine ausführliche Analyse und Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und der Welt veröffentlicht. Darauf aufbauend erstellt die ifo Niederlassung Dresden eine Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen. Im Frühjahr und Herbst werden zur Vorbereitung der Gemeinschaftsdiagnose Konjunkturprognosen in Form einer Kurzanalyse veröffentlicht. ◆

WEITERE PROGNOSEN DES IFO INSTITUTS

Gemeinschaftsdiagnose

Zweimal im Jahr, jeweils im Frühjahr und im Herbst, erstellt das ifo Institut zusammen mit anderen Wirtschaftsforschungsinstituten die sogenannte Gemeinschaftsdiagnose. Dabei handelt es sich um ein gemeinsames Forschungsprojekt, im Rahmen dessen die wirtschaftliche Lage in Deutschland und der Welt analysiert und prognostiziert wird. Die Ergebnisse der Gemeinschaftsdiagnose liefern eine Orientierung für die Projektionen der Bundesregierung.

ifoCAST

Zweimal im Monat erstellt ifoCAST Schätzungen und Prognosen des deutschen Bruttoinlandsprodukts für das laufende und das kommende Quartal mit Hilfe eines statistischen Modells. Dabei werden zahlreiche Konjunkturindikatoren berücksichtigt und deren Einfluss auf die Veränderung der Prognose gezeigt. Auf diese Weise verknüpft das ifo Institut die monatlich erscheinenden Ergebnisse der ifo Konjunkturumfragen mit einer regelmäßig aktualisierten Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung.

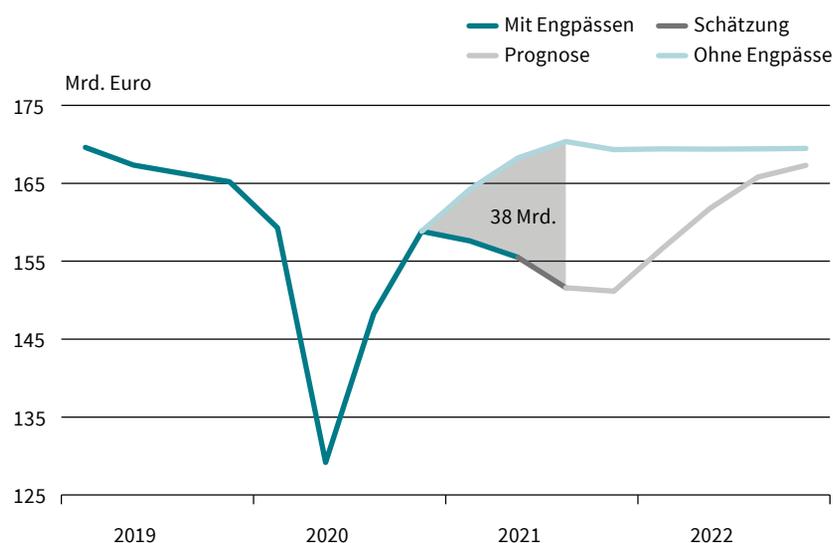
Lieferengpässe dämpfen konjunkturelle Erholung

Im Jahr 2021 erholte sich die deutsche Wirtschaft zunehmend von der Coronakrise. Im Sommerhalbjahr legte die Wirtschaftsleistung kräftig zu und konnte damit einen Großteil des Konjunkturerinbruchs zu Jahresbeginn wettmachen. Allerdings war die Konjunktur gespalten. Im Verarbeitenden Gewerbe schrumpfte die Wertschöpfung seit Jahresbeginn. Obwohl die Auftragseingänge beinahe ununterbrochen gestiegen und die Auftragsbücher so voll wie selten zuvor waren, standen Lieferengpässe bei wichtigen industriellen Vorprodukten einer Ausweitung der Produktion im Wege. Schätzungen des ifo Instituts zufolge gingen in den ersten drei Quartalen des Jahres Wertschöpfung im Umfang von etwa 40 Mrd. Euro verloren. Das entspricht etwas mehr als 1% der gesamten Wirtschaftsleistung eines Jahres in Deutschland. ◆



www.ifo.de/jb21/lieferengpaesse

Bruttowertschöpfung^a im Verarbeitenden Gewerbe



^aPreis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Inflation spürbar gestiegen

Die Inflationsrate in Deutschland lag Ende 2021 mit mehr als 5% so hoch wie seit Anfang der 1990er Jahre nicht mehr. Zum einen waren die Preise im Vorjahr, das als Basis für Berechnung der Inflationsrate herangezogen wird, außergewöhnlich niedrig. Dazu haben vor allem die temporäre Mehrwertsteuersenkung in der zweiten Jahreshälfte 2020 und der Absturz der Energiepreise während der Coronakrise beigetragen. Zum anderen kam es aber auch im Verlauf des Jahres 2021 zu einem beschleunigten Anstieg der Verbraucherpreise. So wurden in den Sommer-

monaten Nahrungsmittel und einige Dienstleistungen, beispielsweise in der Gastronomie, überdurchschnittlich viel teurer. Vor allem aber stiegen die Preise von Energieträgern seit Jahresbeginn deutlich.

Der weitere Inflationsausblick ist mit hohen Risiken verbunden. Am Ende hängt beim mittelfristigen Inflationsausblick vieles von der Entwicklung der Lohnkosten ab. Die bislang eher verhaltenen Tariflohnabschlüsse sprechen noch nicht für den Beginn einer Lohn-Preis-Spirale. ◆



www.ifo.de/jb21/inflation



»Über die Ursachen der hohen Inflationsraten 2021 besteht weitgehend Einigkeit: Die Preise waren im Vorjahr, das als Basis für Berechnung der Inflationsrate herangezogen wird, außergewöhnlich niedrig. Zudem treiben die Energie- und Rohstoffmärkte derzeit die Preise in die Höhe«

Prof. Dr. Timo Wollmershäuser Leiter der Konjunkturforschung und -prognosen

Das ifo Institut als Arbeitsort neu erfinden



Das zweite Jahr der Pandemie war geprägt vom On und Off der Kontaktbeschränkungen. Dies stellte das ifo Institut vor neue Herausforderungen. Man hatte im ersten Jahr neue Erfahrungen mit digitalen Technologien gesammelt. Nun mussten die neuen Technologien und Prozesse weiter verbessert werden. Es wurde schnell klar, dass es in der Zeit nach der Pandemie nicht einfach eine Rückkehr zur alten Normalität geben würde. Manchmal änderten sich im Monatsrhythmus die Regeln für die Zusammenarbeit. Es galt, das ifo Institut fit für eine Zukunft nach Corona zu machen, ohne zu wissen, wie diese aussieht und wann sie Realität wird. Die Services und das Management waren das Rückgrat für diese neuen, anpassungsfähigen Prozesse. Wir beschäftigten uns mit vielen Fragen – etwa: Wie können wir das ifo Institut zu einem sicheren Arbeitsort machen? Wie kann flexibles und mobiles Arbeiten organisiert werden? Wie können wir Beschäftigte dafür begeistern, sich nach der Pandemie wieder am ifo Institut zu treffen, um dort zusammenzuarbeiten? Kommunikation, Informationstechnik, Personal und Recht, sowie Finanzen und zentrale Dienste gaben Antworten auf diese grundlegenden Fragen von »New Work«.



Links zu den Bereichen

www.ifo.de/bereich-it
www.ifo.de/bereich-pur
www.ifo.de/bereich-fi
www.ifo.de/bereich-kom



Die Leiter*innen der ifo-Infrastrukturbereiche bei der Besichtigung der Renovierungsarbeiten in der Bibliothek, der frisch renovierte Ludwig-Erhard-Saal sowie das Treppenhaus im Hauptgebäude

Ein gesundes Miteinander an erster Stelle

Der Gesundheitsschutz und die Sicherheit der Mitarbeiter*innen und Gäste hat für das ifo Institut weiterhin oberste Priorität. Das Impfen ist laut wissenschaftlicher Erkenntnisse die effektivste Maßnahme, den Krisenzustand der Pandemie zu beenden. Der Fortschritt der Impfkampagne war daher eines der zentralen Themen 2021. Das ifo Institut beteiligte sich aktiv an dieser gesellschaftlich und wirtschaftlich so wichtigen Initiative. Unter dem Motto »Shaping the Vaccination Rate« riefen wir über alle Kanäle zur Impfung auf. Auch wir als Organisation trugen unseren Teil bei: Im Sommer 2021 organisierte der Bereich Personal und Recht für die Mitarbeiter*innen zwei Möglichkeiten, sich im ifo impfen zu lassen, weitere Impfaktionen liefen im Dezember 2021 und Januar 2022. Ergänzend können die Mitarbeiter*innen jederzeit zur Kooperationsärztin gehen. Neben der Impfaktion bietet das ifo Institut allen Mitarbeiter*innen, die vor Ort arbeiten (müssen), zwei Selbsttests pro Woche an. Für Präsenzveranstaltungen gilt seit dem

Die Impfaktion in Zahlen

65

Personen haben am ifo Institut eine Impfung gegen das Coronavirus erhalten.

Sommer 2021 zudem die 2-G-Regel. Die Mitarbeiter*innen von Personal und Recht haben ein Testkonzept erarbeitet, damit auch Präsenzveranstaltungen mit externen Gästen sicher stattfinden können. Seit Herbst 2021 gilt die 3-G-Regel flächendeckend für alle Mitarbeiter*innen in Präsenzarbeit.



Shaping the *Vaccination Rate!*
~~Economic Debate~~

Chancen der Digitalisierung optimal nutzen

Der Umlauf mit Papierakten gehört am ifo Institut bald der Vergangenheit an. Die bereits 2020 gestartete Digitalisierungsoffensive hat auch 2021 nicht an Fahrt verloren. Mit dem digitalen Vertragsmanagement und der Einführung einer vollständig digitalen Personalakte haben die Informationstechnik, Personal und Recht, sowie Finanzen und zentrale Dienste gemeinsam zentrale Verwaltungsprozesse digitalisiert. Einen weiteren Meilenstein bildet die Einführung neuer cloud-basierter Plattformlösungen für Anwendungen und Datenbanken. So wurden die umfangreichen Adress-

daten der ifo-Umfragen – also ein für das ifo Institut strategisch bedeutsamer Datenbestand – in die Cloud migriert. Diese Aktivitäten bereiten ein weiteres wichtiges Vorhaben des ifo Instituts vor: Die Big-Data-Economics-Forschung. Sie wird 2022 bereits in Form von Pilotprojekten gestartet und soll ab 2023 mit hohem Einsatz vorangetrieben werden. Um den damit verbundenen Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit gerecht zu werden, hat die IT zudem ein neues Sicherheitskonzept zur Abwehr von Hackerangriffen entwickelt.

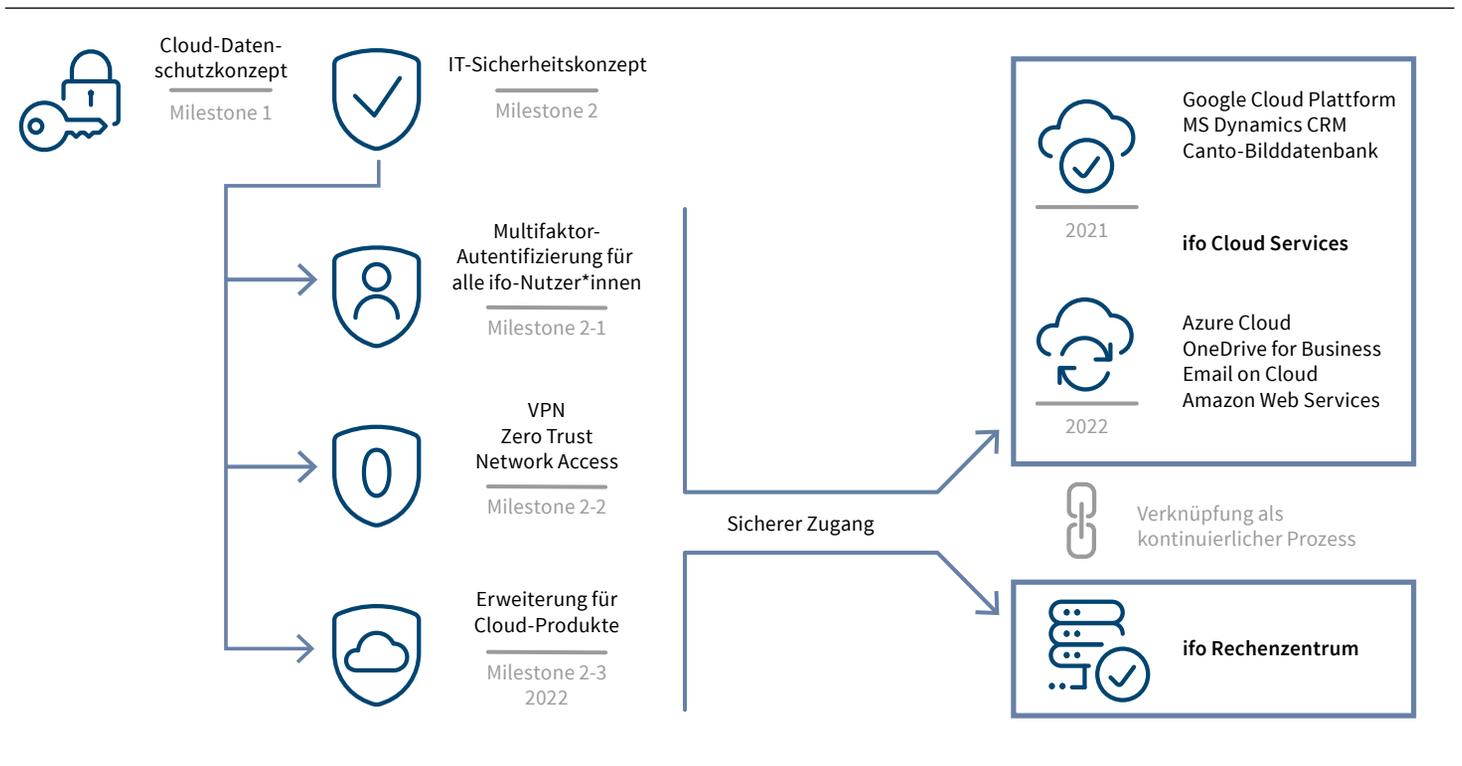
Für ihr außerordentliches Engagement und ihre Erfolge verlieh der Präsident des ifo Instituts den Mitarbeiter*innen des Bereichs IT 2021 einen Sonderpreis.

Die New-Work-Evolution: Präsenzpflicht – Homeoffice – mobiles Arbeiten

Die Corona-Pandemie zwang alle Unternehmen, auf Knopfdruck von der Präsenzarbeit aufs Homeoffice umzustellen. Der IT-Bereich des ifo Instituts trug maßgeblich dazu bei, diesen Umbruch zu bewältigen und den wissenschaftlichen Betrieb trotz aller Einschränkungen in vollem Umfang aufrechtzuerhalten. Nach Prioritäten geordnet

erfolgte der Umstieg von Desktop-Computern auf Laptops. Remote-Arbeiten stellt höhere Anforderungen an die Datensicherheit. Das ifo Institut musste gegen Angriffe von außen geschützt werden. Darum schuf die IT die Voraussetzungen, sich über ein Virtual Private Network zu verbinden. Ähnlich wie beim Banking oder beim E-Commerce wird zusätzlich eine Multifaktor-Authentifizierung, also die Prüfung der Zugangsberechtigung durch mehrere, voneinander unabhängige Stufen, als zusätzliche Sicherheitsmaßnahme eingeführt. Diese ist auch Grundlage für die Einführung weiterer cloud-basierter Dienste, die im Jahr 2022 weiter vorangetrieben werden sollen.

Neue IT-Strategie für höchste Datensicherheit beim Umstieg auf die ifo Hybrid Cloud



»Durch die neue Arbeitswelt müssen wir vorhandene IT-Lösungen ständig hinterfragen und weiterentwickeln. Mit einem Umstieg auf cloud-basierte Anwendungen und einem Service, der sich eng an den Bedürfnissen der Nutzer*innen orientiert, werden wir diesem Anspruch gerecht.«

Kumar Subramani Bereichsleiter Informationstechnik

Neue Formate für neue Zielgruppen

Um in der öffentlichen Debatte Zugang zu neuen Zielgruppen zu erschließen, experimentierte die ifo-Kommunikation mit neuen Formaten. Da sich insbesondere für Fachinformationen zunehmend das Format Podcast auf dem Markt etabliert, starteten wir Anfang des Jahres den neuen ifo-Podcast »Wirtschaft für alle«. Dort sprechen ifo-Experten*innen über aktuelle Ereignisse in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik und liefern Hintergrundinformationen zu den neuesten Forschungsergebnissen des Instituts. Die Podcasts können über die Mediathek abgerufen oder auf den gängigen Plattformen abonniert werden. Verknüpft sind diese Formate stets mit Publikationen auf unserer Website und/oder mit Presseausendungen und Social Media. Themen waren unter anderem die Konjunkturprognose, grüne Geldpolitik, Homeoffice oder die Staatsfinanzen.



Im September war das ifo Institut erstmals mit einem Stand auf der Internationalen Automobilausstellung in München (IAA) vertreten. Dort veranstalteten wir Experten-Chats zur Zukunft des Homeoffice oder den Folgen einer Anti-Stau-Gebühr für Großstädte, die ebenfalls via Livestream im Netz übertragen wurden.



Was fasziniert unsere Forschenden an ihrer Arbeit? Welche neuen Ergebnisse können sie zeigen? In den Erklärvideos »We Explain Economics« werfen wir einen Blick auf die aktuelle Forschungslandschaft und bereiten die Ergebnisse für die breitere Öffentlichkeit auf.



ifo-Podcast
»Wirtschaft für alle«



www.ifo.de/podcast



Ausgewählte Highlights der Digitalkommunikation

39 800

Abonnten hat der YouTube-Kanal des ifo Insituts.

>26 000

Follower hat der Kanal des Präsidenten auf Twitter.

17 254

mal wurde der neue ifo-Podcast »Wirtschaft für alle« auf der ifo-Mediathek, YouTube, Spotify, und den zahlreichen weiteren Podcast-Plattformen angehört.

22 000

Follower hat der ifo Account auf Twitter.

Neue Chancen durch virtuelle oder hybride Formate

Da die öffentliche Debatte auch 2021 nur in Ausnahmefällen in Form von physischen Zusammenkünften in Seminaren, Workshops, Konferenzen oder Panels stattfinden konnte, haben wir weiter darüber nachgedacht, wie wir unsere alternativen Formate verbessern können. Immerhin bieten virtuelle hybride Angebote die Chance, dass Referent*innen und Keynote-Speaker akquiriert werden konnten, die wir sonst nicht hätten gewinnen können, etwa den Starökonom Thomas Piketty in den Munich Economic Debates. Wir gehen davon aus, dass auch nach der Pandemie ausgewählte Veranstaltungen einen virtuellen Anteil haben werden. Deswegen haben wir in das Thema Video investiert: Seit Januar wird das Videoteam von einem Bewegtbild-Produzenten verstärkt. Zudem wurde unser Konferenzsaal umgebaut und der Bau eines professionellen Sendestudios im ifo Institut angestoßen, in dem künftig Events in verschiedenen Stufen zwischen hybriden und virtuellen Formaten stattfinden können. Auch bei den internen Veranstaltungen lief weiterhin alles virtuell bzw. hybrid. Einzige Ausnahme bildete das Sommerfest. Die 2020 eingeführte ifo Summertime Bar kam wieder zum Einsatz: Unter Einhaltung von Abständen, Hygieneregeln und 3-G-Vorschriften konnten sich Kleingruppen von max. 30 Personen in zeitlich gestaffelten Slots im ifo-Garten versammeln.



Zahlen zu den ifo-Veranstaltungen

Über

2 000

Personen nahmen virtuell an den öffentlichen Veranstaltungen des ifo Instituts teil.

Ca.

9 000

Personen verfolgten ifo-Veranstaltungen im Livestream auf der Website und auf Twitter.

Ein Plus an Nachwuchsförderung, Aus- und Weiterbildung

Praktika

57

Praktikant*innen hatten 2021 die Möglichkeit, Einblick in die Arbeit des ifo Instituts zu gewinnen. Viele von ihnen steigen später als Doktorand*innen am ifo Institut ein.

Weiterbildung

185

Weiterbildungen wurden von den 258 genehmigten tatsächlich wahrgenommen. Trotz der Kontaktbeschränkungen fanden in großem Umfang Fortbildungsmaßnahmen statt, in der Regel als Webinare. Angeboten wurden etwa Trainings für IT-Tools, PC-Anwendungen oder Persönlichkeitsentwicklung.

Fortbildung

16

Nachwuchswissenschaftler*innen absolvierten ein virtuelles Medientraining, das vom Bereich Kommunikation organisiert wurde. Hierzu wurde ein eigens auf das ifo Institut zugeschnittenes Format konzipiert.

Ausbildung

3

neue Azubis haben im Jahr 2021 ihre Ausbildung am ifo Institut begonnen. Zwei absolvieren die Ausbildung für Büromanagement im Bereich Personal und Recht. Zudem betreut der IT-Bereich zum ersten Mal eine Ausbildung zum/zur Systemtechniker*in.

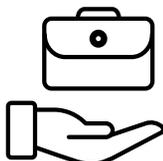


Mehr Geld für die Niederlassung Dresden

Für unsere Niederlassung Dresden wurde die Finanzierungs-Systematik für das Geschäftsjahr 2021 von Fehlbedarfs- auf eine Festbetrags-Finanzierung umgestellt. Dies hat für ifo einige Vorteile, z.B. wird auf eine strikte Trennung zwischen Stamm- und Drittmittelhaushalt verzichtet. Drittmittelmehreinnahmen müssen nicht an den Freistaat Sachsen zurückgeführt werden, sondern verbleiben durch die Möglichkeit der Rücklagenbildung bei der Niederlassung Dresden.

So hat sich das Recruiting am ifo Institut entwickelt

38



Stellen bot das ifo Institut Wissenschaftler*innen und Nicht-Wissenschaftler*innen an. Das waren ungefähr genauso viele wie im Vorjahr.

833

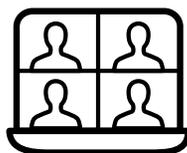


Bewerbungen gingen beim ifo ein, das sind 20% mehr als im Vorjahr. Ein neues digitales Bewerbungstool ging an den Start. Die Bewerber*innen können ihre Unterlagen in »ihre« individuelle Umgebung einstellen und in direkten Chat-Kontakt mit dem Recruiting-Team treten.

68



virtuelle Vorstellungsgespräche wurden 2021 am ifo Institut geführt – das sind etwa genauso viele wie im Jahr 2020.



Der **Onboarding-Prozess** wurde weiter digitalisiert, um neuen Mitarbeiter*innen auch im Homeoffice den bestmöglichen Einstieg zu ermöglichen – neben einer ausführlichen Begrüßungsmail gibt es für die neuen Mitarbeiter*innen ein virtuelles welcome@ifo Meeting.



Der **LinkedIn**-Auftritt (der Recruiting-Strategie) des ifo Instituts wurde weiterentwickelt: Es werden Neuigkeiten gepostet und Teaser für Stellenausschreibungen eingestellt. Auch die Direktansprache von Kandidat*innen erfolgte.



»Wer erstklassige Wissenschaftler*innen anwerben will, darf nicht warten, bis sie kommen, sondern muss sich um die Präsentation ihrer Karrieremöglichkeiten kümmern. Wir begleiten unsere Mitarbeiter*innen, solange sie bei uns beschäftigt sind. Und wir beraten sie in Bezug auf Optionen innerhalb und außerhalb des Instituts.«

Angela Wagner Bereichsleiterin Personal und Recht

ifo-Kampagnen für mehr Breitenwirkung

Im Sommer und Herbst legte das ifo Institut mit zwei speziellen Ausgaben des ifo Schnelldienstes den Fokus auf die Bundestagswahl 2021. So diskutierten die Bereichsleiter*innen in der Juli-Ausgabe des ifo Schnelldienstes in insgesamt zehn Beiträgen die wichtigsten wirtschaftspolitischen Herausforderungen für Deutschland in der Post-Merkel-Ära – von der Bildungspolitik, über den Außenhandel bis zur Digitalisierung – und unterbreiteten Vorschläge, wie diese anzugehen sind. Ergänzend zu diesem breiten Spektrum an Zukunftsthemen fokussierte sich die Oktober-Ausgabe des Schnelldienstes auf Reformen in der Steuerpolitik und wie Deutschland sein Steuersystem wachstumsfreundlich und gerecht gestalten kann. Begleitet wurden die Reihen durch eine umfassende Öffentlichkeits- und Pressearbeit des Bereichs Kommunikation.

Aber auch Corona und die konjunkturelle Entwicklung blieben 2021 zentrale Themen. Das ifo Institut griff die aktu-

ellen wirtschaftspolitischen Fragen in der öffentlichen Debatte schnell auf und konnte eigene Inhalte strategisch erfolgreich platzieren. So wurden zum Beispiel die monatlichen Ergebnisse der ifo-Umfragen durch Pressemitteilungen zu Lieferengpässen und Materialmangel in der Industrie, dem Baugewerbe und dem Einzelhandel ergänzt.

Veranstaltungs-Highlights 2021

- ifo Jahresversammlung: »Wirtschaftspolitische Herausforderungen in der Post-Merkel-Ära«
- ifo Branchen-Dialog: »Nachhaltigkeit«
- Munich Economic Debates: Dachthema: »Wirtschaftspolitische Herausforderungen in der Post-Merkel-Ära«



»Unsere neuen Kampagnen haben uns geholfen, wichtige Themen im Wahljahr über einen längeren Zeitraum und über verschiedene Kanäle in die Öffentlichkeit zu bringen.«

Dr. Cornelia Geißler Bereichsleiterin Kommunikation



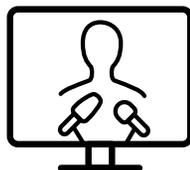
ifo Presse- und Medienarbeit 2021 in Zahlen

252



Pressemitteilungen

12



Pressekonferenzen

300



Interviews

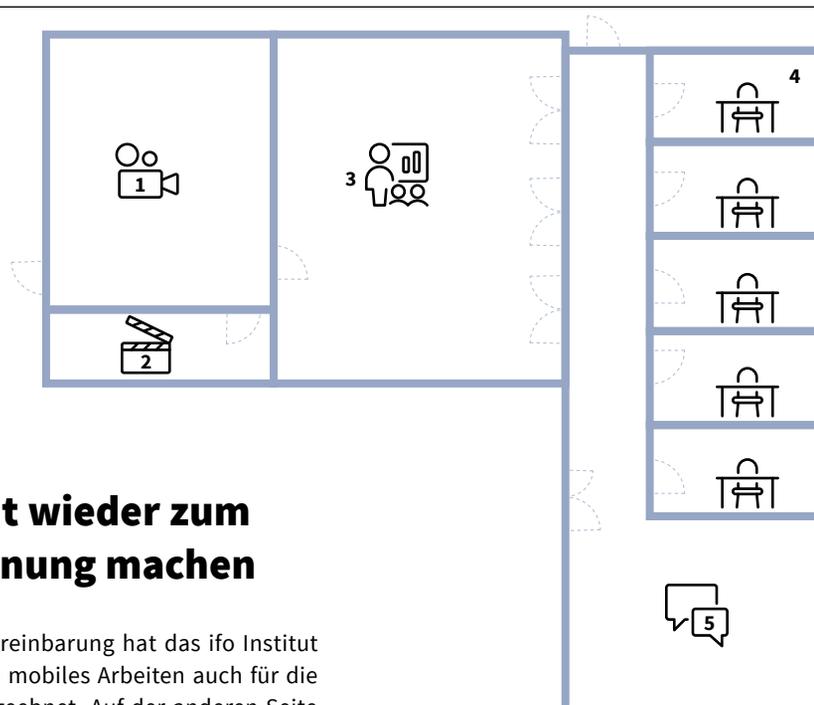
39



Gastbeiträge von ifo-Wissenschaftler*innen

Umbau der Bibliothek zum kollaborativen Workspace

- 1 ifo-Studio
- 2 Regie
- 3 Meeting-Bereich
Lounge
- 4 Büros EBDC
- 5 Kaffee-Ecke
Bar/Bistro



Das ifo Institut wieder zum Ort der Begegnung machen

Mit der neuen Betriebsvereinbarung hat das ifo Institut den Weg für flexibles und mobiles Arbeiten auch für die Zeit nach der Pandemie geebnet. Auf der anderen Seite will das ifo Institut auch in Zukunft ein attraktiver Ort der Begegnung für seine Mitarbeiter*innen sein. Im Jahr 2021 fingen wir mit umfangreichen Umbau- und Renovierungsarbeiten an. Die Bücher aus der Bibliothek im Adolf-Weber-Haus bekamen ein neues Zuhause. Dazu haben wir mit Hilfe der Universitätsbibliothek den Bücherbestand auf nicht bereits digitalisierte Ausgaben reduziert und in das Archiv des Kellers umgezogen. Die frei gewordenen Flächen werden nun zu einem kollaborativen Workspace umgestaltet. Dazu gehört ein moderner Tagungsraum, zusätzliche Büros für das LMU-ifo Economics and Business Data Center (EBDC) und einer Lounge mit Blick ins Grüne. Auch die Cafeteria bekommt eine Inneneinrichtung inklusive eines veränderten Nutzungskonzepts, in dem das Zu-

sammenkommen und die Begegnung von Kolleg*innen im Mittelpunkt steht.

Kurz vor dem Abschluss stehen bereits die Sanierungsarbeiten im Ludwig-Erhard-Saal. Das historische Ambiente des größten Konferenzsaals im ifo Institut wurde bewahrt, aber mit modernen Akzenten versehen: Dazu gehört die Ausstattung mit einer neuen Beleuchtung, neuem Mobiliar und neuem technischen Equipment. Damit Mitarbeiter*innen an verschiedenen Orten optimal zusammenarbeiten können, bekamen alle Konferenz- und Meeting-Räume am ifo neueste Konferenztechnik.



»Gerade im Wissenschaftsbetrieb ist der Austausch von Gedanken und Ideen besonders wichtig. Damit am ifo Institut auch im Zeitalter des mobilen Arbeitens neue innovative Ideen entstehen können, haben wir in diesem Jahr eine umfangreiche Modernisierung der Räumlichkeiten angestoßen.«

Thomas Walter Bereichsleiter Finanzen und zentrale Dienste

Forschungsleistung, Gremien, Mitarbeiter*innen 2021

FORSCHUNG UND LEHRE

Projekte
Veröffentlichungen
Vorträge und Veranstaltungen
Preise und Auszeichnungen
Promotionen und Berufungen
Lehrveranstaltungen
Gastaufenthalte
Gastforscher*innen



Eine umfassende Übersicht über die Forschungsleistung, die Gremien und die Mitarbeiter*innen des ifo Instituts sowie die Aktivitäten von CESifo im Jahr 2021 finden Sie unter:

www.ifo.de/sites/default/files/2022-06/JB_2021_b.pdf

GREMIEN UND MITARBEITER*INNEN

ORGANIGRAMM

CESIFO-AKTIVITÄTEN

IMPRESSUM

Vorgelegt zur 73. ifo Jahresversammlung am 9. Juni 2022

Herausgeber

ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.
Poschingerstraße 5, 81679 München
Postfach 860460, 81631 München
Tel.: +49(0)89/9224-0, Fax: +49(0)89/985369

Vorstand

Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest (Präsident)
Dr. Stephanie Dittmer

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft



ifo im Internet

www.ifo.de
E-Mail: ifo@ifo.de

Redaktion

Dr. Cornelia Geißler, ifo Institut / IAN In A Nutshell GmbH, München

Layout ifo Institut

Illustrationen Arndt Knieper

Fotos

Suezkanal, S. 34: picture alliance / Uncredited
Hochwasser im Ahrtal, S. 35: picture alliance / Eibner-Pressefoto
Verteidigung von Olaf Scholz, S. 37: picture alliance / dpa / Kay Nietfeld
IAA München, S. 38: StMWi / E. Neureuther
Mitarbeiter*innen der ifo Niederlassung Dresden, S. 38, 77–79: Klaus Gigga
Alle anderen Fotos: ifo Institut

Druck

Aumüller Druck GmbH & Co. KG, Regensburg

ifo Jahresbericht 2021
ISSN: 2194-928X

© ifo Institut, Juni 2022

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des ifo Instituts gestattet.

